

GRUENE-HESSEN.DE

**DAS GRÜNE REGIERUNGS-
PROGRAMM 2019 BIS 2024**



Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf der Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HESSEN am 2. Juni 2018 in Wiesbaden beschlossen.

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Kaiser-Friedrich-Ring 77

65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 989 20 10

E-Mail: landesverband@gruene-hessen.de

Internet: www.gruene-hessen.de

V.i.S.d.P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Jutta Reithofer

Kaiser-Friedrich-Ring 77

65185 Wiesbaden

Layout und Satz:

Timo Meyer

August 2018



**KURS HALTEN,
SEGEL SETZEN,
FAHRT AUFNEHMEN
FÜR EIN ÖKOLOGISCHES, GERECHTES UND
VIELFÄLTIGES HESSEN.**

Inhaltsverzeichnis

Kurs halten, Segel setzen, Fahrt aufnehmen: Für ein ökologisches, soziales und vielfältiges Hessen	8
Eine gesunde und lebenswerte Umwelt durch eine ganzheitliche Klimaschutz- und Umweltpolitik	14
Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ausbau der Kinderbetreuung und bessere Schulen	36
Offene Hochschulen und starke Forschung durch zusätzliche Investitionen, mehr Freiheit und faire Verträge	52
Eine verantwortungsvolle Innenpolitik für die Bürgerinnen und Bürger	62
Für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren	75
Wirtschaft und Mobilität: Den sozial-ökologischen Aufbruch fortsetzen	82
Hessen im Herzen Europas und der Welt verbunden	101

Lebenswerter und bezahlbarer Wohnraum für alle	103
Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerechte Teilhabechancen und die vielfältige Gesellschaft	107
Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen	121
Gleichberechtigung durchsetzen, strukturelle Benachteiligungen überwinden	129
Solide Haushalte und investieren in die Zukunft durch nachhaltige Finanzpolitik	135

Kurs halten, Segel setzen, Fahrt aufnehmen: Für ein ökologisches, soziales und vielfältiges Hessen

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 28. Oktober haben Sie die Wahl. Sie entscheiden über die Zusammensetzung des nächsten Hessischen Landtags. Unsere Bitte: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch – Demokratie ist die beste Staatsform, die wir kennen. Leider ist sie in vielen Staaten unserer Erde unter Druck oder es haben autoritäre oder diktatorische Regime das Sagen. Auch deshalb sollten wir alle gemeinsam unsere Demokratie schätzen, sie verteidigen und durch eine hohe Wahlbeteiligung unser Recht feiern, wählen zu können.

Sie bestimmen bei der Landtagswahl über den weiteren Kurs in unserem Land. In welche Richtung soll es gehen?

- Soll der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz unseres Klimas, der Natur und der Artenvielfalt weiter eine zentrale Rolle in der Landespolitik spielen?
- Wollen Sie, dass weiter daran gearbeitet wird, dass alle an unserer Gesellschaft teilhaben können, alle Chancen haben und es in Hessen fair und gerecht zugeht?
- Ist für Sie unsere vielfältige und offene Gesellschaft ein Wert und eine Bereicherung? Wollen Sie, dass im Rahmen des Grundgesetzes jede und jeder ihr und sein Leben so leben kann, wie sie oder er es will?
- Sehen Sie Hessen als Teil eines lebendigen Europas und der einen Welt? Soll Hessen ein internationales und weltoffenes Land bleiben?

Wenn Sie diese Fragen mit Ja beantworten, sind wir GRÜNE für Sie die richtige Wahl.

Bei der Landtagswahl haben Sie in der Hand, wer die nächste Regierung bilden kann. Wenn Sie wollen, dass die Regierungsbildung in Hessen schneller geht als nach der letzten Bundestagswahl, dann wählen Sie bitte Parteien,

die nach der Wahl nicht vor der Verantwortung davonlaufen. Wenn Sie wollen, dass es nicht auch in Hessen zu einer Großen Koalition kommt, sind starke GRÜNE die beste Voraussetzung, und Ihre Stimme ist bei uns GRÜNEN gut aufgehoben.

Wir wollen, dass der Hessische Landtag ein Parlament ohne rechtsextreme und rassistische Abgeordnete bleibt. Auch das haben Sie bei der Landtagswahl in der Hand.

Im Gegensatz zu manchem politischen Mitbewerber versprechen wir nicht allen alles. Denn wer allen alles verspricht, verspricht in Wahrheit niemandem etwas. Unser Weg ist ein anderer: Wir haben in den vergangenen Jahren als treibende Kraft in der Landesregierung gezeigt, dass wir beharrlich, mit Leidenschaft und Augenmaß an der Umsetzung unserer Ziele, Visionen und Konzepte für Hessen arbeiten. Wir haben eine Idee vom Hessen von morgen. Uns reicht es nicht, eine bessere Welt nur zu beschreiben, wir wollen auch weiterhin tatsächlich etwas verändern. Vieles ist uns bereits gelungen, manches dauert länger, gelegentlich muss man auch Umwege gehen. Dazu stehen wir. Denn wer den Eindruck erweckt, in einer komplexen Welt gebe es einfache Antworten, der macht den Menschen etwas vor. Entscheidend ist, dass der Kurs stimmt.

Wir haben der Politik in Hessen eine neue Richtung gegeben: unter anderem mit dem Integrierten Klimaschutzplan 2025, mit dem Ökoaktionsplan, mit der Aufholjagd bei den Erneuerbaren Energien, mit einer Rekordförderung für Busse und Bahnen, mit dem Schülerticket, dem Sozialbudget, mehr bezahlbarem Wohnraum und der Förderung von Akzeptanz und Vielfalt, mit mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ganztagschulen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen an den Schulen, Integration und Inklusion, mit der Stärkung der Hochschulen, mit der Förderung von Kunst und Kultur. Wir haben die Weichen der Landespolitik endlich wieder in die richtige Richtung gestellt und wollen auf dem eingeschlagenen Kurs noch mehr Fahrt aufnehmen. Hessen ist grüner und gerechter geworden.

Wir wären aber nicht DIE GRÜNEN, wenn wir uns mit diesen Erfolgen zufriedengeben würden.

Wir wollen Kurs halten, auf dem bereits Erreichten aufbauen und Neues wagen – auf dem Weg zu dem Hessen, das wir uns für die Zukunft wünschen. Denn mehr Ökologie, Gerechtigkeit, Vielfalt und Weltoffenheit kommen nicht von allein.

Hierfür braucht es starke GRÜNE und Ihre Unterstützung. Füllen Sie selbst ein Urteil. Wir legen Ihnen mit diesem Programm unsere bisherige Bilanz in der Landesregierung vor und das, was wir in den nächsten Jahren vorhaben, und erleichtern Ihnen damit die Entscheidung:

- Mit dem **Integrierten Klimaschutzplan** hat sich Hessen auf konkrete Klimaschutzziele und Maßnahmen zu deren Umsetzung verpflichtet. Nur mit starken GRÜNEN werden wir diese Ziele auch erreichen: 40 Prozent weniger klimaschädliches Treibhausgas bis 2025, 55 Prozent weniger bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050.
- Die **ökologische Landwirtschaft** boomt in Hessen. Schmackhaftes und gesundes Essen sowie das Tierwohl stehen für uns im Mittelpunkt. Nur mit starken GRÜNEN steigt der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 Prozent, bleibt unsere vielfältige bäuerliche Landwirtschaft erhalten und haben Glyphosat und Gentechnik in unseren Lebensmitteln nichts zu suchen.
- Die **Energiewende** findet endlich auch in Hessen statt, und der Ausbau der Erneuerbaren Energien geht mit Rekordtempo voran. Die hessischen Atomkraftwerke sind abgeschaltet, das Kohlekraftwerk Staudinger steht bereits teilweise still. Nur mit uns brechen wir von der fossilen Steinzeit in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien auf. Neben der Stromerzeugung werden wir verstärkt die Wärmegewinnung und die Energieeffizienz in den Blick nehmen.
- Die **Verkehrswende** hat Fahrt aufgenommen. Wir investieren Rekordsummen in den Erhalt unserer Straßen, in den Ausbau von Bussen und Bahnen sowie in Rad- und Fußwege. Mit dem Schülerticket können alle Schülerinnen und Schüler sowie alle Auszubildenden alle öffentlichen Verkehrsmittel für einen Euro am Tag nutzen. Nur mit uns wird es das 365-Euro-Ticket auch für weitere Bevölkerungsgruppen geben.
- Die **Digitalisierung** gilt es demokratisch, ökologisch und sozial auszugestalten. Die Chancen technischer Innovationen wollen wir GRÜNE nutzen, ihre Risiken diskutieren und rechtstaatlich ausgewogen regulieren, damit alle Menschen von dieser Entwicklung profitieren. Die EU-Datenschutzgrundverordnung sehen wir als Schritt hin zur Datensouveränität von Verbraucher*innen. An ihr gilt es weiterzuarbeiten, sie zu optimieren und den ständigen Veränderungen anzupassen.

- Wir wollen mehr **Bildungs- und Chancengerechtigkeit** für alle Kinder und Jugendlichen. Deshalb haben wir die Kinderbetreuung massiv ausgebaut, die Qualität verbessert und die Kita-Gebühren weitgehend abgeschafft. An den Schulen haben wir mit 700 Stellen für Sozialpädagog*innen neben dem Bildungs- auch den Erziehungsauftrag von Schulen gestärkt. Das Ausbautempo des Ganztagschulprogramms wurde verdoppelt. Nur mit uns wird es auf Grundlage des „Pakts für den Nachmittag“ eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschul Kinder geben. Und nur mit uns gibt es die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen.
- In die **Hochschulen, in Forschung und Lehre** haben wir massiv investiert. Hürden beim Zugang zu Bildung wurden eingerissen: Der Hochschulzugang wurde für beruflich Qualifizierte auch ohne Abitur geöffnet, und an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften kann promoviert werden. Nur mit uns werden die Hochschulen auf die weiterhin steigenden Studierendenzahlen vorbereitet und die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus und Nachwuchses in den Blick genommen.
- In Hessen wird endlich wieder eine ambitionierte **Sozialpolitik** betrieben. Wir haben nicht nur die Kürzungen der früheren Landesregierung unter Roland Koch rückgängig gemacht, wir haben das Sozialbudget eingeführt und kontinuierlich aufgestockt. Nur mit uns gibt es eine Sozialpolitik, die nicht danach fragt, wo ein Mensch herkommt, sondern ihn dabei unterstützt zu erreichen, wo er hinwill.
- **Wohnraum für alle** zu sichern ist unser Ziel. Dafür haben wir die Allianz für Wohnen ins Leben gerufen und setzen mit dem Masterplan Wohnen wirksame Maßnahmen um. In den nächsten Jahren entstehen allein durch die Landesförderung 20.000 Wohnungen für 60.000 Menschen. Nachdem der soziale Wohnungsbau jahrelang vernachlässigt wurde, haben wir die Trendwende eingeleitet. Neben dem Bau neuer Wohnungen geht es für uns immer auch um den sozialen Zusammenhalt im Quartier und ein lebenswertes, natürliches und ökologisches Wohnumfeld. Eine Wiederholung der Fehler der nur auf Beton setzenden Wohnungsbaupolitik früherer Jahrzehnte wird es mit uns nicht geben.
- Wir stehen für die **Integration** auch der Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Terror fliehen mussten. Durch bundesweit beispielhafte Aktionspläne haben wir bereits viel erreicht, um Geflüchteten eine neue Heimat und eine Zukunftsperspektive zu geben. Nur mit uns stehen Humanität und Hilfe statt Abschottung und Ausgrenzung im Mittelpunkt, bspw. durch die Öffnung der Sprach- und Integrationsangebote für alle hier lebenden Menschen.

- Vielfalt ist für uns Bereicherung. Mit dem **Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt** fördert das Land erstmals Projekte gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung von Menschen aller sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten verlässlich mit jährlich sechsstelligen Beträgen. Mit der Antidiskriminierungsstelle haben wir dafür gesorgt, dass von Ausgrenzung betroffene Menschen Hilfe erfahren. Nur mit uns wird dafür gesorgt, dass queere Menschen in Hessen akzeptiert und wertgeschätzt werden und dass Antidiskriminierung und Gleichstellung in allen Bereichen der Landesverwaltung konsequent berücksichtigt werden.
- **Gleichberechtigung** haben wir mit dem neuen Gleichberechtigungsgesetz, das Frauen den Zugang zu Arbeit und Führung erleichtert und die Rechte der Frauenbeauftragten stärkt, vorangebracht. Für mehr Beteiligung von Frauen in der Politik haben wir die Hessische Gemeindeordnung (HGO) geändert. Nur mit uns wird die Quote gestärkt und auf Geschlechterparität in Parlamenten und Gremien gezielt.
- Wir haben auch in der **Gesundheitspolitik** umgesteuert: Mit einem modernen Psychisch-Krankenhilfegesetz haben wir die Rechte der Patient*innen und den öffentlichen Gesundheitsdienst gestärkt, mit dem Krankenhausgesetz eine bessere Finanzierung der hessischen Krankenhäuser durch Planungssicherheit gefördert. Der neue Krankenhausrahmenplan ist eine gute Grundlage für die stationäre Versorgung durch kommunale Krankenhäuser – landesweit. Wir wollen uns auch in Zukunft für eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege im ganzen Land einsetzen.
- **Kultur** ist für uns Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Sie findet in einigen großen, aber vor allem in vielen kleinen Projekten statt. Deren Förderung haben wir erheblich verbessert. Nur mit uns bekommt die Kultur den Raum, den sie braucht – und das ist bezogen auf Atelier- und Proberäume auch ganz wörtlich gemeint.
- Hessen soll ein **sicheres und freies Land** bleiben. Wir haben die Ausstattung der Polizei verbessert, die Kennzeichnungspflicht eingeführt und den Dialog mit den Bürger*innen verstärkt. Durch die Aufstockung der Mittel für Demokratieförderung und Extremismusprävention treten wir den Feinden unserer offenen Gesellschaft entschieden entgegen. Nur mit uns bleibt die Balance zwischen den Freiheitsrechten und dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger*innen gewahrt.
- Unsere **Gemeinden, Städte und Landkreise** sind die Keimzellen unserer Demokratie. Durch die kommunalen Investitionsprogramme mit einem Gesamtvolumen von 2,4 Milliarden Euro und die Entschuldung der Kommunen

haben wir sie entscheidend gestärkt. Den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) haben wir auf eine neue Grundlage gestellt. Nur mit uns wird es ein weiteres Investitionsprogramm zur Sanierung unserer Schulen, insbesondere auch der Schultoiletten, geben. Erstmals seit 50 Jahren haben wir einen **Landeshaushalt** ohne neue Schulden, also ohne Belastungen für kommende Generationen, vorgelegt. Wir haben die Landesfinanzen in Ordnung gebracht, ohne dabei Investitionen in Bildung, den sozialen Zusammenhalt und die Infrastruktur zu vernachlässigen. Nur mit uns wird die Finanzpolitik konsequent am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet, bspw. durch eine Divestment-Strategie des Landes.

- Die **ländlichen Regionen** in Hessen sind wichtige Wohn-, Arbeits- und Erholungsräume, die wir GRÜNE stärken und lebendig halten wollen. Hier lebt etwa die Hälfte der hessischen Bevölkerung. Wir wollen das Leben im ländlichen Raum lebenswert und attraktiv gestalten.

Wir wollen, dass Hessen auch in den kommenden fünf Jahren auf Kurs bleibt, die Segel gesetzt werden und grüne Politik noch mehr Fahrt aufnimmt. Hierfür bitten wir Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Am 28. Oktober entscheiden Sie neben der Zusammensetzung des Landtags auch über Änderungen der Hessischen Verfassung. Wir werben für Ihre Zustimmung zu diesen Änderungen, weil sie die Grundlagen für ein ökologisches, gerechtes und vielfältiges Hessen stärken.

Noch ein Wort zur Frage „Wer mit wem?“ Wir stehen für einen eigenständigen Kurs. Wir sind nicht Schwarz-Grün, nicht Rot-Grün, nicht Rot-Rot-Grün und wir träumen auch nicht von Jamaika. Wir definieren uns nicht über das „mit wem“, sondern uns geht es um das „für was“.

Wenn Sie grün wählen, bekommen Sie auch grün. Und je stärker wir GRÜNE werden, desto mehr grüne Politik können wir umsetzen.

Eine gesunde und lebenswerte Umwelt durch eine ganzheitliche Klimaschutz- und Umweltpolitik

Die drängendsten Probleme unserer Zeit sind die zunehmende Freisetzung von Treibhausgasen, die den Klimawandel anheizen, der Verlust an biologischer Vielfalt und die Belastung des Bodens, des Wassers und der Luft mit Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalt und Verkehr. Diese Probleme bedrohen nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch unsere Umwelt als Lebensgrundlage. Wir wollen, dass eine lebenswerte Umwelt, ein intaktes Klima, natürliches Essen, ein nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen und unberührte Natur mit ihrer Vielfalt von Tieren und Pflanzen Wirklichkeit werden. Denn wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Nach Jahren des Stillstands, ja sogar des Rückschritts, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2014 durch die Regierungsbeteiligung die Richtung geändert und endlich wieder eine Umwelt- und Klimaschutzpolitik gemacht, die diesen Namen verdient. Hessen hat endlich verbindliche Klimaschutzziele. Mit dem Klimaschutzplan 2025 und seinen konkreten Maßnahmen ist die erste Etappe auf dem Weg zu einem klimaneutralen Hessen 2050 angegangen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist Hessen vom traurigen Schlusslicht aller Bundesländer in das Mittelfeld vorgerückt. Bundesweit an der Spitze steht Hessen beim Ökolandbau. Und noch 2018 werden wir den gesamten Staatswald auf eine nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen FSC-Standards zertifizierte, nachhaltige Forstwirtschaft umgestellt haben. An vielen Beispielen haben wir gezeigt, wie wir Ökologie und Ökonomie erfolgreich vereinen können. Für die Reform der Hessischen Verfassung haben wir vorgeschlagen, das Prinzip von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit aufzunehmen.

Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben aber noch viel mehr vor, denn natürlich sind wir noch nicht am Ziel. Deshalb halten wir Kurs, arbeiten hartnäckig an dem Erreichten weiter und nehmen Tempo auf.

Eine verantwortungsvolle Klimaschutz- und Energiepolitik

Klimaschutzpolitik kann nur dann wirken, wenn sie alle klimarelevanten Bereiche in den Blick nimmt. Dazu gehört eine ganzheitliche Energiewende, die nicht nur den Strom, sondern auch die Wärme und den Verkehr (siehe Kapitel Mobilität) einbezieht. Zur Klimaschutzpolitik gehören aber auch die Agrarwende, ein sorgsamer Umgang mit dem Boden als größtem Kohlenstoffspeicher und die verstärkte Verwendung von Holz als Baustoff zur langfristigen Kohlenstoffbindung. Der Hessische Klimaschutzplan 2025 bietet dafür eine wichtige Grundlage. Er sieht für all diese Bereiche 140 konkrete Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung vor und ist mit 140 Millionen Euro für die prioritären Maßnahmen in den nächsten zwei Jahren finanziell unterfüttert.

Wir sehen uns den Zielen und Vereinbarungen des Weltklimavertrags von Paris verpflichtet. Wir wollen in Hessen das Unsrige dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen. Die Zeit läuft uns davon. Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir auch unsere Zwischenziele einhalten, nur so können wir der ehemaligen Vorbildrolle Deutschlands beim Klimaschutz wieder gerecht werden. Dafür wollen wir die Treibhausgase in Hessen um 40 Prozent bis zum Jahr 2025 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 reduzieren und uns als nächste Etappe 55 Prozent bis 2030 setzen.

Klimaschutzpolitik wirkt dann nachhaltig, wenn alle Beteiligten mitziehen und mitgenommen werden. Die wirtschaftlichen Chancen einer guten Klimaschutzpolitik sind enorm. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir die Umsetzungserfolge aber kontinuierlich kontrollieren und dort nachsteuern, wo es nötig ist. Gemeinsam mit Expert*innen, Kommunen, Umweltverbänden, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und vielen anderen wollen wir den Klimaschutzplan 2025 daher weiterentwickeln. Für die Transformation unserer Energiesysteme und einen nachhaltigen Klimaschutz sind hohe Investitionen nötig, die sich volkswirtschaftlich gleichzeitig mehr als rechnen. Von Landesseite wollen wir weiterhin die notwendigen Fördermittel und günstige langfristige Darlehen zur Verfügung stellen und die Investitionen und Geldanlagen des Landes klar auf die Erreichung der Klimaschutzziele ausrichten.

Ganzheitliche Energiepolitik

Nach vielen Auseinandersetzungen und langem Kampf wurde das Atomkraftwerk Biblis 2011 abgeschaltet. Der Rückbau schreitet voran. Seit unserer Regierungsbeteiligung haben wir uns mit viel Engagement und Ausdauer auf den Weg gemacht, der Energiewende Tempo zu geben und sie als ganzheitliches Konzept voranzubringen. Und wir haben Erfolg: Beim Zubau der Windkraft stieg Hessen im Jahr 2017 vom Schlusslicht auf den sechsten Platz der Bundesländer auf – über 1.000 Windräder sind mittlerweile in Hessen am Netz. Für die Förderung von mehr Solaranlagen auf den Dächern haben wir ein landesweites Solarkataster eingerichtet. Der Risikotechnologie Fracking haben wir in Hessen mit den Mitteln der Regionalplanung einen Riegel vorgeschoben und uns für ein echtes Verbot auf Bundesebene stark gemacht. Zudem haben wir für Unternehmen eine Beratungsoffensive in Sachen Energieeffizienz gestartet und viel Fördergeld bereitgestellt, um Mietwohnungen energetisch zu sanieren oder bei der Stadtgestaltung Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung anzupacken. Der Austausch konventioneller Straßenlampen durch LED-Technologie wurde beschleunigt. Unsere langjährige Forderung nach Gründung einer Landesenergieagentur zur Unterstützung der Energiewende für Kommunen, Genossenschaften und die Wirtschaft haben wir erfüllt. Energiegenossenschaften wurden gestärkt und die Weichen für eine dezentrale Energiewende gestellt.

Mit der Richtung sind wir zufrieden, aber noch nicht mit dem Tempo. Deswegen haben wir noch viel vor. Konkret wollen wir:

- **Den weiteren dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien:** Der weitere dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen ist Garant für regionale Wertschöpfung und reduziert den weiteren Ausbaubedarf großer Übertragungsnetze. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf die Stärkung von Genossenschaften und echten Bürgerenergiegesellschaften legen. Wir GRÜNE setzen uns weiter dafür ein, dass die regionale Verankerung und das bürgerschaftliche Engagement eine besondere Gewichtung zum Beispiel bei der Flächenvergabe einnehmen. Die Partizipation der Kommunen an der Energiewende wollen wir weiter stärken. Auf Bundesebene wollen wir beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz die Rücknahme des unnötigen Deckels beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erreichen sowie die Vergütung der Standorte für Windkraftanlagen in Mittelgebirgslagen

verbessern. Genossenschaften, echte Bürgerenergiegesellschaften und kleinere regionale Unternehmen, die für mehr Akzeptanz bei der Energiewende sorgen, wollen wir bei der Ausschreibungspraxis wieder stärken. Die Verteilnetze wollen wir entsprechend der Empfehlungen der Verteilnetzstudie aufrüsten und mittels der Potenziale der Digitalisierung zur intelligenten Steuerung nutzen. Naturschutz und Klimaschutz wollen wir nicht gegeneinander ausspielen, sondern treten für gute Lösungen für beide Seiten ein, die sich am Ende gegenseitig bedingen. Denn es ist klar, nur mit Klimaschutz gibt es nachhaltigen Naturschutz. Und Klimaschutz gibt es nur mit der Energiewende. Gleichzeitig muss im Einzelfall genau geprüft und abgewogen werden. Denn natürlich sind auch Windräder ein Eingriff in die Natur. Sie können nur dort genehmigt werden, wo die Belange des Naturschutzes diesem nicht entgegenstehen. Wir treten bei den Genehmigungsverfahren dafür ein, dass schon im Vorfeld durch lebensraumverbessernde Maßnahmen die Gefährdungen für windkraftsensible Arten reduziert oder aufgefangen werden. Solche vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang können dazu beitragen, dass die Funktion des Ökosystems im Sinne des Artenschutzes weiterhin erfüllt wird. Denn die Hauptgefahr für bedrohte Vögel und andere Arten sind nicht primär die Windräder, sondern weitreichendere Eingriffe in das Ökosystem wie die Folgen aus dem sich verstärkenden Klimawandel und eine industrielle Landwirtschaft. Diese Zusammenhänge müssen stärker in den Blick genommen werden, um angemessene Lösungen für den Artenschutz zu finden. Hierzu wollen wir Pilotprojekte initiieren und evaluieren. Die Potenziale für Wasserkraft sind in Hessen zwar weit geringer als von Wind und Sonne. Es gilt dennoch, diese Quelle beständiger Erneuerbarer Energie weiter zu fördern und gleichzeitig die Durchlässigkeit von Gewässern zu wahren. Nach dem Jahr 2019 sind durch das Auslaufen der Förderung von den ersten Anlagen für Erneuerbare Energien ab dem Jahr 1990 und den gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen der Förderung von Erneuerbaren Energien besondere Herausforderungen anzugehen. Wir wollen nicht, dass uns schlagartig diese Anlagen, die technisch noch viele weitere Jahre geeignet sind, sauberen Strom zu produzieren, wegfallen. Wir wollen Repowering an den Standorten, wo es möglich ist, unterstützen und bestehende Hürden überprüfen. Gerade die Chance für den Ausbau der Elektromobilität, die sich durch das Herausfallen der ersten Solaranlagen aus der EEG-Förderung bietet, wollen wir positiv begleiten.

- **Unterstützung des Kohleausstiegs und von Green Finance:** Kohlekraftwerke sind echte Klimakiller. Dringend notwendig ist auf Bundesebene ein verbindlicher Plan zum Kohleausstieg und zum direkten Abschalten der ältesten Kohlekraftwerke in Deutschland. Außerdem brauchen wir eine Veränderung des Energiemarktes in Deutschland durch eine nationale CO₂-Abgabe sowie eine beherzte Reform des Emissionshandels auf europäischer Ebene. Die Risikotechnologie der unkonventionellen Erdgassuche (Fracking) in Hessen wollen wir weiter innerhalb unserer Einflussmöglichkeiten verhindern. Auch wenn auf Landesebene der Kohleausstieg und die Frage der Zukunft von Kohlekraftwerken wie z.B. Staudinger nicht entschieden werden, setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Ausstieg ein. Mit einer Divestment-Strategie wollen wir uns von Aktien, Anleihen und Investmentfonds klimaschädlicher Unternehmen bzw. klimaschädlicher Energien trennen. Hierzu sollen die Anlagekriterien des Landes für die Versorgungsrücklage mit klaren Vorgaben zur Dekarbonisierung erweitert werden. Außerdem soll der „Corporate Governance Codex“ für Landesbeteiligungen, der Grundsätze guter Unternehmensführung für Unternehmen mit Landesbeteiligung definiert, weiterentwickelt werden. Kommunen wollen wir dabei beraten, eigene Divestment-Strategien zu erarbeiten. Daneben möchten wir über die relevanten Aufsichtsorgane dazu beitragen, die Geschäftspolitik und Anreizsysteme dieser Unternehmen noch stärker nach ökologischen Gesichtspunkten auszurichten. Das entstandene „Green Finance Cluster Frankfurt“ soll zum „Green Finance Hub“ ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige Geldanlagen aus öffentlichen Mitteln, sondern auch darum, private Investoren zu motivieren, in die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu investieren. Außerdem wollen wir Nachhaltigkeitsanleihen (Green Bonds) für Hessen auf den Weg bringen.
- **Wir wollen die Wärmewende:** Hessen soll zum Land der Energieeffizienz werden. Wir wollen eine hessische Gebäudestrategie, die die Sanierungsrate deutlich erhöht. Dabei sollen nachhaltige Materialien besonders gefördert und der Anteil Erneuerbarer Energien für die Wärmeerzeugung deutlich gesteigert werden. Energetische Modernisierung soll sich lohnen, ob für die eigenen vier Wände oder als Vermieter. Daher fordern wir, dass endlich der Steuerbonus für energetische Sanierungen auf Bundesebene realisiert wird. Die landeseigenen Gebäude und Liegenschaften werden wir auf das für die Klimaschutzziele notwendige Niveau weiter energetisch sanieren. Die Landesverwaltung soll bis 2030 klimaneutral werden. Dazu bedarf es großer Anstrengungen und der

Unterstützung aller Beteiligten. Über Anreizsysteme sollen Ideen zur schnellen Umsetzung wirtschaftlich lohnender Maßnahmen und ganzheitliche, kluge Konzepte gefördert werden. Wir wollen Solarenergie zur Wärmeerzeugung sowie verstärkte Eigenstromerzeugung auf den Landesliegenschaften deutlich ausbauen. Bei der Finanzierung wollen wir Bürgerbeteiligungen und Nachhaltigkeitsanleihen nutzen. Bei der Wohnraumförderung unterstützt Hessen bereits den Bau besonders energiesparender Wohnungen durch bessere Förderbedingungen. Diese besondere Unterstützung für energetisch besonders hohe Standards soll künftig eine noch stärkere Gewichtung bekommen. Im Denkmalschutzgesetz und im Baugesetz wollen wir die Nutzung Erneuerbare Energien wie Solarthermie und die klimaschonende Bauweise mit Holz fördern. So wie Kommunen mit ihren Flächen klug planen und steuern können, wollen wir es auch für die Wärmeversorgung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden angehen. Wie bei einem Flächennutzungsplan wollen wir bei der kommunalen Wärmeplanung eine Steuerungsmöglichkeit über sogenannte Wärmeatlanten ermöglichen. Fernwärme aus vorwiegend Erneuerbaren Energien ist insbesondere in dicht besiedelten Gebieten eine effiziente Option für die Wärmeversorgung. Wir sehen für diese Technologie neben den ohnehin ungenutzten Abwärmequellen auch Solarthermie als interessante Zukunftsperspektive.

- **Eine Roadmap Energiewende:** Die Erneuerbaren Energien sind mittlerweile ein etablierter Bestandteil der Energieversorgung. Mit der weiteren Förderung des Ausbaus und der Steigerung der Energieeffizienz braucht es jetzt einen Gesamtplan, damit die einzelnen Puzzlesteine zu einer ganzheitlichen Energiewende werden. Fahrzeuge fahren in Zukunft mit Strom oder mit ökologisch erzeugtem Wasserstoff, und Fernwärme kann sich nicht nur aus Abwärme, sondern über solarthermische Großanlagen auch aus Sonnenenergie speisen. Wir wollen mit der Roadmap Energiewende die Entwicklungsschritte für die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr koordinieren. Denn Energieeffizienz, Netzausbau, Speichertechnologien, Ladeinfrastruktur und der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien müssen jeweils in ihrer Entwicklung zusammenpassen. Modellregionen wie Kassel oder Großstädte wie Frankfurt, die mit beispielhaften Anwendungen und Strategien zeigen wollen, wie eine vollständig auf Erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung in den nächsten Jahren funktionieren kann, wollen wir unterstützen.

- **Den Energiemarkt der Zukunft gestalten:** Strom- und Wärmeversorgung sowie Verkehr werden in Zukunft immer stärker gemeinsam betrachtet. Durch mehr Energie aus erneuerbaren Quellen greifen sie auch immer stärker ineinander – bei der Elektromobilität, bei der Brennstoffzellentechnik oder beim Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und Power-to-Heat. Weil Deutschland mit der Biomasseproduktion an die Nachhaltigkeitsgrenzen kommt, werden wir insbesondere an der stärkeren Elektrifizierung im Verkehr arbeiten, sekundär auch im Bereich der Wärme. Mit einem höheren Anteil Erneuerbarer Energien und zunehmender Dezentralisierung muss sich der Energiemarkt verändern. Wir müssen die klimaschädliche und schwerfällige Kohleenergie hinter uns lassen und mit flexiblen Gaskraftwerken, intelligentem Netzausbau, Speichertechnologien und Lastmanagement insbesondere bei Großverbrauchern und Industrie arbeiten. Die lokalen Energieversorger unterstützen wir beim Umbau der ursprünglich hierarchischen Versorgungsstruktur in eine vernetzte zelluläre Struktur mit vielen Energieerzeugern, sei es der regionale Windpark oder die PV-Anlagen auf den Dächern. Die Digitalisierung bietet dafür auch im Bereich der Energiewende große Chancen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der Energiemarkt stärker zu einem Flexibilitätsmarkt weiterentwickelt wird und klimaschädliche fossile Energien über eine Steuerung des CO₂-Preises nicht weiter bevorteilt werden. Auf Landesebene wollen wir mit Forschungsförderung und Pilotprojekten diese Entwicklung weiter fördern. Dabei liegt unser Fokus auf den hessischen Stärken: Energieeffizienz, Systemintegration und Digitalisierung im Sinne einer intelligenten Steuerung von Erzeugung und Verbrauch. Wir werden auch hier Datenschutz und Verbrauchersouveränität achten.
- **Klimaschutz von unten stärken:** Mit den „Klima-Kommunen“ haben wir ein Erfolgsmodell für den Klimaschutz von unten geschaffen. Über ein Drittel aller hessischen Kommunen machen mit und bekennen sich zu anspruchsvollen Klimaschutzzielen. Wir wollen die Vernetzung der Kommunen weiter stärken sowie vorbildliche und innovative kommunale Konzepte in Bezug auf Klimaneutralität und Sektorenkopplung fördern. Außerdem wollen wir Kommunen noch stärker darin unterstützen, kommunale CO₂-Bilanzen, Divestment-Strategien sowie Klimaschutzpläne zu erstellen und umzusetzen. Für Stadtgestaltung und Infrastrukturmaßnahmen, die dem Klimaschutz und der Klimaanpassung dienen, braucht es gerade für Kommunen die Möglichkeit zu investieren. Wenn sich Investitionen mittelfristig lohnen, sollen Maßnahmen wegen klammer Kassen nicht als erstes dem

Rotstift zum Opfer fallen. Wir wollen erreichen, dass Klimaschutz künftig zu den grundlegenden Aufgaben der Kommune zählt, und hierfür Möglichkeiten innerhalb der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs finden. Zusätzlich helfen langfristige Darlehen und Vereinfachungen der Fördervergabe. Die Landesenergieagentur als zentrale Förder- und Beratungsstelle des Landes für Klimaschutz und Energiewende soll gestärkt werden und ihre Dienstleistungen regional breiter aufgestellt werden. Auch die Gemeinwohlökonomien, Genossenschaften, Menschen mit Erfindergeist wie in Sharing-Konzepten, Repair-Cafés oder Food-Coops sollen gefördert werden. Über Gemeinwohl- und Ökobilanzen können die Umweltauswirkungen und Folgen für das Gemeinwohl systematisch analysiert werden, von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung. Solche Öko- und Gemeinwohlabilanzen wollen wir fördern, sodass Unternehmen ihre Wertschöpfung transparent und umfassend darlegen und als Vorbilder für eine nachhaltige Wirtschaftsweise dienen können.

Agrarwende in Hessen weiter vorantreiben

Gutes und leckeres Essen gehört zur Lebensqualität. Das sehen die meisten Menschen in Hessen so. Sie wollen nicht nur satt werden, sondern achten immer stärker darauf, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie hergestellt wurden. Die hessische Landwirtschaft ist sehr vielfältig und relativ kleinräumig strukturiert. Aber auch in Hessen setzt sich der Trend des Höfesterbens und der wachsenden verbliebenen Betriebe fort.

Die Landwirtschaft soll uns aber nicht nur satt machen. Sie soll auch so stattfinden, dass sie die biologische Vielfalt erhält, das Klima und den Boden schützt und den Wasserhaushalt nachhaltig sichert. Vor unserer Regierungsbeteiligung gab es keinen verlässlichen Rahmen für Landwirte, die ökologisch wirtschaften wollen. In Regierungsverantwortung haben wir entscheidende Schritte für mehr Ökolandbau, mehr Tierwohl in der Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung umgesetzt. In Hessen sind wir mit 13,5 Prozent der Fläche, die ökologisch bewirtschaftet wird, an der Spitze der Länder. Wir haben die Richtung der Landwirtschaftspolitik geändert, aber es gibt noch viel zu tun. Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft

ausbauen. Hierbei nehmen wir alle Bewirtschaftungsformen in den Blick – egal ob Bio oder konventionell. Konkret wollen wir:

- **Förderung der ökologischen Landwirtschaft:** Ökologische Landwirtschaft ist unser Leitbild. Daher wollen wir diese nachhaltige Bewirtschaftungsform weiterhin besonders fördern. Bis 2025 wollen wir die Ökolandbauflächen durch gezielte Förderung auf 25 Prozent erhöhen und somit seinen Spitzenplatz unter den Ländern behaupten. Die Einrichtung von Ökomodellregionen war hierfür ein wichtiger Schritt. Wir wollen erreichen, dass künftig ganz Hessen zur ersten Ökomodellregion Deutschlands wird. Darüber hinaus soll die Förderung der Vermarktung hessischer Bio-Produkte und Spezialitäten ausgebaut werden. Wir wollen Kommunen und Regionen fördern, die Biokommune werden wollen. Die hessischen Staatsdomänen sollen als Vorbildbetriebe fungieren und Ökobetriebe bevorzugt werden. Daher wollen wir dies in den Ausschreibungen besonders berücksichtigen. Wir lehnen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ab und unterstützen Initiativen zur Erzeugung gentechnikfreier heimischer Eiweißfuttermittel. Im Unterricht der landwirtschaftlichen Ausbildung und der Meister- und Technikerschulen sowie in Fortbildungen soll der Ökolandbau als Querschnittsthema in allen Modulen aufgenommen werden. Auch in der Forschung wollen wir den Ökolandbau stärken. Wir machen uns dafür stark, ein Leibniz-Institut für (Öko-)Agrarsystemforschung in Hessen zu etablieren.
- **Strategie für nachhaltige Landwirtschaft:** Wir werden eine Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft für ganz Hessen erarbeiten. Unabhängig davon, ob ein Betrieb sich ökologisch oder konventionell ausrichtet, soll es gezielte Förderung und Angebote für eine nachhaltige Landwirtschaft geben. Als politische Leitlinie gilt für uns: Die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft in Hessen soll erhalten und unterstützt werden. Wir wollen verhindern, dass immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe zur Aufgabe gezwungen werden und die industrielle Landwirtschaft dadurch Wachstum erfährt. Die Direktvermarktung regionaler Lebensmittel wollen wir fördern. Unser Ziel ist es, die EU-Förderpolitik so auszurichten, dass gesellschaftliche Leistungen verstärkt honoriert werden. Die nationalen Möglichkeiten zur Umschichtung von Geldern von der ersten in die zweite Säule sollen maximal ausgeschöpft werden. Dazu soll Hessen weiterhin eine aktive Rolle in der Weiterentwicklung der

Gemeinsamen Agrarpolitik einnehmen. Die Gemeinsame Agrarpolitik muss verstärkt zum Schutz von Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und zu einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und damit auch zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Das gilt auch für die Direktzahlungen nach dem Leitgedanken: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Mit den Fördergeldern sollen Agrarumweltmaßnahmen für eine nachhaltige Landwirtschaft mit vielfältigen Fruchtfolgen, deutlich weniger Chemie, Schutz des Grundwassers und Artenvielfalt durch Hecken und Blühstreifen sowie am Tierwohl ausgerichtete Tierhaltung so attraktiv gestaltet werden, dass sie in ganz Hessen ankommen. Entsprechend setzen wir uns für verbesserte Regelungen auf Bundesebene beim privilegierten Bauen im Außenbereich ein, dabei sollen Kommunen mehr Mitspracherecht bekommen.

- **Gegen Pestizide und für Artenvielfalt:** Wir wollen einen Pestizidreduktionsplan für Hessen. Dazu gehören intensive Förderung und Beratung grundwasserschonender Landwirtschaft in besonders belasteten Gebieten. Alle Neonicotinoide und Totalherbizide wie Glyphosat lehnen wir ab. Für ein Verbot werden wir uns auf Bundes- wie Europaebene einsetzen. In landeseigenen Betrieben wollen wir auf ein Verbot durch entsprechend ausgestaltete Pachtverträge im Rahmen der Ausstiegsstrategie hinwirken. Wir werden gentechnikfreie Landwirtschaft auf landeseigenen Flächen in Hessen weiterhin sicherstellen und uns auf Bundesebene für ein bundesweites und europaweites Anbauverbot aller gentechnisch veränderten Pflanzen einsetzen. Die für die Artenvielfalt wertvollen Streuobstwiesen werden wir durch eine Streuobststrategie für Hessen schützen, erhalten und für ihre Pflege, auch finanziell, sorgen. Die Förderung der Weidehaltung von Kühen, Schafen und Ziegen leistet einen wichtigen Beitrag für die Grünlanderhaltung sowie die Artenvielfalt und den Tierschutz. Neben der Weidehalteprämie für Kühe wollen wir auch die Schaf- und Ziegenhaltung in Hessen attraktiver machen, um ein gerechtes Auskommen zu ermöglichen. Wir wollen uns für die Förderung über EU- sowie Bundesprogramme gezielt einsetzen und andernfalls eine Förderung der Weidehaltung realisieren. Erfolgreiche Programme wie die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP-AGRI), die auch gemeinsame Projekte von konventioneller Landwirtschaft und Biolandwirtschaft für Nachhaltigkeit erproben und durchführen, wollen wir weiter unterstützen. Uns ist es wichtig, den Artenschutz durch Konzepte zu stärken, die ein Wirtschaften des Menschen im Einklang mit der Artenvielfalt fördern.

- **Nutztierhaltung am Tierwohl ausrichten:** Hessen soll Vorreiter beim Tierschutz in der Landwirtschaft werden. Wir wollen den „Runden Tisch Tierwohl“ fortsetzen und mit einem Tierwohllaktionsplan unterfüttern: Mit ihm sollen nicht nur Landwirte gefördert werden, denen Tierwohl besonders am Herzen liegt, sondern auch speziell die Umstellung auf tierfreundliche Haltungssysteme sowie innovative Technik zur Verbesserung von Tierwohl und Umweltschutz. Für uns gilt, dass sich die Haltung den Nutztieren anpassen muss und nicht umgekehrt. Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir wollen weiter eine zukunftsweisende Landwirtschaft ohne Megaställe. Deshalb wollen wir weiter die Förderung von Umbauten auf die Ställe begrenzen, die der artgerechten Haltung ökologischer Landwirtschaft entsprechen. Wir unterstützen hofnahe Schlachtung, zum Beispiel durch Förderung mobiler Schlachtstätten, bspw. für Geflügel. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung der Haltungsform bei der Vermarktung von Fleisch ein, wie es bei Eiern schon lange und erfolgreich praktiziert wird. Ebenfalls setzen wir uns gegen den Einsatz von Reserveantibiotika ein. Dies muss auch bei der tiermedizinischen Ausbildung stärker thematisiert werden.
- **Gesundes Essen von Anfang an:** Um den Wert von Nahrungsmitteln wieder stärker im Bewusstsein zu verankern, wollen wir schon bei Kindern Interesse daran wecken. Darum wollen wir Geld bereitstellen, damit jedes Schulkind einmal im Schulleben eine Woche auf einem am Tierwohl ausgerichteten und ökologisch arbeitenden Schulbauernhof oder einer ähnlichen Einrichtung verbringen kann. Wir unterstützen die Kooperationen von Kitas und Schulen mit Bauernhöfen. Ziel ist es auch, eine gesunde und ausgewogene Ernährung in allen hessischen Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Tägliche vegetarische und vegane Alternativen sollen das Angebot in Schulen und Kindergärten ergänzen und so eine adäquate Versorgung aller Kinder in Hessen gewährleisten. Insbesondere in Schulen mit hohen sozialen Problemlagen wollen wir zusätzlich ein gesundes Frühstück fördern. Die EU bezuschusst zudem eine gesunde Ernährung mit einem Schulprogramm für die kostenlose Verteilung von Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukten an Schulen. Wir wollen uns dafür einsetzen, die bürokratischen Hürden für die Teilnahme zu senken, damit es in Zukunft für Hessen Sinn macht, sich an diesem Programm zu beteiligen. Durch gezielte Informationskampagnen, Beratungen und Kooperationen mit Schulen, Kantinen, Tafeln und Supermärkten wollen wir die Lebensmittelverschwendung reduzieren. Wir wollen uns auf Bundesebene für eine nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung einsetzen.

- **Zivilgesellschaftliche Initiativen stärken:** Initiativen wie die solidarische Landwirtschaft, Ernährungsräte, Essbare Stadt, vertical farming und Ideen zum plastikfreien Leben unterstützen wir.

Unsere Lebensgrundlagen erhalten: saubere Luft, sauberes Wasser und gute Böden

Wir setzen uns weiterhin für eine gesunde Umwelt ein. Saubere Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden sind Lebensgrundlagen für uns alle. Wir müssen und wir wollen sie schützen.

Saubere Luft

Viele Menschen in Europas Städten sind Feinstaub und besonders Stickoxiden in der Luft ausgesetzt. Die verbindlichen Grenzwerte der EU zum Schutze der Gesundheit werden regelmäßig überschritten. Hauptverursacher für diese Gesundheitsgefährdung ist der Straßenverkehr, und am meisten sind die Menschen belastet, die aufgrund eines geringen Einkommens an den viel befahrenen Haupttrouten einer Stadt leben. Insbesondere Kinder und ältere oder lungenerkrankte Menschen sind von der Luftbelastung besonders gefährdet.

Wir wollen eine umweltgerechte, lärmindernde und klimaschonende Mobilitätspolitik fortsetzen. Mit den gerade in unserer Regierungszeit eingerichteten Umweltzonen und Luftreinhalteplänen für die belasteten Städte sind die ersten Schritte gemacht. Mit den Möglichkeiten auf Landesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich die Bundesregierung und die EU endlich für eine funktionierende Kontrolle und Einhaltung der Grenzwerte einsetzen. Damit die Luft in unseren Städten sauberer wird, braucht es dringend eine Hardware-Umrüstung bei den vorhandenen Dieselfahrzeugen und zwar so, dass sie nicht zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher geht. Spätestens seit dem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts ist klar, dass einige Kommunen an Dieselfahrverboten nicht vorbeikommen werden. Wir werden uns daher auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, die Blaue Plakette zu ermöglichen. Sie ermöglicht es, die „saubereren“ Diesel von den schmutzigen zu unterscheiden. So können die Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden, ohne dass es zu flächendeckenden Fahrverboten kommt. Außerdem können so ein Flickenteppich unterschiedlicher lokaler Regelungen vermieden und Ausnahmeregelungen für Handwerker, Rettungsdienste etc. sichergestellt werden.

Um die Schadstoffgrenzwerte einzuhalten, setzen wir uns auch für die Reduzierung des Flugverkehrs ein. Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene weiter für einen besseren aktiven Lärmschutz und mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen bei lärmschutzbedingten Geschwindigkeitsbeschränkungen stark machen.

Sauberes Wasser

Auch der Schutz unserer lebenswichtigen Ressource Wasser stellt uns vor große Herausforderungen. Saubere Flüsse und Seen, sauberes Grund- und Trinkwasser sind die wichtigste Grundlage zum Leben. Wir wollen das Vorsorge- und Verursacherprinzip weiter stärken, um unsere Lebensgrundlagen zu schützen.

Alle Gewässer in einen guten Zustand bringen: Um möglichst alle hessischen Gewässer gemäß den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie in einen guten ökologischen Zustand zu bringen, wurden ein Maßnahmenplan abgestimmt und Fördermittel bereitgestellt. Die Umsetzung ist in vollem Gange, nun gilt es, beim Tempo noch zuzulegen. Bei den durch den Kalibergbau hoch belasteten Flüssen Werra und Weser ist es gelungen, erstmals einen langfristigen Plan für eine Entsalzung und damit für eine ökologische Verbesserung aufzustellen. Mit dem Masterplan Salz wird zum Schutz des Grundwassers auch die Laugenverpressung beendet. Das Wassergesetz wurde novelliert, sodass endlich die wichtigen Gewässerrandstreifen besser geschützt sind.

- Unter Einbeziehung der Kommunen wollen wir die Anstrengungen zur **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie** verstärken. Es gilt dabei, die Projektsteuerung zu optimieren und die Kommunen bei der Planung und Durchführung mit fachkundigem Personal zu unterstützen. Auch wollen wir die Potenziale für Förderprogramme nutzen, Naturschutz mit Gewässerschutz noch enger zu verflechten.
- **Belastung aus der Landwirtschaft reduzieren:** Wir wollen uns auf allen Ebenen für eine Reduzierung von Pestiziden und anderen schädlichen Einträgen in unsere Gewässer und unser Grundwasser einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Ausbringung von Gülle und Dünger. Wir haben deshalb die Gewässerschutzberatung in der Landwirtschaft verbessert. Die im Wassergesetz vorgesehenen Verbesserungen wollen wir in ihrer Wirkung evaluieren und das

Wassergesetz entsprechend weiter anpassen. Nur wenn wir den Bächen und Flüssen Raum für Eigendynamik geben, kann diese gelingen. Wir wollen daher Gewässerrandstreifen konsequent einfordern und den Flächenerwerb entlang der Oberflächengewässer vorrangig fördern. Aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung wollen wir aus Gründen des Gewässer- und Bodenschutzes weitgehend aussteigen. Die Rückgewinnung von Phosphor aus dem Klärschlamm kommunaler Kläranlagen wollen wir weiter vorantreiben und diesen wertvollen Rohstoff und Nährstoff erneut in der Landwirtschaft zum Düngezweck einsetzen. Wir beobachten eine beängstigende Zunahme des Gülletourismus aus den Hotspots der Massentierhaltung nach Hessen. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung der Nitratgehalte unseres Grundwassers, das auch jetzt schon belastet ist. Wir wollen ein Meldesystem zur Reglementierung des Gülletourismus aus den Hotspots der Massentierhaltung nach Hessen. Lagerstätten für Wirtschaftsdünger (oder Gülle) werden wir nur noch zur Umsetzung von Klima- und umweltfreundlichen Standards fördern.

- **Spurenstoffstrategie zur Reduzierung von Medikamenten- und Chemierückständen sowie Mikroplastik:** Menschengemachte Wasserverunreinigungen durch Spurenstoffe aus pharmazeutischen Produkten, Kosmetika, der Landwirtschaft, Industriechemikalien oder durch Mikroplastik sind ein wachsendes Problem für die Umwelt, aber auch für unsere Gesundheit. In Wasserproben tauchen vermehrt multiresistente Keime auf. Wichtig ist die wirksame Vermeidung, also das Ansetzen an der Ursache. Die von uns initiierte hessische Spurenstoffstrategie nimmt die Probleme ganzheitlich in den Blick. Nun gilt es, sie konsequent umzusetzen. Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, dass gefährliche Stoffe gar nicht erst in die Abwasserkanäle gelangen, zum Beispiel durch Beratung, Information und Restriktionen. Zur Erreichung und zum Erhalt der gesetzlichen Ziele in Oberflächengewässern ist es daneben auch notwendig, die Kläranlagen weiter zu verbessern und die Gewässer naturnah zu gestalten. Die wirkungsvollste Maßnahme zur Reduzierung der Gewässerbelastung mit Spurenstoffen wie Arzneimitteln und Haushaltschemikalien ist die Erweiterung von Kläranlagen um eine weitere Stufe. Priorität müssen die Anlagen haben, deren Abläufe die Qualität des dort gewonnenen Trinkwassers gefährden können, insbesondere im Hessischen Ried. Aber auch die Kläranlagen der hessischen Großstädte sollen ausgebaut werden, da hier deutliche Verbesserungen zu vergleichsweise geringen Kosten möglich sind. Auch die Einträge

von Mikroplastik, antibiotikaresistenten Bakterien und anderen Schadstoffen lassen sich so verringern. Wir wollen außerdem das Monitoring über die Belastung und die Erforschung der Verursachung gerade auch hinsichtlich des Mikroplastiks verbessern.

- **Grundwasserschonende und nachhaltige Trinkwasserversorgung:** Für eine umweltverträgliche und zukunftssichere Wasserversorgung des Rhein-Main-Gebiets mit ausreichend sauberem Trinkwasser hat die Landesregierung einen Leitbildprozess mit den Akteuren aus Wasserwirtschaft, Naturschutz und Kommunen eingeleitet. Neben dem Hessischen Ried versorgen die Regionen des Vogelsbergs und des Burgwalds das Rhein-Main-Gebiet mit Wasser. Ziel ist eine Vereinbarung, die neben dem Schutz der Lieferregionen einen höheren Stellenwert der Ökologie vorsieht. Wir setzen uns bei der Umsetzung dafür ein, dass sie am Ende einer umweltschonenden Grundwassergewinnung und einem fairen regionalen Ausgleich gerecht wird. Dabei stehen für uns Maßnahmen im Vordergrund, die die Zukunft der Wasserversorgung im Zuge des Klimawandels und demografischer Veränderungen in den Blick nehmen. Außerdem wollen wir das Verursacherprinzip bei der Frage der Wassergewinnung und Wassernutzung deutlich stärken.

Eine nachhaltige Abfallpolitik stärken

Die Abfallmengen in Deutschland sind nach wie vor an der Spitze der EU. Wir müssen viel konsequenter an der Hierarchie einer nachhaltigen Abfallwirtschaft ansetzen. Es gilt, vorrangig an der Vermeidung und Wiederverwendung anzusetzen. Daher setzen wir uns für eine hessische Ressourcenstrategie ein. Im dritten Schritt geht es um eine deutliche Verbesserung der Recycling-Quote. Und erst anschließend gilt es, das Potenzial der energetischen Verwertung in den Blick zu nehmen und ganz zum Schluss die umweltverträgliche Entsorgung. Wir wollen in Hessen unseren Beitrag dazu leisten und insbesondere die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen. Deutschlands Plastikverbrauch steht in Europa an der Spitze, die Meere sind weltweit durch Kunststoffe belastet. Wir wollen uns daher auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika einsetzen sowie für eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Außerdem wollen wir gerade beim Plastik endlich eine konsequente Kreislaufführung zum schonenden Umgang mit den Ressourcen. Dazu wollen wir das Verpackungsgesetz zu einem Wertstoffgesetz

weiterentwickeln und die Nutzung von Mehrwegverpackungen, insbesondere Mehrwegflaschen, stärken. Den Export von Müll wollen wir reduzieren. Im Rahmen der Ressourcenschutzstrategie des Landes wollen wir uns nach dem erfolgreichen Becher-Bonus-Programm weiteren Aktionen zur Stärkung des Ressourcenschutzes widmen, wie der Förderung wieder verwendbarer Beutel statt Plastiktüten für Obst und Gemüse in Einkaufsmärkten.

Den Boden nicht unter den Füßen verlieren

Es gilt, die Schönheit unserer Natur zu erhalten. Außerdem haben Wiesen, Wälder, Moore und Böden eine wichtige Speicherfunktion für Kohlenstoff. Um diese zu erhalten, müssen wir Böden angepasst nutzen und vor weiterer Zerstörung schützen. Wir unterstützen deshalb die globalen Nachhaltigkeitsziele aus der UN-Agenda 2030 und wollen die Verschlechterung der Bodenqualität beenden und umkehren. Hierzu wollen wir auch Maßnahmen zur Verbesserung des Humusgehalts des Bodens fördern. In der Landes- und Regionalplanung wollen wir uns für eine weitere Reduzierung des Flächenverbrauchs einsetzen. Die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen, notwendiger Grünflächen in Ballungsgebieten und Naturschutzflächen auch für den Klimaschutz ist uns wichtig. Insbesondere wollen wir Kommunen bei ihrem Flächenmanagement unterstützen. Unser langfristiges Ziel ist die Netto-Null beim Flächenverbrauch, dem wir uns sukzessive annähern wollen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, hochwertige landwirtschaftliche Böden besonders zu schützen. Zur Eindämmung des Flächenverbrauchs setzen wir uns das Ziel der Reduktion auf unter 2 ha pro Tag bis 2030. Dabei achten wir weiter auf die ausgewogene Balance, die es bei der notwendigen Schaffung von Wohnraum in Ballungsgebieten zu halten gilt. Hier sind kluge Lösungen gefragt, die auch die Aufstockung von Gebäuden und Wiedernutzung brachliegender Flächen und gleichzeitig den Erhalt von innerstädtischen Erholungs- und Grünflächen in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang wollen wir den Kommunen Anreize für Verbesserungen des innerstädtischen Klimas und des Baumbestands geben. Baumfällungen sollen kompensiert und Baumbepflanzungen sollen buchhalterisch nicht mehr als Aufwendungen, sondern als Investition behandelt werden. Im ländlichen Raum wollen wir dagegen dem innerörtlichen Leerstand mit gezielten Programmen entgegenwirken. Die Idee des Handels mit Flächenzertifikaten begleiten wir positiv und prüfen die Umsetzungsmöglichkeiten auf Landesebene.

Biologische Vielfalt sichern, den Artenverlust stoppen

Wir wollen unsere biologische Vielfalt erhalten und stärken, damit es auch in Zukunft in Hessen zwitschert, summt und brummt. Dafür haben wir in der Landwirtschaft, aber auch im Wald- und Naturschutz zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird der gesamte Staatswald in Hessen FSC-zertifiziert sein. Acht Prozent der Flächen sind als Kernflächen für das Entstehen und den Erhalt von Naturwäldern ausgewiesen. Die Natura-2000-Gebiete werden besser gefördert. Durch die Initiative „Bienenfreundliches Hessen“ und das Blühstreifenprojekt sollen Nahrung und Lebensraum für Insekten zurückgewonnen werden. Die hessische Biodiversitätsstrategie wurde weiterentwickelt, Naturparke ausgeweitet und der Lebensraum für Wildtiere verbessert.

Aber wir wollen mehr: Neben den vielen Maßnahmen, die im Kapitel Agrarwende beschrieben sind und sich günstig auf die Artenvielfalt auswirken, wollen wir weitere Naturschutzmaßnahmen angehen, um die Artenvielfalt zu erhalten und zu stärken:

- **Naturwälder dauerhaft sichern:** Wir wollen ausgewiesene nutzungsfreie Kernflächen, die besonders wertvoll sind, als Naturschutzgebiete rechtlich dauerhaft sichern. Fünf Prozent des gesamten hessischen Waldes, davon zehn Prozent des Staatswaldes, wollen wir aus der Nutzung nehmen und möglichst zu einigen großen Wildnisgebieten sowie zahlreichen kleineren sogenannten „Wildnis-Inseln“ zusammenschließen. Dafür und für die FSC-Zertifizierung wollen wir auch die Kommunalwald- und privaten Waldbesitzer gewinnen und mit ihnen gemeinsam an Konzepten für Naturschutzflächen in ihren Wäldern arbeiten. Im Staatswald wollen wir im Sinne einer Annäherung an die natürlichen Waldgesellschaften den heimischen Baumarten Vorrang geben. Um die gute Arbeit im Wald fortzusetzen, benötigen wir motiviertes, gut ausgebildetes und hoch qualifiziertes Personal. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Wir wollen, dass bei der nachhaltigen Bewirtschaftung unseres Staatswaldes zur Sicherung seiner vielfältigen Funktionen wie Lebensraum, Klimaschutz, Erholung, Bildung und Rohstoffquelle ökologische, wirtschaftliche und soziale Ziele gleichrangig verfolgt werden.
- **Buchenwälder schützen:** Alte Buchenwälder wollen wir erhalten und schützen. Naturnahe Buchenwälder mit einem hohen Alt- und Totholzanteil sind sehr selten geworden und benötigen als unser Naturerbe besonderen

Schutz. Für wertvolle Bestände streben wir vorrangig eine Ausweisung als „Wildnis-Insel“ an. Im Falle einer unvermeidbaren Nutzung wollen wir eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die die natürliche dynamische Waldentwicklung zum Vorbild hat und alle Buchen, die älter als 140 Jahre sind, dauerhaft als „Methusalem“ bzw. Habitatbäume sichern.

- **Walderhalt im Hessischen Ried:** Um die Wälder im Hessischen Ried dauerhaft zu schützen, wollen wir die Empfehlungen des Runden Tisches Hessisches Ried umsetzen. Dazu gehören Waldumbau und eine Verbesserung des Wasserhaushalts unter den Waldbeständen durch Infiltration und Oberflächenbewässerung mittels aufbereiteten Rheinwassers. Dabei sind besonders die Belange des Natur- und Artenschutzes in den FFH-Gebieten zu berücksichtigen.
- **Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln und sichern:** Wir wollen unsere Natur und die Landschaften dauerhaft in einen günstigen Erhaltungszustand bringen. Dazu wollen wir alle Bereiche in den Blick nehmen, vom Straßenbegleitgrün über die Agrarlandschaft bis hin zu Amphibientunnel und Grünbrücken bei Verkehrsplanungen. Die Maßnahmenplanung für die hessischen Vogelschutzgebiete wollen wir abschließen und umsetzen. Das Hessische Naturschutzgesetz wollen wir entsprechend den Zielen und Maßnahmen der Biodiversitätsstrategie anpassen. Um das Wildnisziel des Bundes auf zwei Prozent der Fläche zu erreichen, fordern wir von der Bundesregierung die Einrichtung eines Waldschutzfonds.
- **Demstummen Frühling entgegentreten:** Wir setzen uns weiterhin für mehr Blühstreifen und Grünlandextensivierung ein. Wir brauchen größere zusammenhängende Flächen, die pestizidfrei sind und Bienen sowie anderen Insekten einen guten Lebensraum bieten. Wildnis soll es zunehmend auch für Flüsse, Bäche und ihre Auen geben. Zur Renaturierung von Uferzonen braucht es mehr Flächen, die aus der Nutzung genommen werden, und weitere Gewässerstreifen. Hierfür wollen wir weiterhin Landesmittel zur Verfügung stellen, die auch dem Hochwasserschutz und der Biotopvernetzung zugutekommen. Besonders gefährdete Arten wie Feldlerche und Feldhamster wollen wir durch spezielle Programme schützen. Für mehr Natur in Dörfern und Städten setzen wir uns für eine Fortführung der Programme „Wildes Hessen“ und „Zukunft Stadtgrün“ ein.

- **Rückkehr der Wildtiere klug anpacken:** Mehr Wildnis wollen wir auch für Luchs, Wolf, Wildkatze und Biber. Ziel muss es sein, wieder dauerhaft überlebensfähige Populationen dieser Tierarten in ganz Hessen etablieren zu können. Die damit verbundenen potenziellen Konflikte wollen wir durch gezielte Planungen und rechtzeitig realisierte Maßnahmen vermeiden. Für den Umgang mit diesen speziellen Wildtieren und Hilfestellungen bei Konflikten haben sich die Managementpläne bewährt. Gegen mögliche Wolfsübergriffe auf die Herden von Weidetieren soll es weiter Beratung, unbürokratische Hilfe sowie Mittel für Präventionsmaßnahmen und Entschädigungszahlungen geben.

Naturschutz stärken

Naturschutz wird in Hessen wieder großgeschrieben. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

- **Hessens Naturschätze dauerhaft schützen:** Hessens Naturschätze wie der Nationalpark Kellerwald und das Biosphärenreservat Rhön sollen weiterentwickelt und gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen für die Ausweisung von Naturschutzgebieten wollen wir z.B. durch Vorrangregeln für den Vertragsnaturschutz erleichtern. Weitere Naturschutzgebiete sollen zur Verbindung mit dem Nationalpark ausgewiesen werden. Die Edersee-Steilhänge sollen ebenso zum nationalen Naturmonument werden wie das Grüne Band entlang der hessisch-thüringischen Grenze. Die mit dem Nationalpark und diesen Gebieten zusammenhängenden FFH-Gebiete wollen wir im Rahmen eines länderübergreifenden Biotopverbundes verknüpfen. Die Bemühungen der Kommunen für eine Biosphärenregion um die Stadt Wiesbaden und in den Landkreisen Rheingau-Taunus und Main-Taunus wollen wir unterstützen. Eine Chance für grenzüberschreitenden Naturschutz und neue Impulse für das Biosphärenreservat Rhön wäre die Ausweisung eines Nationalparks Rhön.
- **Natur- und Umweltbildung weiter stärken:** Die Natur- und Umweltbildung soll vom Kindergarten bis zum Ausbildungs- und Universitätsalter im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt werden. Einbezogen werden die Naturschutzakademien, die regionalen Natur- und Umweltbildungszentren sowie die waldpädagogische Umweltbildung von HessenForst. Waldkindergärten, Waldschulen und andere Einrichtungen zur Förderung von Natur- und Umweltpädagogik wollen wir fördern. Trekkingplätze für Jugendgruppen im Wald

wollen wir unterstützen. Auch in Hochschulen und Berufsschulen oder in der Lehrer*innenausbildung sollen Nachhaltigkeit und Umweltschutz stärker implementiert werden. Die Naturschutzgroßprojekte und LIFE-Projekte in Hessen wollen wir stärken. Ebenso werden wir die bewährten Naturparke halten und weiterentwickeln. Hier gilt es, den Schutz und die Nutzung unserer Kulturlandschaften zu verbinden und die Interessen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und die Bedürfnisse der Erholungssuchenden gut aufeinander abzustimmen.

- **Strukturen im Naturschutz stärken:** Das Ehrenamt im Naturschutz wollen wir weiter stärken, z.B. auf der Ebene der Regierungspräsidien. Die Umweltlotterie GENAU wird fortgeführt und weiterentwickelt, damit auch weiterhin Naturschutzprojekte von den Gewinnen profitieren können. Für die institutionelle und finanzielle Stärkung der Landschaftspflegeverbände wollen wir uns einsetzen. Die Stiftungen für Naturschutz wollen wir weiterentwickeln. Außerdem wollen wir prüfen, inwiefern wir im Kommunalen Finanzausgleich Umwelt- und Naturschutzleistungen mit überörtlicher Bedeutung ähnlich wie bei Kulturleistungen stärker berücksichtigen können.

Tierschutz

Neben dem wichtigen Bereich des Tierwohls in der Landwirtschaft wollen wir uns weiter um eine Verbesserung des Tierschutzes in Hessen kümmern. Mit der Veränderung der Jagdverordnung, der Katzenkastrationsverordnung für den Umgang mit streunenden Katzen, der Einrichtung der Hessischen Tierschutzstiftung zur Unterstützung der Tierheime und Wildtiertrauffangstationen sowie der Einrichtung der Professuren zur Reduzierung von Tierversuchen haben wir in Hessen schon viele Verbesserungen auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen wir weiter fortsetzen.

- **Tierschutz strukturell stärken:** Wir wollen den Artikel 20a im Grundgesetz zur Anwendung bringen und Tierschutz weiter in bereits bestehende Landesgesetze einbinden. Auf Bundesebene werden wir uns weiter für mehr Tierschutz und entsprechende Gesetzesänderungen einsetzen. Wir fordern das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen auf Landesebene. Aufgrund der komplexen Anforderungen im Vollzug des Tierschutzrechtes wollen wir einen Expertenpool als „Task-Force Tierschutz“ insbesondere für Tiertransporte, Zirkus, Exoten- und Wildtierhaltung bilden. Außerdem setzen wir uns für eine auskömmliche Finanzierung der Tierheime ein. Auf Bundesebene fordern wir ein Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Zirkusse sollen zusätzlich

über den Tierschutz bei der Dressur und Vorführung aufgeklärt werden. Für zoologische Gärten und Wildtierparks fördern wir die Ausrichtung auf Artenschutz und Naturschutzbildung.

- **Tierschutz bei Haustieren:** Tierschutz fängt vor dem Erwerb an. Wir wollen zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den Tierheimen einen Aktionsplan Tierschutz auflegen, um junge Menschen für die natürlichen Bedürfnisse von Tieren zu sensibilisieren und Wissen in Pflege, Haltung und Umgang mit Tieren zu vermitteln. Wir wollen einen Sachkundenachweis vor dem Erwerb insbesondere eines gefährlichen Hundes (Hundeführerschein) auf den Weg bringen. Dies steigert die Sicherheit der Menschen, die Freude am Tier und auch das Wohlbefinden des Tieres. Den Online-Verkauf von Wildtieren wollen wir über Maßnahmen auf Bundesebene regulieren.
- **Auf Tierversuche verzichten:** Unser Ziel bleibt, perspektivisch auf Tierversuche ganz zu verzichten und sie durch alternative Verfahren ersetzen zu können. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für ein Verbot besonders belastender Tierversuche und für eine Anerkennung der Methoden in den EU-Regularien ein, die als Alternativen bereits vorhanden und wissenschaftlich gesichert sind. Wir wollen die zwei Stiftungsprofessuren für sogenannte 3R-Verfahren im Sinne einer Reduzierung (reduce), Verringerung der Last der Versuchstiere (refine) und letztlich Ersetzung der Tierversuche (replace) beibehalten. Mittel- und langfristig soll die Förderung von Forschung mit Tierversuchen und mit Alternativmethoden paritätisch sein.
- **Verbot langer Transporte von Schlachttieren in Drittländer:** Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Verbot langer Transporte von Schlachttieren in Drittländer ein. Der Tierschutz darf nicht an der Außengrenze der EU abgegeben werden. Die Einhaltung der EU-Tierschutzvorgaben muss über internationale Abkommen in der EU abgesichert werden. Die tierschutzrechtswidrigen Zustände bei Tiertransporten in Drittländer wollen wir nicht länger dulden.
- **Jagdrecht anpassen:** Das Jagdrecht wollen wir evaluieren und in Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Jagdverbänden fortschreitend an wildbiologische Erkenntnisse anpassen. Die hochriskanten Totschlagfallen wollen wir verbieten.

Verbraucherschutz

Seit grüner Regierungsbeteiligung wurden die Verbraucherberatungsstellen deutlich gestärkt und niedrigschwellige Projekte zur Verbraucherberatung auf den Weg gebracht. Auf Bundesebene haben wir auf Verbesserungen für Bereiche wie Finanzen, Kommunikation, Datenschutz und Energiemärkte gedrängt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

- Wir wollen die Verbände der Verbraucherberatung in Hessen weiter fördern und finanziell besser ausstatten, um den gestiegenen Anforderungen in diesem Bereich Rechnung zu tragen. Dabei wollen wir eine zielgruppenorientierte Verbraucherschutzberatung zum Beispiel bei Senioren, Jugendlichen und Familien stärken. Als weitere regionale Standorte bieten sich Bibliotheken, Rathäuser und Bürgerhäuser an. Das erfolgreiche Programm zur aufsuchenden Verbraucherberatung von Geflüchteten wollen wir fortführen.
- Wir wollen eine Strategie zur „Vermeidung von Stromsperrern“ auf den Weg bringen, um dafür zu sorgen, dass Stromsperrern und deren Androhungen statistisch erfasst werden, sowie eine Budget- und Rechtsberatung für Haushalte ermöglichen, die von Energiearmut betroffen sind.
- Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im Sinne der Verbraucher*innen verständlicher ausgestaltet werden. Außerdem fordern wir auf Bundesebene eine Produkthaftung, die auch auf Software erweitert wird. Dazu gehört auch das „Right to Repair“ und die Verpflichtung der Hersteller zu Sicherheits-Updates in Programmen oder den Geräten, auf denen sie laufen.
- Wir setzen uns auf Bundesebene für die Novellierung des Lebens- und Futtermittelgesetzes ein, damit Verstöße gegen Hygienevorschriften auch öffentlich gemacht werden können. Es bedarf einer bundeseinheitlichen Hygienekennzeichnung von Restaurants. Außerdem fordern wir ein dichteres Kontrollnetz der Inhaltsstoffe von Kinderspielzeug und wirksamere Kontrolle von Finanzdienstleistungen.

Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit durch Ausbau der Kinderbetreuung und bessere Schulen

Nicht jedem Kind sind gute Bildungschancen in die Wiege gelegt. Noch immer sind die Chancen eines Kindes auf schulischen Erfolg entscheidend vom sozialen, kulturellen und materiellen Hintergrund seiner Eltern abhängig. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Talente bestmöglich entfalten können – unabhängig vom Geldbeutel, dem Bildungsstand oder der Herkunft ihrer Eltern. Damit Menschen gut lernen, brauchen sie Kindergärten und Schulen, die ihre Neugier wecken, sie bestätigen und ihnen ein unterstützendes Lernumfeld bieten.

Seitdem wir GRÜNE in Hessen wieder in Regierungsverantwortung sind, haben wir die Richtung der Politik geändert. Mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit stehen seither im Mittelpunkt. Wir haben die Kommunen beim Ausbau der Krippen- und Kita-Plätze massiv unterstützt, die Qualität verbessert, und alle drei Kindergartenjahre sind für sechs Stunden am Tag für die Eltern kostenlos. Mittlerweile wendet das Land knapp über 800 Millionen Euro für die Kinderbetreuung in Krippen und Kitas auf – fast doppelt so viel wie noch vor fünf Jahren. In der Schulpolitik haben wir das Tempo beim Ausbau ganztägig arbeitender Schulen deutlich erhöht. Mit dem von uns eingeführten „Pakt für den Nachmittag“ wird an Grundschulen ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr ermöglicht. Schulen in sozialen Brennpunkten oder mit besonderen pädagogischen Herausforderungen erhalten eine zusätzliche Lehrerausstattung. Zusätzlich haben wir dafür gesorgt, dass das Land mit 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte erstmals systematisch in die Schulsozialarbeit eingestiegen ist. Auch für die Integration nach Hessen zugewanderter Schülerinnen und Schüler haben wir die Unterstützung unserer Schulen deutlich ausgebaut. Für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen (Inklusion) wurden zusätzliche Stellen bereitgestellt. Die Ausbildung von Schulgesundheitsfachkräften wollen wir fortführen, um die Gesundheit förderndes Lehren und Lernen zu unterstützen.

Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben schon viel erreicht, aber natürlich bleibt auch noch eine Menge zu tun. Deshalb wollen wir Hessen auf Kurs halten und auf dem eingeschlagenen Weg noch mehr Tempo aufnehmen.

Bildung und Erziehung von 0 bis 10 Jahren

Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind entscheidend für seine weitere Entwicklung. Was in dieser Zeit versäumt wird, lässt sich oft nur schwer nachholen. Daher wollen wir die Entwicklungsphase von 0 bis 10 Jahren stärker als Einheit betrachten. Entscheidend müssen die Bedürfnisse des Kindes und seine bestmögliche Förderung sein. In den Hintergrund müssen organisatorische oder institutionelle Fragen treten. Mit dem „Bildungs- und Erziehungsplan“ (BEP) haben wir in Hessen seit vielen Jahren ein Konzept, das genau diesen Ansatz verfolgt. Seine Inhalte wollen wir in den nächsten Jahren verbindlich für das Handeln aller Tagespflegepersonen, Krippen, Kitas und Grundschulen machen. Insbesondere müssen dabei die Übergänge von der Tagespflege bzw. Krippe in die Kita und von der Kita in die Grundschule stärker in den Blick genommen werden. Unser Ziel ist, Brüche zu vermeiden und eine kontinuierliche Förderung sicherzustellen. In der Ausbildung der Erzieher*innen wollen wir aktuelle Herausforderungen wie sprachliche Bildung, interkulturelles Arbeiten und Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter stärken.

Systematische Sprachförderung von Anfang an

Immer mehr Kinder – mit und ohne Migrationshintergrund – haben Schwierigkeiten beim Erlernen und sicheren Anwenden der deutschen Sprache. Wer aber Probleme beim Verständnis der Sprache hat, kann auch dem Unterricht nicht richtig folgen. Mit dem Kindersprachscreening „Kiss“, den Deutschvorlaufkursen an den Grundschulen, den Sprachintensivklassen und -kurse und weiteren Maßnahmen sind die Bausteine für eine systematische Sprachförderung vorhanden. Wir werden sie zu einem Konzept aus einem Guss verbinden, damit spätestens in der Grundschule alle Schüler*innen sprachlich für ihren weiteren Bildungsweg gerüstet werden. Sprachintensivklassen und -kurse wollen wir möglichst dezentral an der für die Kinder zuständigen Grundschule organisieren.

Unser Dreiklang in der Kinderbetreuung: Mehr Plätze, bessere Qualität, keine Gebühren

Um die beschriebene Weiterentwicklung zu einem umfassenden Bildungs- und Betreuungsangebot für alle Null- bis Zehnjährigen zu verwirklichen, bedarf es weiter großer, auch finanzieller Anstrengungen. Trotz vieler Fortschritte finden nach wie vor nicht alle Eltern das Betreuungsangebot, das sie für ihr Kind brauchen. Deshalb wollen wir den weiteren Ausbau der Plätze finanziell unterstützen. Die Stärkung guter Betreuung und des Bildungsauftrags bedeutet für uns primär weitere Investitionen in die Qualität der Betreuungseinrichtungen. Hierfür sind die Höhe der Qualitätspauschale, das Betreuungsverhältnis und die Gruppengröße wesentliche Elemente. Die Fachkräfte brauchen mehr Zeit für Vernetzungs- und Konzeptionsarbeit sowie ausreichende Möglichkeiten, sich kontinuierlich weiterzuqualifizieren. Hierfür wollen wir weitere Landesmittel zur Verfügung stellen. Auch werden wir in die Erzieher*innen- und Weiterbildung investieren, um die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Qualität, mehr Personal und kleinere Gruppen zu schaffen. Wir setzen uns für mehr und attraktivere Ausbildungsplätze und eine angemessene Bezahlung von Fachkräften ein. Der Besuch einer Krippe oder Kita soll für niemanden am Geldbeutel scheitern. Daher wollen wir die Beitragsfreiheit weiter ausweiten.

Kindertagespflege stärken

Die Kindertagespflege ist für viele Eltern eine gute familienergänzende und familiennahe Betreuungsform für ihre Kinder. Sie kann teilweise flexibler auf die individuellen Betreuungsbedürfnisse von Familien eingehen. Die Tagespflegepersonen leisten dabei als Selbstständige einen großen Beitrag für die Entwicklung der Kinder. Wir wollen daher die Qualität ihrer Schulungen sowie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und finanziellen Grundlage stärker in den Fokus rücken.

Krippen, Kindergärten und Grundschulen zu ganzheitlichen Familienzentren weiterentwickeln

Eine konsequent an der Förderung der Kinder ausgerichtete Politik muss auch die Unterstützung ihrer Eltern stärker in den Blick nehmen. Eltern und staatliche Bildungs- und Betreuungseinrichtungen haben einen gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Wir wollen allen Kindern in Hessen den Besuch einer Kita ermöglichen. Eltern sollen für ihre Kinder die Betreuungsangebote und Betreuungszeiten finden, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Dafür sind ein weiterer Ausbau der Plätze, längere und flexiblere Öffnungszeiten und eine Vernetzung der Angebote erforderlich. Wir wollen aber noch einen Schritt weitergehen. Krippen, Kindergärten und Grundschulen sind Orte der Begegnung zwischen Kindern, zwischen Eltern sowie zwischen Eltern und Erzieher*innen bzw. Lehrer*innen. Daher liegt es nahe, neben der Kinderbetreuung auch weitere Angebote zur Unterstützung von Familien dort zu integrieren bzw. entsprechende Ansprechpartner zu vermitteln. Deshalb wollen wir die Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu ganzheitlichen Familienzentren weiterentwickeln bzw. bestehende Zentren unterstützen. Auch Grundschulen sollen sich zu solchen Familienzentren weiterentwickeln können. Hierfür wollen wir, dass das Land gemeinsam mit den Schulen und den Kommunen entsprechende Modelle entwickelt.

Stärkung der Inklusion in Kitas und Krippen

In Kinderbetreuungseinrichtungen wollen wir die inklusive Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren stärken. Dabei wollen wir auf die mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossene Rahmenvereinbarung Inklusion aufbauen und sie weiterentwickeln. Dabei geht es auch um die Einbeziehung weiterer Professionen (wie bspw. Physiotherapeut*innen, Krankengymnast*innen) in die inklusive Arbeit in Krippen und Kitas.

Auf den Übergang kommt es an – Grundschulen stärken

Den Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir auf Basis des „Bildungs- und Erziehungsplans“ weiter verbessern, beispielsweise durch verbindlichere Kooperationen beider Institutionen („Tandems“). Eine Verschulung des letzten Kindergartenjahres lehnen wir ab. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ soll weiterhin gelten. Auch auf dem Land sollen wohnortnahe Grundschulen möglichst erhalten werden. Instrumente hierfür sind beispielsweise Verbundschulen oder jahrgangsübergreifender Unterricht. Um die Lernzeiten noch besser an die Bedürfnisse einer vielfältigen Schülerschaft anzupassen, werden wir erneut Mittel bereitstellen, um den flexiblen Schulanfang an mehr Grundschulen einführen zu können. Hierbei werden die Jahrgangsstufen 1 und 2 zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst, die je nach Entwicklung des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann. Auch Modelle, die darüber hinausgehend auf eine Aufteilung nach Jahrgängen in der 3. und 4. Jahrgangsstufe oder gänzlich verzichten, werden wir für diejenigen Schulen ermöglichen, die das wünschen.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler*innen

Die Große Koalition im Bund hat sich auf die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung verständigt. Wir sagen: gut so. Es war mehr als überfällig, dass sich der Bund in diesem Bereich stärker engagiert. Denn das Bedürfnis von Eltern nach Betreuung für ihre Kinder endet nicht mit dem Beginn der Grundschulzeit. Ganz im Gegenteil: Gerade dann sind Eltern auf die Förderung ihrer Kinder in Ganztagschulen und auf verlässliche Betreuungszeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“ haben wir bereits begonnen, ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Grundschulen umzusetzen. Wir sind in Hessen also gut auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs vorbereitet. Unser Ziel ist, diesen in den kommenden fünf Jahren in ganz Hessen zu verwirklichen. Hierfür erhalten die Schulträger die Möglichkeit, die Einrichtung von Ganztagsangeboten an Grundschulen in ihren Schulentwicklungsplänen verbindlich zu regeln. Wir setzen beim Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen auf Qualität. Neben dem quantitativen Ausbau sind für uns daher das pädagogische Konzept, qualifiziertes Personal und die Gestaltung der Lern- und Erholungsräume entscheidend. Den „Pakt für den Nachmittag“ sehen wir als Einstieg in die Ganztagschulentwicklung einer Grundschule. Eine gebundene oder teilgebundene Ganztagschule mit rhythmisiertem Tagesablauf (Profil 3) ist der nächste Schritt, sofern dies vor Ort gewollt wird. Auch hierfür werden wir weiterhin ausreichend Ressourcen bereitstellen.

Ganztagschulen: Mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung

Wir werden den Ausbau eines vielfältigen Angebots an Ganztagschulen an allen Schulen weiter mit hohem Tempo vorantreiben und dabei eine Priorität auf die Grundschulen setzen. Ganztagschulen schaffen den Raum und die Zeit für mehr individuelle Förderung. Hausaufgaben können unter fachkundiger Begleitung in der Schule erledigt oder in die Lernzeit integriert werden. Durch Arbeitsgemeinschaften und Angebote zur Freizeitgestaltung wird Schule stärker von einem reinen Ort des Lernens zu einem Lebensort für Kinder und Jugendliche – ohne dabei außerschulisches Engagement und Freizeitaktivitäten zu ersetzen. Gebundene oder teilgebundene Ganztagschulen (Profil 3) ermöglichen eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag und somit den Wechsel zwischen Lern- und Erholungsphasen. Deshalb wollen wir auch weiterführende Schulen bei der Einführung des Profils 3 mit entsprechenden Ressourcen des Landes unterstützen.

Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen

Neben dem Bildungsauftrag hat der Erziehungsauftrag von Schule deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Voraussetzungen, mit denen Kinder und Jugendliche in die Schule kommen, sind unterschiedlicher denn je. Diese Herausforderungen können Lehrer*innen allein nicht stemmen. Wir wollen Schulen, in denen Lehrer*innen, sozialpädagogische Fachkräfte, Schulpsycholog*innen sowie Förderschulpädagog*innen gemeinsam arbeiten, um mit ihren spezifischen Kompetenzen die bestmögliche Förderung der Schüler*innen zu erreichen. Solche multiprofessionellen Teams sind insbesondere an Schulen nötig, die aufgrund des Förderbedarfs oder des sozialen Hintergrunds ihrer Schüler*innen besonders gefordert sind. Daher werden wir zuerst diesen Schulen neben Lehrkräften auch ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagog*innen zuweisen, die dauerhaft an der Schule arbeiten. Wir streben für diese Schulen eine Lehrer*innenzuweisung von mindestens 110 Prozent an. Die Zuweisung erfolgt anhand klarer, transparenter Kriterien, die den sozialen Hintergrund der Schüler*innen sowie weitere Aufgaben wie Integration und Inklusion berücksichtigen.

Entlastung der Lehrer*innen von Verwaltungstätigkeiten

Mit den Schulträgern wollen wir eine Vereinbarung schließen, mit der wir in einer gemeinsamen Anstrengung die Zahl der Sekretariats- und Verwaltungskräfte an den Schulen erhöhen. Hierfür werden wir Landesmittel zur Verfügung stellen. So können Schulleitungen und Lehrer*innen von nicht pädagogischen Tätigkeiten entlastet werden. Besonders haben wir bei diesem Thema die Grundschulen im Blick.

Zur Entlastung von Verwaltungstätigkeiten gehört für uns auch mehr Freiheit und Flexibilität bei der Verwendung der über die Grundunterrichtsversorgung hinausgehenden Landesprogramme (105 bzw. 110 Prozent Lehrer*innenversorgung, Lehrer*innenzuweisung nach Sozialindex, Ganztagschulprogramm). Nicht für jedes Förderprogramm braucht es eigene Regeln für die Verwendung der Mittel. Stattdessen sollen die Schulen die Möglichkeit erhalten, die Mittel zu einem Förderbudget zusammenfassen zu können. Über dessen Verwendung können die Schulen mit größtmöglicher Freiheit entscheiden, um an die Bedürfnisse der Schüler*innen angepasste pädagogische Konzepte verwirklichen zu können.

Arbeitssituation von Lehrer*innen

Unser Ziel bleibt die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamt*innen und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (siehe Kapitel zur Innenpolitik). Für Lehrer*innen bedeutet dies eine Reduzierung ihrer Unterrichtsverpflichtung. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge an Schulen wollen wir weiter reduzieren sowie Anstellungslücken in den Ferien grundsätzlich vermeiden. Wir werden uns in der Kultusministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Regelung für die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 einsetzen. Wir wollen Lehrer*innen durch Verwaltungskräfte von bürokratischen Aufgaben entlasten. Das ist auch ein Beitrag, um Deputatsstunden gezielter für pädagogische Aufgaben verwenden zu können, bspw. für Abstimmungsgespräche zwischen den Lehrkräften einer Klasse.

Der Arbeitsmarkt für Lehrer*innen wird auch in den kommenden Jahren angespannt bleiben. Denn die Lehrkräfte, die uns heute fehlen, hätten spätestens vor fünf bis sechs Jahren ihre Ausbildung beginnen müssen. Alle Maßnahmen, die wir ergreifen, um diesen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, wirken entweder erst langfristig oder sind Übergangslösungen. Dennoch werden wir weiter die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen sowie den Quereinstieg in den Lehrberuf fördern und mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten begleiten.

Insgesamt ändern sich die Anforderungen an den Schulen und neue Aufgabenbereiche kommen hinzu, die über die traditionellen Aufgaben von Lehrer*innen hinausgehen. Das Kollegium der Schule der Zukunft wird daher ein multiprofessionelles Team sein.

Mehr pädagogische Freiheit und Qualität

Wir sind der Garant dafür, dass sich die Schulpolitik in Hessen weiter am Elternwillen, den Interessen der Schüler*innen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schulen vor Ort orientiert. So haben wir beispielsweise für eine Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gesorgt. An Schulen, die beide Wege zum Abitur anbieten, sollen Eltern stärker in die Entscheidung eingebunden werden, welcher Weg für ihr Kind der richtige ist. Mit den Bildungsstandards, dem Hessischen Referenzrahmen Schulqualität und den Anforderungen der zentralen Abschlussprüfungen ist sehr präzise definiert, was unsere Schulen ihren Schüler*innen an Kompetenzen, Wissen, Können und Haltung vermitteln sollen. Auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Pädagog*innen an unseren Schulen vertrauen und ihnen

etwas zutrauen. Daher sollen sie freier und flexibel entscheiden können, wie sie ihren Unterricht gestalten. Dazu gehört für uns beispielsweise, dass Schulen freiwillig schriftliche Bewertungen als Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten bis Jahrgangstufe 8 einführen können. Die klassischen Hausaufgaben können im Zuge der Entwicklung zur Ganztageschule abgeschafft und in das rhythmisierte Konzept von Ganztagschulen integriert werden. Auch wollen wir die Möglichkeiten zum fächerübergreifenden Unterricht oder zu jahrgangsübergreifenden Lerngruppen an den Grundschulen stärken. Zur pädagogischen Freiheit gehört für uns auch, dass die Schulen den Unterricht später beginnen lassen können, soweit ein Betreuungsangebot vor Beginn des Unterrichts gesichert ist. Ebenfalls wollen wir Schüler*innen stärker in die Gestaltung des Unterrichts einbeziehen und ihnen individuelle Lernformen ermöglichen. Wir sind überzeugt, dass mehr pädagogische Freiheit zu individueller Förderung und somit zu besserer Qualität führt. So kann auch auf spezifischen Förderbedarf für Hochbegabte oder Schüler*innen mit Teilleistungsstörungen besser eingegangen werden.

Die Beratung und Förderung von Menschen mit Dyskalkulie und Legasthenie muss vereinfacht und über das Kindesalter hinaus ermöglicht werden.

Ein weiterer Baustein zur Qualitätsverbesserung ist die regelmäßige Evaluation des pädagogischen Konzepts einer Schule und darauf aufbauend die kontinuierliche Arbeit an der Schulentwicklung. Hierbei wollen wir die Schulen durch entsprechende Beratungsangebote unterstützen.

Inklusion – von der Ausnahme zur Regel

Bei der Umsetzung der Inklusion stehen wir im Spannungsverhältnis zwischen einer möglichst schnellen Umsetzung und der Herausforderung, dass die Veränderung unseres seit Jahrzehnten nicht inklusiven Schulsystems mehr Zeit und Ressourcen benötigt. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schüler*innen mit und ohne Behinderung gemeinsam zur Schule gehen können. Die Einführung der inklusiven Schulbündnisse ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, es bleibt aber noch eine Menge zu tun. Unser Ziel sind multiprofessionelle Teams, in denen Lehrer*innen, Förderschulpädagog*innen und Teilhabeassistent*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an einer allgemeinen Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können. Statt also wie bislang

die Förderschulpädagog*innen teilweise mit einigen wenigen Stunden an vielen allgemeinen Schulen einzusetzen, wollen wir sie möglichst mit allen Stunden an nur einer allgemeinen Schule einsetzen.

Wir halten am Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Förderort für ihr Kind – allgemeine Schule oder Förderschule – fest. Wir lehnen ein verordnetes Auslaufen von Förderschulen durch von der Politik festgesetzte Stichtage, wie es in anderen Bundesländern geschehen ist, ab. Mit diesem Vorgehen folgen wir unserer Grundüberzeugung, dass Schulentwicklung nur mit den Schulgemeinden vor Ort gelingen kann. Die Beratung der Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wollen wir aufbauend auf bestehenden Elterninitiativen (z.B. Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen) besser unterstützen. Zur Stärkung des Gedankens der multiprofessionellen Teams sehen wir auch bei der Organisation der Teilhabeassistent*innen Handlungsbedarf. Durch eine Rahmenvereinbarung mit den für die Eingliederungshilfe zuständigen Landkreisen und Städten wollen wir eine bessere Vernetzung und Versorgung aus einem Guss erreichen sowie für eine bessere Qualifizierung der Teilhabeassistent*innen sorgen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Träger der Eingliederungshilfe die Teilhabeassistent*innen nach Tarif bezahlen. Die Nutzung und Vermittlung der Gebärdensprache wollen wir sowohl im inklusiven Unterricht wie an den Förderschulen mit Förderschwerpunkt Hören stärken.

Schulträger bei der Erneuerung der Schulgebäude unterstützen

Bau und Erhalt der Schulgebäude sind Aufgaben der kommunalen Schulträger. Dennoch hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Schulträger auch bei Baumaßnahmen an Schulen zu unterstützen. Wir wollen ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III) auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchen Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schultoilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Mobbing in Schulen entgegentreten – Lehrkräfte weiter sensibilisieren

Die Zahl der Mobbing-Fälle an unseren Schulen nimmt leider zu. Wir nehmen diese Entwicklung sehr ernst. Daher werden wir Programme gegen Mobbing weiter unterstützen und intensivieren. Auch in der Lehreraus- und weiterbildung wollen wir verstärkt für das Thema sensibilisieren.

Zusammenarbeit von Schule mit der Kinder- und Jugendhilfe

Die Zusammenarbeit der Schule mit der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir weiter verbessern. Wir halten eine gemeinsame verbindliche pädagogische Basis für notwendig und sinnvoll. Das Land hat mit der Schaffung von 700 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte für die Schulsozialarbeit einen großen Schritt getan. Nun kommt es auf die Vernetzung zwischen diesen Fachkräften und den vorhandenen Angeboten der Schulsozialarbeit der Jugendhilfe- und Schulträger an. Dazu sind an den staatlichen Schulämtern regelmäßige Arbeitskreise mit den Trägern der Jugendhilfe und der äußeren Schulverwaltung zu bilden. Im Mittelpunkt stehen dabei für uns die Unterstützung der Schüler*innen und die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dabei ist der jeweils eigenständige Auftrag und Beitrag von Sozialarbeit und schulischer Bildungsarbeit zu wahren und zur besseren Förderung der Kinder und Jugendlichen zu nutzen. Die vom Land finanzierten Sozialpädagog*innen sind Teil der von uns angestrebten multiprofessionellen Teams an Schulen und sollen in Abstimmung mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe handeln.

Sprachförderkonzept weiterentwickeln – Mehrsprachigkeit als Gewinn

In den vergangenen Jahren wurden die Angebote zur Sprachförderung (Intensivklassen und kurse, „InteA“ an den beruflichen Schulen) deutlich ausgeweitet. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wollen wir die Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache weiter verbessern und systematisieren. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Angebote zur Alphabetisierung von Geflüchteten, die Einbeziehung aller Schulformen, der Sprachförderung in der Oberstufe und für ausbildungsbegleitende Angebote an den beruflichen Schulen. Die zu uns eingewanderten Schüler*innen haben ihre Herkunftssprache als Kompetenz mitgebracht. Die Herkunftssprachen sehen wir als Beitrag zur Mehrsprachigkeit von Schüler*innen, die es zu erhalten und zu fördern gilt, indem mehr Herkunftssprachen als zweite oder dritte Fremdsprache angeboten werden.

Unterrichtsangebot für Schüler*innen muslimischen Glaubens

Wir stehen im Bildungswesen für die Gleichbehandlung aller Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften. Neben dem katholischen und evangelischen Religionsunterricht setzen wir uns für den weiteren Ausbau des islamischen Religionsunterrichts ein. Das setzt neben entsprechenden Lehrplänen auch einen verlässlichen Partner aufseiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften voraus. Hessen hat sich vor einigen Jahren u.a. für den Moscheeverband DITIB als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht entschieden. Angesichts der Verbindungen von DITIB zur türkischen Religionsbehörde und zur Regierung der Türkei hat die Landesregierung DITIB bis Ende 2018 Zeit gegeben, Auflagen zu erfüllen sowie ihre Unabhängigkeit und Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Sollte es einen solchen Partner nicht geben, wollen wir dennoch – orientiert an den Modellen in anderen Bundesländern – ein Angebot für Schüler*innen muslimischen Glaubens aufrechterhalten.

Unabhängig davon erfordert sowohl die zunehmende Säkularisierung als auch die weltanschaulich-religiöse Vielfalt der heutigen Gesellschaft eine Weiterentwicklung der diesbezüglichen Bildung an öffentlichen Schulen, u.a. um den Respekt und das Verständnis für unterschiedliche Weltanschauungen zu stärken.

Politische Bildung fördern

Politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche innerhalb wie außerhalb der schulischen Bildung wollen wir stärken. Sie ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Darum möchten wir Unterricht im Bereich Politik/Sozialkunde/Wirtschaft auf der Studententafel stärken und einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen. Schule ist für uns auch Ort für Mitbestimmung und das Erlernen demokratischer Prinzipien. Deshalb unterstreichen wir auch die Bedeutung der Schülervertretungen auf Ebene der einzelnen Klasse, der Schule sowie auf Kreis- und Landesebene. Ihre Arbeit werden wir weiter inhaltlich und finanziell unterstützen.

Außerschulische Lernorte stärken

Neben der formalen spielt auch die non-formale Bildung eine wesentliche Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Daher wollen wir auch außerschulische Lernorte wie bspw. Schulbauernhöfe, Projekte

der Kinder- und Jugendbildung oder Sport- und Musikangebote stärken und in den schulischen Alltag integrieren sowie barrierefrei gestalten.

Zwei-Säulen-Schulmodell: Struktur vereinfachen, länger gemeinsam lernen

Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass Schüler*innen durch längeres gemeinsames Lernen und das möglichst lange Offenhalten aller Bildungsabschlüsse sehr gut individuell gefördert werden können. Wir werden diesen Weg aber auch weiterhin niemandem vorschreiben, sondern setzen weiter auf Ermöglichen statt Verordnen und respektieren den Elternwillen. Die Entwicklung in anderen Bundesländern, aber auch in Hessen zeigt, dass wir uns mehr und mehr auf ein Zwei-Säulen-Schulmodell bestehend aus den Gymnasien als einer Säule und Gesamtschulen (mit der Vorbereitung auf alle Schulabschlüsse an einem Standort) als zweiter Säule zubewegen. Auch wünschen sich viele Eltern eine Vereinfachung des Schulsystems im Anschluss an die Grundschule. Diesen Prozess wollen wir aktiv gestalten. Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode allen Schulträgern anbieten, ihre vorhandenen verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und kooperativen Gesamtschulen schrittweise in Integrierte Gesamtschulen umzuwandeln. Auch hier gilt aber unser Prinzip: keine Zwangsbeglückungen, ermöglichen statt verordnen.

Berufliche Schulen

Die duale Berufsausbildung ist eine der Stärken Deutschlands und Hessens. Es ist kein Zufall, dass in unserem Land die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig und die Qualität unserer Berufsausbildung hoch ist. Hierzu leisten unsere beruflichen Schulen einen – wenn auch öffentlich oft zu wenig beachteten – wesentlichen Beitrag. Auch im Bereich der Qualifizierung von jungen Menschen, die noch keinen Ausbildungsvertrag haben, sind die beruflichen Schulen eine starke Säule unseres Bildungssystems. Mit der neuen Berufsfachschule für den Übergang in Ausbildung (BÜA) haben wir begonnen, das sogenannte Übergangssystem zwischen Schule und Beruf neu zu strukturieren. Unsere Ziele dabei sind klar: Wir wollen unproduktive Warteschleifen vermeiden und jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen. Auf Grundlage der ersten Erfahrungen mit BÜA werden wir Nachsteuerungen vornehmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Auf dem Land sind berufliche Schulen auch von großer Bedeutung für die Frage, ob junge Menschen eine Ausbildung in ihrer Heimatregion machen können oder ob es sie in die Ballungsräume zieht. Nicht jeder Ausbildungsberuf kann an jeder beruflichen Schule angeboten werden. Wir wollen aber, dass es bei einem attraktiven Ausbildungsangebot auch an den beruflichen Schulen auf dem Land bleibt. Beispielsweise können wir uns vorstellen, in Ausbildungsberufen mit nur wenigen Auszubildenden den Berufsschulunterricht in einen allgemeinen und einen berufsbezogenen, speziellen Teil aufzuteilen, um so wenig Berufsschulunterricht wie möglich zentralisieren zu müssen und möglichst viele Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten.

Auch in Bezug auf die Integration der zu uns gekommenen Geflüchteten sind die beruflichen Schulen sowie die Schulen für Erwachsene besonders gefordert. Die Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA hat sich bewährt. Allerdings erreichen nicht alle Jugendlichen nach Durchlaufen von InteA bereits die notwendigen Sprachkenntnisse und den Übergang in eine Berufsausbildung. Daher wollen wir die Maßnahmen im Anschluss an InteA, insbesondere die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB), weiter stärken. Neben der Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA wird in den kommenden Jahren der ausbildungsbegleitenden Sprachförderung eine besondere Bedeutung zukommen. Die Landesprogramme werden wir entsprechend anpassen. Auch werden wir die Angebote und Kapazitäten zum Nachholen von Schulabschlüssen weiter ausweiten.

Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft können eine Bereicherung sein und wichtige Impulse für die Schulentwicklung geben. Ihre Finanzierung wurde in den vergangenen Jahren auf eine neue, deutlich verbesserte Grundlage gestellt. Daher werden wir verstärkt die Entwicklung der Schulgelder an diesen Schulen in den Blick nehmen. Die Höhe des Schulgeldes darf nicht dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsteile von vornherein vom Schulbesuch ausgeschlossen sind (Sonderungsverbot).

Medienkompetenz und Digitalisierung

Wir wollen, dass Schüler*innen auch in Sachen IT auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. Hierzu ist die Umsetzung der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz eine wichtige Grundlage. Das Landesprogramm zum Anschluss von Schulen an das Breitbandnetz werden wir fortsetzen. Hinzu kommen eine adäquate digitale Ausstattung der Schulen und die Vernetzung innerhalb des Schulgebäudes. Dazu bedarf es großer Kraftanstrengungen der Schulträger, die aber nicht ohne Unterstützung durch das Land und den Bund zu leisten sind. Hierbei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern auch um das Setzen von Standards („was und mit welchen Medien müssen die Schüler*innen lernen und wie müssen dementsprechend die Schulen ausgestattet sein?“). Daher wollen wir den geplanten Digitalpakt zwischen dem Bund und den Ländern in Hessen durch einen Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern ergänzen.

Der Erwerb von Kompetenzen in der Nutzung von digitalen Medien und der IT durch Schüler*innen setzt weiterhin eine gute Aus- und Weiterbildung der Lehrer*innen in diesem Bereich voraus. Die Ausbildung muss laufend den Veränderungen unserer digitalen Welt angepasst werden. Weiterhin wollen wir die Medienzentren vor Ort stärken und in eine Gesamtstrategie einbeziehen, damit sie die Weiterbildung des pädagogischen Personals und die Beratung in der Auswahl der elektronischen Medien für die Schulen stärker als bisher leisten können.

Curricula und Lernmethoden müssen sich nicht dauernd ändern. Allerdings haben Schüler*innen ein Recht darauf, dass sie der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert angepasst werden, damit sie ausreichend auf die späteren Ansprüche in Ausbildung, Studium und Beruf vorbereitet werden. Auch kann das Smartphone das schwere Wörterbuch ersetzen oder die E-Learning-Plattform die Blättersammlung. Dafür brauchen Schulen die notwendige Ausstattung wie bspw. SMART-Boards, Whiteboards oder Dokumentenkameras. Der Einsatz digitaler Endgeräte ist für uns niemals Selbstzweck, sondern muss in ein pädagogisches Konzept eingebunden sein. Dabei gilt: Digitales Lernen muss für alle zugänglich sein, es braucht klare Sponsoringregeln und freier Software ist Vorrang zu geben. Die Digitalisierung unserer Schulen bedeutet jedoch nicht, dass auf den Erwerb analoger Kompetenzen wie Schreiben, Lesen, Rechnen oder die musische und sportliche Basiserziehung verzichtet werden kann.

Die sozialen Medien nehmen einen großen Anteil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ein. Unser Ziel ist es daher, dass sie einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang mit den digitalen Medien lernen. Wir wollen, dass dieser gemeinschaftliche Erziehungsauftrag von Eltern und Schule wahrgenommen wird. Neben den Chancen sollen auch die Themen Cybermobbing, Fake News, Umgang mit den eigenen Daten und die Frage des Suchtverhaltens in Bezug auf digitale Medien Gegenstand des Unterrichts sein. Altersgerecht sollte dies bereits in der Grundschule beginnen. Zur Bekämpfung von Cybermobbing wollen wir, dass Schüler*innen Ansprechpartnern*innen zu diesem Thema an der Schule haben und ihnen dabei geholfen wird, schädliche Inhalte aus dem Netz zu entfernen.

Lehrer*innenbildung und Qualitätsentwicklung von Schule gehören zusammen

Wir wollen in der Ausbildung von Lehrer*innen Theorie und Praxis enger verzahnen. Die Institutionen der Lehrer*innenbildung sollen daher stärker zusammenarbeiten. Die Fort- und Weiterbildung erhält einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis. Der entscheidende Faktor zum Gelingen von schulischer Bildung ist die/der Lehrer*in. Neben einer guten Versorgung mit Stellen profitieren unsere Schulen also vor allem von einer guten Ausbildung der neuen Lehrer*innen und der Fortbildung derjenigen, die bereits in der Schule tätig sind.

Mit den sich ändernden Anforderungen an das System Schule als Ganzes ändern sich folglich die Anforderungen an die Lehrer*innen. Nur wenn wir diese gezielt fortbilden bzw. die Ausbildung neuer Lehrer*innen anpassen, werden wir den geänderten Anforderungen auf Dauer gerecht werden. Dazu gehört es nach unserer Auffassung, dass Entwicklungen wie Digitalisierung und Medienkompetenz, Ganztagschulentwicklung, Team-Teaching, offener Unterricht, Projektorientierung, Binnendifferenzierung, interkulturelle Kompetenz und Inklusion einen stärkeren Stellenwert in allen Phasen der Lehrer*innenbildung erhalten.

Immer wieder bemängeln Studierende der Lehramtsstudiengänge, dass ihr Studium zu wenig mit der schulischen Wirklichkeit zu tun habe. Wir haben uns daher in der Vergangenheit immer dafür eingesetzt, die Verknüpfung von Theorie und Praxis zu steigern. Es kann nicht sein, dass Studierende erst zum Ende ihres Studiums das erste Mal mit realen Unterrichtssituationen in Kontakt kommen bzw. erste Unterrichtsversuche machen. Wir sind überzeugt davon, dass eigene Unterrichtsversuche auch in der ersten Hälfte des Studiums notwendig sind, um den Studierenden den Rollenwechsel zum Lehrenden zu ermöglichen und Erfahrungen zu machen, die ihnen helfen, sich im Zweifel klar

zu werden, ob die Tätigkeit als Lehrer*in das Richtige für sie ist. Uns liegt die enge Verzahnung von Praxisanteil und theoretischen Lehrinhalten am Herzen. Deshalb möchten wir die Praxisanteile mit den Erfahrungen aus der Erprobung des Praxissemesters weiterentwickeln.

Die Fortbildung der Lehrer*innen ist Studien zufolge eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Wir wollen daher die in der Lehrer*innenbildung tätigen Institutionen (Universitäten, Studienseminare, Schulen) enger vernetzen und der Fort- und Weiterbildung einen größeren Stellenwert in der schulischen Praxis einräumen; gegenseitige Supervision muss als regelmäßige Tätigkeit von Lehrkräften möglich werden.

Lebensbegleitendes Lernen, Fort- und Weiterbildung stärken

In einer sich rasant wandelnden Zeit endet Lernen weniger denn je mit der Schul- und Ausbildungszeit. Vielmehr brauchen wir auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein vielfältiges, an die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebenssituationen, Stärken und Schwächen angepasstes Bildungsangebot. Die Volkshochschulen und die weiteren anerkannten Träger der Weiterbildung schaffen hier ein verlässliches Netz, das wir mit dem „Pakt für Weiterbildung“ durch Landesmittel deutlich gestärkt haben. Den darin festgehaltenen qualitativen wie quantitativen Ausbau der Angebote wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen und stärken. Hierzu ist besonders der Zugang zu Bildungsangeboten zu erleichtern. Dies wollen wir über ein verstärktes Angebot an frei zugänglichen Online-Kursen erreichen.

Offene Hochschulen und starke Forschung durch zusätzliche Investitionen, mehr Freiheit und faire Verträge

Immer mehr junge Menschen interessieren sich für ein Studium. Die Entscheidung jedes einzelnen beruht auf dem Willen und der Einschätzung, sich möglichst gut zu qualifizieren. Diese gerade stattfindende Bildungsexpansion muss von der Politik aufgenommen und die notwendigen Angebote für diejenigen, die daran teilnehmen wollen, geschaffen werden. Dazu gehört auch, das Entweder-oder zwischen beruflicher und akademischer Bildung durch ein Sowohl-als-auch zu ersetzen. Für uns ist klar: Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig und gleich wichtig. Für uns GRÜNE gilt seit jeher der Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit. Das heißt: Für jede und jeden, der das möchte, halten wir alle Bildungsgänge offen. Deswegen werden wir weiter faktische Zugangshürden zur Hochschule einreißen und uns für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen.

Seitdem wir GRÜNE in Hessen wieder in Regierungsverantwortung sind, haben wir die Richtung der Politik geändert. Die Zeit der stagnierenden Budgets bzw. sogar Kürzungen in der Mittelzuweisung sind vorbei. Stattdessen hat Hessen als erstes Land die Empfehlungen der großen Wissenschaftsorganisationen umgesetzt, die Hochschulfinanzierung um ein Prozent oberhalb der Inflation aufwachsen zu lassen, und damit die Grundfinanzierung deutlich verbessert. Wir haben den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte geöffnet und damit eine Hürde beim Zugang zu akademischer Bildung eingerissen. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben wir durch ein eigenes Promotionsrecht gestärkt.

Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben schon viel erreicht, aber natürlich bleibt auch noch eine Menge zu tun. Deshalb wollen wir Hessen auf Kurs halten und auf dem eingeschlagenen Weg noch mehr Tempo aufnehmen.

Offene Hochschule und gute Lehre weiter voranbringen

Formal ist der Zugang zu einem Studium so weit geöffnet wie noch nie: Neben der Allgemeinen Hochschulreife eröffnen ein Meisterbrief, aber auch eine abgeschlossene dreijährige Berufsausbildung (mindestens Notendurchschnitt 2,5) in Hessen den Zugang zur Hochschule. Akademische und berufliche Bildung sind für uns gleichwertig. Daher bleibt es unser Ziel, Bildungshürden einzureißen und neue Karrierewege möglich zu machen. Da die Voraussetzungen der unterschiedlichen Studienanfänger*innen sehr ungleich sind, bedarf es begleitender, beratender und unterstützender Angebote, um möglichst viele Studierende zum Erfolg zu bringen und damit neben der formellen Öffnung auch die faktische Öffnung der Hochschulen zu erreichen. Diese Maßnahmen sind zudem dazu geeignet, die Lehre in Gänze zu verbessern und den Anteil Studierender, die sich während des Studiums neu orientieren, zu reduzieren. Dazu gehören:

- Einführung von Orientierungsstudiengängen an allen Hochschulen;
- Studium der angepassten Geschwindigkeiten (vergleichbar mit der flexiblen Eingangsphase an Grundschulen);
- Unterstützungsangebote wie bspw. Brückenkurse in Mathematik, wissenschaftlicher Recherche und Schreiben,
- Abbau sozialer Hinderungsgründe bspw. durch Steigerung der Anzahl der Wohnheimplätze in Studierendenwohnheimen; die GRÜNE Zielgröße ist, Wohnheimplätze für zehn Prozent der Studierenden vorhalten zu können;
- Fortsetzung der zuverlässig anwachsenden Finanzierung für die Studierendenwerke, wie sie zuletzt in den neuen Ziel- und Leistungsvereinbarungen durch die Landesregierung festgelegt wurde, um diese beim Ausbau sozialer Strukturen für Studierende beispielsweise in der Kinderbetreuung zuverlässig zu unterstützen;
- weitere gezielte Fortbildungskampagnen für Lehrende in Hochschuldidaktik, verpflichtender Nachweis von Fähigkeiten in diesem Bereich bei Neuberufungen.

Im Hessischen Hochschulpakt 2016 bis 2020 der Landesregierung wurde vereinbart, dass das Wachstum vor allem an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) – früher Fachhochschulen genannt – stattfinden soll und sie langfristig einen größeren Anteil an der Gesamtausbildungsleistung haben sollen. Diese Entwicklung wird von uns fortgesetzt, da sie am besten dafür geeignet sind, die jetzt stattfindende Bildungsexpansion zu gestalten.

Dabei soll nicht nur der Anteil der Studierenden dort langfristig auf 40 Prozent steigen, sondern es sollen auch neue Studiengänge, Fachgebiete und Forschungsfelder entstehen. Auch die Universitäten werden wir weiter darin unterstützen, sich dem Prozess der Bildungsexpansion zu stellen.

Für die Qualität von Studienmöglichkeiten unerlässlich ist eine gute Relation zwischen Lehrenden und Studierenden. Um die Betreuungsrelation zu sichern, werden wir den Weg der verlässlich wachsenden Grundfinanzierung der Hochschulen weitergehen und die Stellensituation weiter verbessern.

Für uns bleibt zudem klar: Studiengebühren widersprechen unseren Zielen einer offenen Hochschule, sie wird es mit uns nicht geben.

Vernetzung mit beruflicher Bildung stärken

Lange Zeit wurden berufliche und akademische Bildung als Gegensatzpaar behandelt. Der Bereich des dualen Studiums hat sich in der Vergangenheit als besonders geeignet erwiesen, ein Bindeglied zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu sein. Wichtig ist uns, dass in diesem Bereich auch kleine und mittlere Unternehmen sowie der Sozial- und Gesundheitsbereich ein adäquates Angebot erhalten, um an diesem Prozess teilnehmen zu können. In den ländlich strukturierten Landesteilen sind Außenstellen von Hochschulen zu wichtigen Nuklei der dortigen Entwicklung geworden, die wir weiter ausbauen möchten. Ebenso werden wir die Gründungs- und Wissenstransferagenturen an den Hochschulen weiter stärken. Neben ihren traditionellen Aufgaben gewinnen die Hochschulen im Bereich der Fort- und Weiterbildung und des Wissenstransfers eine ganz neue Bedeutung.

Neben der Öffnung der Hochschule ist der Einbezug von Studiumsteiger*innen in die berufliche Bildung ein Handlungsfeld der Vernetzung von akademischer mit beruflicher Bildung. Wir verfolgen weiter das Ziel, die Zahl der Studiumsteiger*innen zu reduzieren. Wir wollen diejenigen, die für sich feststellen, dass ein Studium nicht das Richtige für sie ist, gezielt ansprechen und Förderprogramme, die einen Wechsel in die berufliche Bildung erleichtern, weiter ausbauen.

Faire Arbeitsbedingungen gewährleisten

Nachwuchswissenschaftler*innen haben immer wieder beklagt, dass sie nur kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse erhalten und unverhältnismäßig häufig Lehraufträge vergeben werden, statt ordentliche Arbeitsverhältnisse zu begründen sowie, dass es kaum alternative Karrierewege neben der Professur gibt. Unser Ziel ist, den Anteil von Kurzzeit- und Kettenbefristungen soweit wie möglich zu begrenzen. Aufseiten der Beschäftigten sollen Stellen, die Daueraufgaben betreuen, möglichst in Dauerstellen ausgestaltet werden. Qualifikationsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs sind hingegen befristet und sollen so lange vereinbart werden, dass die angestrebte Qualifikation tatsächlich erreicht werden kann. Es muss ausreichend Stellen für Qualifikationsprofessuren geben, um talentierte Nachwuchswissenschaftler*innen in Hessen zu halten. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sollten besonders bei der Förderung des akademischen Nachwuchses unterstützt werden. Den akademischen Mittelbau unterhalb der Professur wollen wir als eigenständige forschende Gruppe an allen Hochschulen stärken, indem wir hier attraktive Stellen ermöglichen und bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren.

Die Arbeit studentischer Hilfskräfte ist ein unerlässlicher Bestandteil zur Sicherstellung des Hochschulbetriebs. Da wir diese wichtige Arbeit wertschätzen, setzen wir uns dafür ein, dass auch studentische Hilfskräfte einen eigenen Tarif im Tarifvertrag erhalten. Es wird eine Beschwerdestelle für Hilfskräfte eingeführt, die Missbrauch mit dieser Beschäftigungsmöglichkeit verhindern soll. Die Einsatzmöglichkeiten wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte werden in einem Leitfaden für Hilfskräfte, vergleichbar dem der Universität Marburg, definiert. Zu besseren Arbeitsbedingungen zählt für uns auch die Förderung von Wissenschaftlerinnen. Weniger als ein Viertel der Professuren in Hessen sind von Frauen besetzt. Über die Zielvereinbarungen mit den Universitäten und darüber hinaus wollen wir konkrete Maßnahmen und einen Best Practice-Austausch fördern, um die Ursachen für Geschlechterungerechtigkeit zu bekämpfen.

Forschung vertiefen

Exzellente Forschung findet für uns nicht nur in wenigen vermeintlichen Eliteuniversitäten statt, sondern ist eine Aufgabe, die wir an vielen Hochschulen und Instituten unseres Landes verortet sehen. Gleichwohl bekennen wir uns neben einer auskömmlichen Forschungsförderung in der allgemeinen Hochschulfinanzierung zu Instrumenten der besonderen Förderung der Spitzenforschung.

Das LOEWE-Programm hat bereits viele Forschungsprojekte erfolgreich angestoßen. Mehr als bisher muss aber Wert darauf gelegt werden, dort erfolgreiche Zentren und Cluster zumindest teilweise zu verstetigen. Um dies zu erreichen, müssen die bisherigen Förderdauern durch Aufbau- und Übergangsphasen ergänzt werden. Bei der Förderung von Forschung wollen wir als neuen Impuls die Gründung von An-Instituten, also Forschungsinstituten, die an Hochschulen angegliedert, aber organisatorisch selbstständig arbeiten, besonders fördern. Sie ermöglichen Forschendengruppen im Wettbewerb um Fördermittel und in der Kooperation mit der Wirtschaft sinnvolle Spielräume, ohne dass sie Organisationen außerhalb der Hochschule gründen müssten. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen weiter gesteigert. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben auf Betreiben der GRÜNEN im aktuellen Hochschulpakt erstmals eigenständige Mittel für die Forschungsförderung erhalten. Wir werden uns auch künftig dafür einsetzen, deren gesteigerter Bedeutung für das Wissenschaftssystem im Bereich der Forschung auch finanziell gerecht zu werden. Die Möglichkeit eines eigenständigen Promotionsrechts für forschungsstarke Bereiche der Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden wir fortführen.

Forschung dient immer der Gesellschaft als Ganzes, daher sind gesellschaftliche Kernfragen, wie zum Beispiel die ökologische Krise und der Klimaschutz, besonders zu adressieren und ihre Forschung zu fördern. Die Forschung muss sich zudem vor der Gesellschaft verantworten, das heißt, Forschungsergebnisse müssen genauso veröffentlicht werden wie die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln. Auf Initiative der GRÜNEN hat das Land Hessen bereits zwei Professuren geschaffen, die sich besonders mit dem Reduzieren, Verfeinern und Ersetzen von Tierversuchen (3R-Professuren) beschäftigen.

Tierversuche wollen wir langfristig durch alternative Verfahren möglichst ersetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Forschung in diesem Bereich von uns weiterhin besonders unterstützt. An vielen Hochschulen gab es bereits Debatten um die Frage der militärischen Nutzung von Forschungsergebnissen bzw. Kooperationen in diesem Bereich; wir halten dies für den richtigen Weg, wie sich Hochschulen diesen Fragen nähern sollten und werden Initiativen für Zivilklauseln an den Hochschulen unterstützen.

Gute Infrastruktur schaffen

Gute Bedingungen für Forschung und Lehre erfordern auch intakte Gebäude und eine gute Geräteausstattung. Daher wollen wir die Investitionsmittel deutlich auf 250 Millionen Euro pro Jahr steigern. Zu niedrige Investitionen heute erzeugen einen wesentlich höheren Bedarf in der Zukunft. Zu niedrige Ansätze bei Instandhaltung, Renovierung und Neubau sind Schattenschulden für die kommende Generation. Aus diesem Grund werden wir die Investitionstätigkeit im Hochschulbereich wieder deutlich steigern, sofern dies haushaltstechnische Probleme nicht unmöglich machen.

Nachhaltige Hochschulen

Wir setzen uns für den Ausbau einer Infrastruktur für hochwertige Videokonferenzen ein, mit dem Ziel, die klimaschädlichen Reiseaktivitäten in der Forschung zu reduzieren. Wie Unternehmen sollen auch Hochschulen künftig regelmäßige Klimabilanzen erstellen (analog zum Ziel der CO₂-neutralen Landesverwaltung). Wir ermutigen die Hochschulen, das Papier „Nachhaltigkeit an Hochschulen“ umzusetzen.

Hochschulmedizin stärken

Die Universitätskliniken in Deutschland sind seit Langem strukturell unterfinanziert. Die meisten Häuser schreiben rote Zahlen. Gleichzeitig zeigen Skandale in der Pharmaindustrie, dass eine unabhängige – nicht von wirtschaftlichen Interessen gesteuerte – medizinische Forschung dringend notwendig ist. In Deutschland werden zu wenig Ärzt*Innen und vor allem zu wenig Hausärzt*innen ausgebildet, was die flächendeckende Gesundheitsversorgung besonders in ländlichen Regionen gefährdet. Wir werden uns für Zulassungsverfahren zum Medizinstudium einsetzen, die nicht allein von der Abiturnote abhängig sind, sondern zum Beispiel mehr soziale Kompetenzen und Berufserfahrungen

berücksichtigen. Das führt dazu, dass Ärzt*innen aus dem osteuropäischen Raum nach Deutschland abgeworben werden, was den extremen Mangel dort verschärft. Eine paradoxe Situation, wenn man bedenkt, dass Tausende junger Menschen vergeblich auf einen Medizinstudienplatz warten.

Wir haben unsere landespolitische Verantwortung wahrgenommen und die hiesigen Universitätskliniken immer wieder unterstützt. Gleichwohl kann dies keine dauerhafte Lösung für die Unterfinanzierung der Hochschulmedizin sein. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine dritte zusätzliche Finanzierungssäule zur Förderung der Universitätskliniken eingeführt wird, die die besonderen Leistungen bei der Behandlung schwerster und seltenster Krankheiten durch die unabhängige medizinische Forschung und die Ausbildung vergütet. Zudem streben wir eine gemeinschaftliche Lösung aller Länder an, zusätzliche Studienplätze in der Medizin zu schaffen. Hessen bildet schon jetzt weit über Durchschnitt aus. Wir sind bereit, diese Leistung nochmal zu erhöhen, allerdings bedarf es dazu eines fairen Ausgleichs zwischen den Ländern, denn Medizinstudienplätze sind die kostenintensivsten Studienplätze.

Autonomie ausweiten

Wir sehen die organisatorische Autonomie der Hochschulen als Erfolgsmodell. Sie hat ihnen große Entwicklungsspielräume eröffnet, die sie gewinnbringend für Forschung und Lehre eingesetzt haben. Autonomie kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn die Hochschulen weiterhin ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Dazu gehört, dass der Weg der Stärkung der Grundfinanzierung weitergegangen wird und die wettbewerbsorientierten Elemente auf ihre Wirksamkeit hin untersucht und in ihrer Anzahl reduziert werden. Den Weg der kontinuierlichen Steigerung der Hochschulbudgets anhand objektiver Kriterien wollen wir fortsetzen, auch um unsere Hochschulen wettbewerbsfähig zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu halten. Die staatliche Finanzierung muss ein Höchstmaß an Verlässlichkeit bieten und Kooperationen zwischen den Hochschulen fördern. Das Gemeinschaftsprogramm Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern muss in das nächste Jahrzehnt überführt und verstetigt werden.

Ein Erfolgsprojekt ist unserer Auffassung nach die Eigenverantwortung von Hochschulen für einzelne Baumaßnahmen oder ihren gesamten Gebäudebestand (sog. Bau-Autonomie). Es hat sich gezeigt, dass auch bei Bauvorhaben Verantwortung vor Ort mit kurzen Entscheidungswegen unter Einbezug der Nutzer*innen zu schnelleren, besseren und günstigeren Ergebnissen führen kann. Wir wollen daher denjenigen Hochschulen, die das wollen und leisten können, weitere Möglichkeiten einräumen, eigenverantwortlich Baumaßnahmen durchzuführen.

Eine autonome Hochschule muss die ihr gewährte Handlungsfreiheit auf all ihre Mitglieder ausweiten können. Autonomie und Selbstverwaltung in demokratischer Verfasstheit sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Autonomie muss dabei nicht nur die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen schützen, sondern auch den Wissenschaftler*innen und anderen Hochschulangehörigen ermöglichen, ihre Hochschulen mitzugestalten. In diesem Sinne soll die bestehende Autonomie um eine gesteigerte Partizipation erweitert und weiterentwickelt werden. Dazu gehört für uns, dass alle Statusgruppen in den Bereichen, in denen sie tätig und betroffen sind, echte Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten. Dabei sind vor allem die Studierenden derzeit zu wenig in die Ausgestaltung der Hochschulen eingebunden. Gerade bei der Organisation der Lehre sind ihre Erfahrungen besonders wertvoll für die Qualitätsentwicklung der Hochschulen. Statt nur über die QSL-Mittel Verbesserungen im Studium zu erreichen, schlagen wir vor, auf Fachbereichsebene ein neues Organ zur Gestaltung der Lehre einzuführen (Studienkommission). Dieses soll jeweils hälftig von Lehrenden und Studierenden besetzt werden. Dieses Organ entscheidet über alle Angebote im Zusammenhang mit Lehre, inklusive der Budgetverteilung. Auf Hochschulebene wird zur besseren Repräsentanz eine Universitätsversammlung, wie sie an der Technischen Universität Darmstadt seit einigen Jahren besteht, eingeführt. Der Hochschulrat wird hingegen auf ein rein beratendes Gremium reduziert.

Autonomie erfährt ihre Grenzen in den Rahmenseetzungen, die Gesetze, Hochschulpakt und Zielvereinbarungen mit dem Land definieren. Wir GRÜNE wollen an dieser Aufteilung der Rahmenseetzungen im Grundsatz festhalten. Gesellschaftliche und politische Zielsetzungen, seien es der Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen in den Führungspositionen im Wissenschaftsbereich oder die Förderung der Diversität und Internationalisierung im Hochschulbereich, werden wir weiterhin in konkrete Zielvereinbarungen mit den Hochschulen münden lassen. Im

Bereich des Hochschulpakts und der Zielvereinbarungen wollen wir aber die Anzahl der Zielvorstellungen reduzieren und durch wenige, dafür aber klar überprüfbare Ziele ersetzen.

Eine externe Qualitätssicherung ist auch künftig ein sinnvolles Instrument auf Ebene der Studiengänge und Institutionen. Daher soll die flächendeckend vorgeschriebene Akkreditierung der hessischen Studiengänge beibehalten werden. Der künftige Fokus der Akkreditierung soll – insbesondere bei Reakkreditierungen – weniger stark auf Formalitäten und stärker auf der tatsächlichen Verbesserung der Studienqualität sowie der Sicherstellung politischer Zielsetzungen wie einer erleichterten Mobilität und einer Sicherstellung der Chancengleichheit liegen. Damit soll die administrative Belastung der Hochschulen durch das Verfahren der Akkreditierung so weit reduziert werden, wie dies mit den Zielen der Qualitätssicherung vereinbar ist. Darüber hinaus muss die Flexibilität zur Weiterentwicklung der Studiengänge auch zwischen den Akkreditierungen sichergestellt sein. Diese Änderungen sollen in Abstimmung mit den anderen Bundesländern verfolgt werden, um ein Auseinanderdriften der geltenden Regelungen zu vermeiden und stattdessen eine möglichst bundesweit einheitliche Lösung zu erreichen.

Digitalisierung gestalten

Die Digitalisierung bringt sowohl für die Forschung wie auch für die Lehre große Chancen. Digitalisierung in der Lehre ist dabei kein Selbstzweck, sondern muss durch Fortbildungsmaßnahmen für die Lehrenden begleitet werden, da die Wirkung des Einsatzes digitaler Lernmittel sonst weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben wird. Dabei sind Online-Kurse, Lernumgebungen und Materialien wichtige Bestandteile zur Barrierefreiheit und können die Vereinbarkeit von Studium und Familie oder Studium neben dem Beruf verbessern. Zudem bietet die Digitalisierung neue Individualisierungsmöglichkeiten in der Lehre und zusätzliche Chancen für mehr Diversität und lebenslanges Lernen. Die Hochschule wird als Präsenzort auch weiterhin eine zentrale Rolle für die Lehre spielen. Online-Angebote ergänzen die Präsenzangebote sinnvoll. Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, diese Angebote über die Studierenden hinaus auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Um digitale Lern-Lehr-Umgebungen an der Präsenzhochschule nutzen zu können, bedarf es dort verstärkter Investitionen in die Infrastruktur, um beispielsweise hochschulweit ein leistungsfähiges Drahtlosnetzwerk oder ausreichend Cloud-Speicher für

die Hochschulangehörigen anbieten zu können. Bei der Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur streben wir auch hochschulübergreifende Lösungen an. Aber auch für den Einsatz der Digitalisierung im Bereich der Forschung bedarf es fortlaufend weiterer Investitionen wie zum Beispiel im Bereich High Performance Computing. Insgesamt muss der Infrastruktur im Bereich der Digitalisierung ein größeres Gewicht eingeräumt und berücksichtigt werden, dass für die Erneuerung andere Zyklen als bei der restlichen technischen Infrastruktur angenommen werden müssen.

Ein entscheidender Punkt ist für uns, dass Digitalisierung auch zur leichteren Verfügbarkeit von Wissen führt. Öffentlich geförderte Forschungsvorhaben – beispielsweise aus LOEWE-Mitteln – sollen möglichst frei abrufbar sein. Insgesamt wollen wir Open Access verantwortungsvoll fördern. Dabei muss bei allen Chancen, welche Open Access bieten kann – etwa schnellere Auffindbarkeit, erhöhte Sichtbarkeit, neue Kooperationsmöglichkeiten sowie gesteigerte Forschungseffizienz – auch das Recht der Autor*innen durch ein faires Urheberrecht gewährleistet sein. Da wir neben großen Chancen jedoch auch Risiken der Digitalisierung sehen, wollen wir den hessischen Forschungsschwerpunkt im Bereich der IT-Sicherheit genauso weiter stärken wie die Forschung zu Datenschutz, zu menschengerechter Arbeitsgestaltung und zur Prävention gegen Missbrauch und Sucht in Bezug auf neue Medien im Bereich von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden.

Studierendenwerke stärken

Die Studierendenwerke leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein erfolgreiches Studium – gerade für Studierende mit keinem oder geringem Einkommen. Sie versorgen die Studierenden in den Mensen mit Essen, bieten studentischen Wohnraum und viele weitere Angebote, um die Konzentration aufs Studium zu erleichtern. Durch zusätzliche Landesmittel haben wir in den vergangenen Jahren die Studierendenwerke unterstützt. So konnten die Beiträge der Studierenden stabil gehalten werden. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen und die Studierendenwerke auch bei der Schaffung von Wohnungen für Studierende noch besser unterstützen. Gemeinsam mit den anderen Akteuren des sozialen Wohnungsbaus wollen wir es schaffen, dass es für zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze gibt.

Eine verantwortungsvolle Innenpolitik für die Bürgerinnen und Bürger

Innenpolitik ist dann verantwortungsvoll, wenn sie konsequent auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist. Für uns stehen die Verteidigung der Freiheit und der Bürgerrechte sowie die Stärkung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement im Mittelpunkt einer lebendigen Demokratie. Ein weiteres wichtiges Feld der Innenpolitik bildet die Personalverantwortung gegenüber den vielen Beschäftigten des Landes Hessen, aus der eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion erwächst.

Freiheit verteidigen, Grundrechte wahren und Sicherheit gewährleisten

Freiheit und Bürgerrechte dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Wir sind überzeugt, dass ein starker demokratischer Rechtsstaat gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren, Grundrechte schützen und unsere Freiheit bewahren kann. Insbesondere die NSU-Mordserie hat gezeigt, dass der rechtsextremistisch motivierte Terrorismus eine reale Gefahr darstellt. Dies verdeutlichen auch die vielen Anschläge auf Asylbewerberheime und Moscheen. Islamistisch motivierte Terroranschläge haben das Thema Sicherheit zudem in den öffentlichen Fokus gerückt. Um realen Gefahren und Verunsicherung entgegenzuwirken, braucht Politik einen klaren Kompass.

Wir haben die Richtung der Sicherheitspolitik geändert und der Prävention einen wesentlich größeren Stellenwert eingeräumt. Prävention ist der Schlüssel einer erfolgreichen Sicherheitspolitik, sowohl bei der Verhinderung von Alltagskriminalität als auch bei der Bekämpfung von Extremismus. Die gesunkenen Zahlen etwa im Bereich der vollendeten Wohnungseinbrüche sind ein Hinweis darauf, dass die polizeiliche Beratungsarbeit fruchtet. Im Bereich der Extremismusprävention haben wir die finanzielle Förderung um ein Vielfaches erhöht. Auch die Ausstattung von Polizei und Justiz haben wir gezielt verbessert. Die Statistik zeigt: Hessen ist eines der sichersten Länder Deutschlands. Trotzdem bestehen natürlich noch Probleme und Herausforderungen, die wir angehen wollen – insbesondere, weil wir

mit immer neuen Fragestellungen, herausfordernden Sicherheitslagen und einem kontinuierlichen technologischen Wandel konfrontiert sind.

Extremismusprävention und Demokratieförderung weiter stärken

Die hessische Präventionsarbeit und deren umfassende Finanzierung müssen beibehalten und ausgebaut werden. Der Staat muss in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft beratend und aufklärend tätig werden, um zu verhindern, dass Menschen in rechtsextremistische Milieus abgleiten. Gleiches gilt für den Islamismus. Mit dem Demokratiezentrum und den anderen Partnern im „beratungsNetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ hat das Land Hessen vertrauensvolle und zuverlässige Projektpartner. Deshalb lehnen wir eine Überprüfung solcher Initiativen durch den Verfassungsschutz ab. Wir wollen sie weiter stärken und die zivilgesellschaftliche Ausrichtung stützen. Bisher ist die Präventionsarbeit im Bereich der Extremismusbekämpfung und Demokratieförderung unter verschiedenen Dächern angesiedelt. Um sie noch effizienter zu gestalten und mögliche Synergieeffekte zu nutzen, halten wir es für sinnvoll, die landesweite Präventionsarbeit organisatorisch anders aufzustellen und sie unter dem Dach einer neu zu gründenden Landespräventionsagentur zu bündeln.

Wir wollen neue Wege erschließen, auf denen der Zugang zu gefährdeten Jugendlichen einfacher gelingt. Wir wollen soziale Netzwerke nutzen, um Jugendliche für die Gefahren von Extremismus zu sensibilisieren. Zivilgesellschaftliche Akteure und Verbände wollen wir stärker in die Jugend- und Schulsozialarbeit einbeziehen. Muslimische Glaubensgemeinschaften und Moscheevereine wollen wir bei der Entwicklung von Angeboten für junge Menschen muslimischen Glaubens unterstützen.

Ängste adressieren, Freiheitsempfinden stärken

Die Fortführung und der Ausbau gelten auch für die polizeiliche Präventionsarbeit zur Aufklärung und Beratung der Bürger*innen über verschiedene Kriminalitätsbereiche wie Trickbetrügereien, Betrugsdelikte im Internet oder Wohnungseinbruch. Gerade die gefühlte Unsicherheit nimmt zu, auch wenn die Statistiken über Straftaten das real in den meisten Fällen nicht widerspiegeln. Wir nehmen diese subjektive Unsicherheit ernst, denn sie schränkt das Freiheitsempfinden ein. Gleichzeitig darf die gefühlte Unsicherheit nicht zur tatsächlichen Beschränkung von

Freiheitsrechten führen. Hierbei setzen wir auf Aufklärung, Prävention, aber auch städtebauliche Maßnahmen, die beispielsweise den Weg im Dunkeln durch die Stadt sicherer machen.

Wir sagen Nein zu Rechtsextremismus und Antisemitismus

Rechtsextreme Stimmungsmache im Internet, rassistische Stammtischparolen, antisemitische Vorfälle, aufstrebende neurechte Jugendbewegungen – all dies gehört auch in den hessischen Kommunen leider zum Alltag. Politische Bildungsarbeit ist ein entscheidender Schlüssel im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wo solche menschen- und demokratiefeindlichen Ideologien herkommen und wie wir ihnen begegnen. Zivilgesellschaftliche Netzwerke, die sich gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit richten, wollen wir weiter stärken. Auch der Landeszentrale für politische Bildung kommt hier eine besondere Rolle zu. Projekte wie „IKARus“, das Ausstiegshilfen für Rechtsextremisten bietet, und „Response Hessen“, das Opfer rassistischer Gewalt berät, wollen wir weiter unterstützen. Die Sicherheitsbehörden wollen wir im Umgang mit Internetpropaganda und Hetze im Netz besonders sensibilisieren und handlungsfähig machen.

Eine besondere Herausforderung bildet die Gruppe der sogenannten Reichsbürger. Wir wollen, dass unsere Sicherheitsbehörden einen verstärkten Fokus auf diese Gruppe legen. Gefährliche Extremisten wie diese dürfen keine Waffen in die Hände bekommen. Wir setzen uns auf Bundesebene weiter dafür ein, dass keiner eine Waffe besitzen darf, der als Extremist bei einer Verfassungsschutzbehörde bekannt ist. Wir wollen die zuständigen Behörden vor Ort außerdem noch stärker dabei unterstützen, wie waffenrechtliche Erlaubnisse nach Möglichkeit entzogen werden können.

Die vermehrten Angriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte, Moscheen sowie Drohungen gegen haupt- und ehrenamtliche Helfer*innen betrachten wir mit großer Sorge. Rassismus und rechte Gewalt haben in unserem Land keinen Platz.

Konsequente Anwendung von Gesetzen statt Verschärfung und Repression

Bevor neue Gesetze oder Eingriffsbefugnisse beschlossen werden, sollen die bestehenden Regelungen konsequent angewendet und ausgeschöpft werden. Neue Vorschläge in der Sicherheits- und Innenpolitik werden wir immer anhand dreier Kriterien überprüfen: Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Neue Gesetze sollen befristet und gründlich evaluiert werden, damit Eingriffe in Freiheitsrechte auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft werden können. Auch bereits bestehende Regelungen sollen entsprechend immer wieder evaluiert werden und ggf. korrigiert werden. Dies gilt insbesondere für die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik ohne diese Instrumente ein. Die nötigen Grundrechtseingriffe für die Überwachung von verschlüsselten Kommunikationen sowie die Schwächung der IT-Sicherheit wiegen in der Regel schwerer als der Nutzen, der daraus gezogen werden könnte. Zudem hat das Bundesverfassungsgericht für einen solchen Eingriff zu Recht hohe Hürden definiert. Ob die Einhaltung dieser Hürden überhaupt technisch gewährleistet werden kann, muss sich aus unserer Sicht erst noch erweisen. Selbst wenn dies gewährleistet werden kann, kommt ein Einsatz dieser Instrumente für uns nur dann in Betracht, wenn hierdurch schwerste Straftaten verhindert oder das Leben von Menschen geschützt werden kann und dies nicht durch andere Instrumente gewährleistet werden kann, die weniger stark in Grundrechte eingreifen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass es bei der polizeilichen Kriminalstatistik der Bundesländer zum Zwecke der Vergleichbarkeit zu einer weiteren Verbesserung der Datenbasis kommt. Die Einführung einer bundesweiten Dunkelfeldstudie und die Verknüpfung der polizeilichen Kriminalstatistik mit der Strafverfolgungsstatistik halten wir für sinnvoll, um bessere Datengrundlagen zu bekommen, wie die polizeilich registrierten Straftaten von den Staatsanwaltschaften und Gerichten verfolgt und geahndet wurden.

Bürgernähe der Polizei stärken

Eine bürgernahe Polizei ist genau so bunt und vielfältig wie unsere Gesellschaft. Wir unterstützen folgerichtig die interkulturelle Öffnung der Landespolizei und wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewinnen. Darüber hinaus werden wir Frauen im Polizeiberuf gezielt fördern und dafür sorgen, dass

sie die Chance bekommen, in Führungspositionen bei der Polizei Verantwortung zu übernehmen. In der polizeilichen Aus-, Fort- und Weiterbildung wollen wir Menschenrechtsbildung und die Förderung von Kompetenzen im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt stärken. Den Ausbau der Fehler- und Diskurskultur, eine verstärkte Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus und Homo- und Transfeindlichkeit halten wir dabei für wichtig. Zur Beratung bei Problemen und für Beschwerden gegen behördliches Handeln, einschließlich der Polizei, wollen wir eine unabhängige Ombudsperson beim Hessischen Landtag einrichten. Die Kommunen haben gute Erfahrungen mit dem „Schutzmann vor Ort“ als Ansprechpartner auf der Straße und Bindeglied zwischen Bürger*innen und Polizei. Wir wollen dieses Netz noch engmaschiger ziehen. Um das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen, soll die Polizei wieder sichtbarer und Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein. Dies kann z.B. durch Fuß- und Fahrradstreifen und Veranstaltungen zur polizeilichen Prävention geschehen.

Um der Polizei mehr Zeit für ihre Kernaufgaben sowie den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern zu geben, soll sie weiter von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Entlastung kann hier ebenfalls der stärkere Einsatz von Wachpolizisten für solche Aufgabengebiete bieten.

Die Bürgernähe der Polizei zeigt sich auch im professionellen Auftreten in den sozialen Medien als niedrigschwellige Informations- und Kontaktmöglichkeit. Hierbei müssen aber der Zweck und die Mittel der Kommunikation der Aufgabenerfüllung dienen. Wir wollen die Regelung hinsichtlich der Sichtbarkeit von Tätowierungen von Polizist*innen an die Bundesregeln anpassen.

Anlassbezogene zielgerichtete Überwachungsmaßnahmen statt anlassloser Überwachung aller

Wir treten für die bessere Überwachung von Straftäter*innen ein. Wir setzen uns deshalb für mehr Personal bei den Sicherheitskräften auch auf Bundesebene ein. Vor diesem Hintergrund haben wir auch das Instrument der elektronischen Fußfessel für sogenannte Gefährder*innen prinzipiell unterstützt. Ihr Einsatz muss jedoch rechtsstaatlich klar definiert, eng begrenzt und mit hohen Hürden versehen sein. Ebenso muss sich die Wirksamkeit der Ausweitung dieses Instruments auf sogenannte Gefährder*innen zur Verhinderung von Straftaten in der Praxis erst noch erweisen. Wir lehnen eine anlasslose Überwachung aller ab. Dies gilt auch für eine ausufernde Videoüberwachung. Dieser

stehen wir kritisch gegenüber. Wir möchten die Bürger*innen Hessens nicht unter Generalverdacht stellen. Sollte Videoüberwachung dennoch zum Einsatz kommen, dann ist wichtig, dass solche weitgehenden Eingriffe anlassbezogen, verhältnismäßig, eng begrenzt und nach klar definierten Regeln und Gesetzen erfolgen. Zudem müssen andere Maßnahmen, die Verbrechen vorbeugen, überprüft werden. Unsere Bewertung entsprechender Regelungen hängt daher immer von der konkreten Ausgestaltung ab, die in ihrer Wirksamkeit evaluiert werden muss. Eine massenhafte, anlasslose Überwachung lehnen wir strikt ab. Die Zugriffsrechte der Sicherheitsbehörden auf Kameras sind daher klar zu definieren. Den Einsatz wollen wir auch in Zukunft eng mit der bzw. dem Datenschutzbeauftragten abstimmen. Die sogenannte intelligente Videoüberwachung, die auffälliges Verhalten erkennt oder Gesichter identifiziert, lehnen wir ab.

Gegenüber neuen technischen Lösungen zur Verbesserung der Sicherheit zeigen wir uns aufgeschlossen. Dabei ist für uns wichtig, dass die Wirksamkeit angestrebter Maßnahmen durch wissenschaftliche Studien oder durch die Auswertung der Wirksamkeit in anderen Ländern und Bundesländern evaluiert wird.

Lehren aus NSU und Reform des Verfassungsschutzes

Nach Bekanntwerden der schrecklichen terroristischen NSU-Mordserie und dem zutage getretenen Versagen der Sicherheitsbehörden haben wir in Hessen einen Prozess der Reform des Verfassungsschutzes eingeleitet. Unser Ziel ist die Neuausrichtung des Verfassungsschutzes zum Schutz einer demokratischen, offenen und vielfältigen Gesellschaft und eine bessere parlamentarische Kontrolle. Wichtige Schritte haben wir mit dem Gesetz zur Reform des Verfassungsschutzes erreicht. Dabei haben wir die Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zugrunde gelegt und zur Überprüfung der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen eine eigene Expertenkommission eingesetzt.

Mit der Gesetzesnovelle haben wir den Informationsaustausch der verschiedenen Sicherheitsbehörden deutlich verbessert und die Regelungen beim Umgang mit verdeckten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie V-Leuten verschärft. Deren Einsatz muss auf das absolut notwendige Maß beschränkt bleiben und nachrangig gegenüber anderen Aufklärungsmöglichkeiten sein. Die Regeln der parlamentarischen Kontrolle haben wir an die Regeln auf

Bundesebene angeglichen. Für uns ist es eine elementare Lehre aus der deutschen Geschichte, dass Nachrichtendienst und Polizeibehörden getrennt bleiben. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir das Verfassungsschutzgesetz evaluieren und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen überprüfen. Dabei werden wir insbesondere die Regelungen zur Parlamentarischen Kontrollkommission wie deren Zusammensetzung und die Mittel zur Kontrollausübung sowie die Regelungen zu den V-Leuten auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und ggf. weiterentwickeln.

Privaten Waffenbesitz eindämmen

Die Verbreitung von Schusswaffen in Privatwohnungen ist eine Gefahr für unsere Sicherheit. Die hessische Bundesratsinitiative zur Verhinderung des Waffenbesitzes durch Extremist*innen ist hier ein Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der private Waffenbesitz deutlich eingeschränkt und effektiv kontrolliert wird. Unser Ziel ist, dass einsatzbereite und funktionsfähige Schusswaffen nur noch in Ausnahmefällen (z.B. Jagdwaffen bei Jagdscheinberechtigten) in privaten Haushalten zugelassen werden. Funktionsfähige Waffen und ihre Munition sollen künftig außerhalb von Privaträumen aufbewahrt werden. Die Waffenbehörden im Land sollen weiter regelmäßige und effektive Waffenkontrollen durchführen. Dazu gehört nicht nur die sichere Aufbewahrung, sondern auch die persönliche gesundheitliche Eignung.

Eine lebendige Demokratie braucht Einmischung, Beteiligung und Transparenz

Demokratie lebt von Beteiligung und transparentem Handeln. Wir stehen für einen starken Dialog und mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten von Bürger*innen. Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen in die Politik. Durch mehr Transparenz können Entscheidungsprozesse und das Handeln von Politik und Verwaltung für Bürger*innen nachvollziehbar werden. Damit wollen wir der Politikverdrossenheit entgegentreten und das demokratische Gemeinwesen fördern. Wir stehen für eine Innenpolitik, die Bürger*innenrechte stärkt und wirksam schützt. Hier haben wir mit dem Informationsfreiheitsgesetz und den Transparenzregeln für Regierungsmitglieder schon einen großen Schritt getan. Fraktionsübergreifend wurden außerdem unsere Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamts, erleichterte Bedingungen für Volksbegehren sowie zur Absenkung des passiven Wahlalters auf 18 Jahre im Rahmen

des Verfassungskonvents eingebracht. Nun gilt es, eine Mehrheit für die Annahme dieser Vorschläge bei der Volksabstimmung zu gewinnen. Und wir haben noch viel vor. Unser Ziel ist die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre.

Bürgerbeteiligung, Ehrenamt und Bürgerengagement stärken

Für uns GRÜNE sind Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement ein notwendiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, sie stärken und bereichern die demokratische Gesellschaft. Wie Bürger*innen aktiv Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, konnten und können wir bei der Aufnahme von Geflüchteten beobachten. Sie schließen sich zusammen, wo sie Bedarfe sehen, übernehmen selbstbewusst, freiwillig und unentgeltlich Verantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaft und setzen eigene Ideen und ihre individuellen Fähigkeiten ein. Auch an den großen Einsatz der vielen ehrenamtlichen Menschen in den vielen Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienste sei an dieser Stelle erinnert. Sie retten Leben, bieten Unterstützung in Notlagen und sorgen gleichzeitig für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration. Auf dieses Potenzial kann unsere Gesellschaft nicht verzichten. Darum wollen wir es fördern und unterstützen.

Deshalb sind uns einige Errungenschaften im Rahmen der hessischen Kampagne für bürgerschaftliches Engagement wichtig, wie die Ehrenamtskarte mit der Möglichkeit für Vergünstigungen von öffentlichen und privaten Einrichtungen, der Unfall- und Haftversicherungsschutz, das Qualifizierungsprogramm und die Starthilfen zur Gründung von Freiwilligenagenturen in den Kommunen. Wir wollen die angestoßenen Prozesse weiter stärken und eine lebendige Demokratie mit reger Bürgerbeteiligung, motiviertem bürgerschaftlichem Engagement und vielen Möglichkeiten mitzumischen schaffen.

- **Ehrenamtsstrategie für Hessen:** Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass alle Bürger*innen in Hessen noch mehr als bisher die Chance haben, sich in ihrem Umfeld zu engagieren, wenn erforderlich Qualifikation zu erhalten und für ihren Einsatz vielfältige Anerkennung zu finden. Nach dem Vorbild Baden-Württembergs wollen wir eine Strategie zur Stärkung und Förderung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements ins Leben rufen. Darin wollen wir alle Maßnahmen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements inklusive der

Landesstiftung stärker bündeln, Förderprogramme transparenter machen und die Kooperation aller Beteiligten stärken. Für die Umsetzung wollen wir auf der hohen Kompetenz zur Qualifizierung der Landesehrenamtsagentur aufbauen und eine/n Beauftragte*n für Bürgerbeteiligung und Engagement installieren. Neben der Frage des bürgerschaftlichen Engagements sollen hier auch Empfehlungen für Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten erarbeitet werden. Diese Empfehlungen sollen zum verbindlichen Maßstab für die Verwaltung werden. Wichtig ist, dass in diesem Prozess der Fokus auf die gesamte Gesellschaft gelegt wird. Denn noch zu oft ist bei der Frage von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung vornehmlich die gebildete Mittelschicht anzutreffen, und benachteiligte Gruppen bleiben außen vor.

- **Freiwilligenagenturen stärken:** Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeiten und die Freiwilligenagenturen vor Ort weiter stärken. Dazu wollen wir die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen darin unterstützen, kommunale Engagement-Förderstrukturen weiter auszubauen, und gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden Lösungen für eine nachhaltige Finanzierung finden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen soll für ihre Beratungs- und Vernetzungsarbeit gestärkt werden.
- **Online-Beteiligung für die Landespolitik ermöglichen:** Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung auch im Landtag nutzen und damit Bürgerbeteiligung vereinfachen. Gesetzesentwürfe sollen lesbarer sein und der Landtag Online-Beteiligungsverfahren und Online-Petitionen anbieten.
- **Ombudsperson beim Landtag:** Beim Hessischen Landtag soll eine Ombudsperson angesiedelt werden und Ansprechpartner*in bei Konflikten mit der allgemeinen Landesverwaltung neben der Polizei sein. Diese Ombudsperson soll bei Beschwerden gegenüber Verwaltungen und Behörden vermitteln.
- **Neue Formen von Beteiligung erproben:** Wir wollen für die Beratung bestimmter Projekte auf kommunaler wie Landesebene die Einrichtung von Bürger*innen-Foren, erproben. Hier werden zufällige Stichproben wahlberechtigter Bürger*innen gezogen und mit diesem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bestimmte Sachfragen erörtert. Auch Bürgerhaushalte in Kommunen wollen wir von Landesseite durch Beratung und Vernetzung unterstützen.
- **Lobbyregister:** Wir wollen ein Lobbyregister für den Hessischen Landtag einführen, um Transparenz über die Unternehmen, Verbände und Organisationen herzustellen, die auf die Willensbildung Einfluss nehmen. Hier

soll auch ein legislativer Fußabdruck verwirklicht werden, um zu dokumentieren, welche Organisationen an Gesetzesvorhaben beteiligt werden.

Das Versammlungsrecht und eine friedliche Demonstrationskultur stärken

Friedliche Demonstrationen und Protest gehören zu einer lebendigen Demokratie. Für uns hat die Versammlungsfreiheit einen hohen Wert. Immer wieder sind der Verlauf von Demonstrationen und die Art des Eingreifens der Polizei Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Wir haben in unserer Regierungsverantwortung mit der Kennzeichnungspflicht für Polizisten eine langjährige GRÜNE Forderung erfüllt und den vielversprechenden Weg einer friedlichen Demonstrationskultur mittels Deeskalation und Dialog eingeschlagen. Diese Erfolge wollen wir sichern und stärken. Bisher stützt sich Hessen auf das Versammlungsgesetz des Bundes, das Versammlungsrecht liegt aber seit der Föderalismusreform in der Kompetenz der Länder. Deshalb wollen wir ein bürgerfreundliches Versammlungsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen, welches dem Grundsatz „Im Zweifel für die Versammlungsfreiheit“ folgt. In dem Gesetz sollen bestehende Vorschriften für Versammlungen gebündelt und das Zusammenspiel von Behörden und Veranstaltern geregelt werden. Hier geht es um Persönlichkeitsrechte, besondere Rechte z.B. von Demo-Sanitäter*innen, Grenzen beim Einsatz von Filmaufnahmen sowie die Präzisierung von Eingriffsmöglichkeiten.

Informationsfreiheit und Datenschutz gehören zusammen

Wir GRÜNE sehen die Informationsfreiheit als einen Grundpfeiler von Wissensgesellschaft und wirkungsvoller Bürgerbeteiligung an. Wichtige Schritte haben wir erreicht. So müssen Nebeneinkünfte nicht nur von Abgeordneten, sondern auch Regierungsmitgliedern offengelegt werden. Außerdem wurden Karenzzeiten für Regierungsmitglieder festgelegt. Wir denken Datenschutz und Informationsfreiheit zusammen. Ausufernde Datensammlungen durch Wirtschaft und Staat gefährden die informationelle Selbstbestimmung. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger*innen die Kontrolle über ihre persönlichen Daten behalten. Wachsende technische Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten und die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche erfordern einen verstärkten und wirksamen Datenschutz.

Deswegen ist es eine Errungenschaft, dass nicht nur erstmalig ein Informationsfreiheitsgesetz für Hessen besteht,

sondern auch, dass wichtige Regelungen für Informationsfreiheit und Datenschutz in einem Gesetz zusammengeführt wurden. Inwiefern das noch junge Gesetz den Herausforderungen gerecht wird, wird sich erst zeigen, wenn es in die Anwendung gekommen ist. Wir werden es hinsichtlich der Wirkung in der kommenden Legislaturperiode evaluieren und insbesondere hinsichtlich einer weiteren Stärkung der aktiven Veröffentlichungspflicht der Verwaltungen, bezüglich der Einbeziehung der Landkreise und Kommunen sowie der Frage der Kosten für Auskünfte weiterentwickeln. Dabei wollen wir auch prüfen, ob man künftig das Umweltinformationsgesetz in das Informationsfreiheitsgesetz mit einbezieht.

Wir wollen den Datenschutz weiter stärken. Der/m Datenschutzbeauftragten wollen wir zu mehr Rechten verhelfen. So soll sie oder er zum Beispiel die Möglichkeit erhalten, Bußgelder bei bestimmten Verfehlungen von Verwaltungsbeschäftigten zu verhängen. Wir wollen eine Antidiskriminierungsprüfung für Scoringverfahren und Algorithmen schaffen. Außerdem wollen wir uns an der Open Government-Initiative des Bundes beteiligen und die hessischen Kommunen durch ein Landesprogramm unterstützen.

Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab. Wir setzen uns auf Bundesebene sowie im Rahmen der Möglichkeiten auf Landesebene dafür ein, Art und Umfang der Überwachung für die Bürger*innen eindeutig kenntlich zu machen und die Überwachung der elektronischen Kommunikation auf das sicherheitspolitisch Notwendige zu beschränken. Die informationelle Integrität des Einzelnen ist ein hohes Gut und muss bei den schwierigen Abwägungsprozessen fest im Blick behalten werden. Die Kosten und Nutzen der automatisierten Kfz-Kennzeichenüberwachung in Hessen wollen wir unter Berücksichtigung des Umganges mit falsch positiven Ergebnissen evaluieren.

Das Land Hessen als attraktiver Arbeitgeber

Ohne motivierte und wertgeschätzte Mitarbeiter*innen kann eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung nicht gelingen. Das Land Hessen hat für seine Beschäftigten eine hohe Verantwortung. Unserem Ziel der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche sind wir einen deutlichen Schritt nähergekommen. Die Arbeitszeit für die Beamt*innen des Landes Hessens wurde von den unter Roland Koch verordneten 42 Stunden auf 41 Stunden reduziert. Gleichzeitig bleibt für eine selbstbestimmte und flexible Lebensplanung das Lebensarbeitszeitkonto erhalten, deren Anwendung wir auch für Richter*innen entsprechend prüfen wollen. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir für Beamt*innen einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit und Pflegezeit eingeführt, verbunden mit einem Vorschuss zur besseren Bewältigung des Lebensunterhalts während der (teilweisen) Freistellung. Froh sind wir auch, dass es uns nach einer Phase der für alle Seiten herausfordernden Haushaltskonsolidierung gelungen ist, für die Jahre 2017 und 2018 eine gute Tarifeinigung zu erreichen. Erstmals ist in einer Tarifeinigung eines Landes ein Landesticket enthalten. 2018 wurden die Löhne und Gehälter zum 1. Februar um 2,2 Prozent erhöht. Aufgrund der Arbeitsverdichtung braucht es an vielen Stellen Entlastung. Diese haben wir sowohl in den Schulen mit 2.500 zusätzlichen Lehrer*innenstellen als auch bei der Polizei mit 1.500 zusätzlichen Polizeivollzugsbeamt*innen bis zum Jahr 2020 erreicht.

Der Verantwortung gegenüber den Beschäftigten des Landes Hessen wollen wir weiter gerecht werden. Dazu wollen wir dafür Sorge tragen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber Anzahl und Dauer seiner befristeten Beschäftigungsverhältnisse reduziert und seine Arbeitnehmer*innen in aller Regel nach vierjähriger befristeter Beschäftigung unbefristete Arbeitsplätze anbietet. Darüber hinaus wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsmodelle sowie Arbeit im Homeoffice erleichtern und die Führungskräfte entsprechend sensibilisieren. Der Gesundheitsförderung wollen wir einen besonderen Stellenwert einräumen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir die Rückkehr zur 40-Stunden Woche vollenden und erreichen, dass Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehrt. Uns ist der Grundsatz wichtig, dass das Beamtenrecht dem Tarifrecht folgt, insbesondere auch bzgl. der Tarifabschlüsse. Das Landesticket wollen wir nach dem Jahr 2018 weiter fortführen und uns mit den Gewerkschaften verständigen, wie dieser Vorteil des hessischen Tarifvertrags (TV-H) mit der Rückkehr

in die Tarifgemeinschaft in Einklang gebracht werden kann. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen ihren Mitarbeiter*innen das Landesticket ebenfalls anbieten und ihnen bei Problemen in der Umsetzung helfen. Die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen innerhalb der hessischen Landesverwaltung wollen wir steigern mit dem Ziel einer paritätischen Verteilung der Geschlechter. In Hamburg können Beamt*innen wählen, ob sie sich gesetzlich krankenversichern oder die staatliche Beihilfe in Anspruch nehmen. Eine Übernahme dieses Modells für Hessen wollen wir prüfen.

Sport

Sowohl der Breiten- als auch der Spitzensport haben eine wichtige Funktion für die Gesellschaft. Sie dienen der Gesundheitsförderung und Integration. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und Altersstufen, die die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement festigen. Instrumente hierfür können zum Beispiel die Förderung des ehrenamtlichen Engagements sowie eine geschlechtergerechte Verteilung der Finanzmittel im Sport (Gender Budgeting) sein. Insbesondere beim Behindertensport und der Integration von Geflüchteten kommt dem Sport eine besondere Integrationskraft zu. Das Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“, durch das Kommunen bei der Schaffung entsprechender Angebote unterstützt werden, wollen wir beibehalten. Wir wollen die Gelegenheiten für Sport in einer bewegungsfreundlichen Umwelt weiter fördern. Dabei achten wir auf die Prinzipien von Ökologie, Nachhaltigkeit und der demografischen Entwicklung. Gerade angesichts der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für den Sport engagieren, wollen wir einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport. Wir begrüßen, dass der eSport immer mehr Anerkennung erfährt und wollen dafür sorgen, dass er die gleichen Fördermöglichkeiten erhält wie alle anderen Sportarten.

Für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren

Wir stehen für die Stärke des Rechts statt des Rechts des Stärkeren. Nur so ist die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz garantiert.

Um dieses Ziel zu erfüllen, haben wir in unserer Regierungsbeteiligung die Rahmenbedingungen für eine unabhängige, leistungsstarke und bürgernahe Justiz verbessert. So konnten wir den Stellenabbau aus der vergangenen Legislaturperiode stoppen und einzelne Bereiche aufbauen. Im Strafvollzug konnten wir die Resozialisierung als gleichwertiges Vollzugsziel in den Vollzugsgesetzen verankern.

Diesen Weg wollen wir weitergehen und verstärken, denn es gibt auch in diesem Bereich noch viel zu tun.

Prävention weiter stärken

Prävention stärkt den Rechtsstaat und leistet einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit. Jeder Euro, der in Prävention gesteckt wird, ist gut investiert. Die beste Art, Kriminalität zu bekämpfen, ist, sie gar nicht erst entstehen zu lassen. Erfolgreiche Präventionsarbeit muss ressortübergreifend und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Wir haben die Präventionsarbeit seit unserer Regierungsbeteiligung deutlich gestärkt. Um sie noch effizienter zu gestalten und mögliche Synergieeffekte zu nutzen, wollen wir die landesweite Präventionsarbeit organisatorisch anders aufstellen und unter dem Dach einer neu zu gründenden Landespräventionsagentur bündeln. Zur Verhinderung von Rekrutierung und Radikalisierung in den Justizvollzugsanstalten wollen wir die Beratungs- und Deradikalisierungsangebote für die Inhaftierten ausbauen und weitere Fortbildungsangebote für die Fachkräfte in der Justiz schaffen. Die muslimische Seelsorge, die unter unserer Regierungsbeteiligung in den Anstalten deutlich verbessert wurde, wollen wir weiter ausbauen.

Opferschutz stärken

Wir haben einen Fokus auf die Opferhilfe gelegt. Die Opferhilfevereine haben wir finanziell gestärkt. Diese Beratungsangebote wollen wir weiter ausbauen und auch im Strafverfahren einen besseren Zeugen- und Opferschutz erreichen. Den Zeugenschutz wollen wir durch Begleitungsmöglichkeiten im Gericht und durch räumliche Trennung von mutmaßlichem Opfer und Beschuldigtem weiterentwickeln. Auch kann die Anhörung per Videoaufnahme im Strafverfahren eine Verbesserung für die Opfer sein, um nicht in Anwesenheit der Täter aussagen zu müssen. In Fortbildungen von Beschäftigten der Justiz muss für den Umgang mit Opfern unter Beachtung der für den Beschuldigten bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens geltenden Unschuldsvermutung weiter verstärkt sensibilisiert werden. Den Täter-Opfer-Ausgleich wollen wir weiter stärken und eine Anwendung auch im Rahmen des Strafvollzugs prüfen.

Recht auf Asyl transparent und fair umsetzen

Asylrecht und Flüchtlingsschutz werden durch das Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention sowie das Asylgesetz garantiert. Asylrecht und Flüchtlingsschutz dürfen nicht aufgrund politischer Stimmungen aufs Spiel gesetzt werden. Auch werden sie ohne Einschränkung allen garantiert – unabhängig vom erwarteten ökonomischen Nutzen und anderen kurzfristigen Kalkülen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Recht auf Asyl und der Flüchtlingsschutz in Hessen transparent und fair umgesetzt werden. Dabei wollen wir besonders zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.

Unabhängige Rechtsberatung im Erstaufnahmeverfahren

Im Bereich der Erstaufnahme sind in Hessen professionelle Strukturen geschaffen worden, die den Prozess der Erstaufnahme mit Identitätsfeststellung, medizinischem Check-up inklusive Impfung, Asylantragstellung und Feststellung des beruflichen Qualifikationsstatus und daran anschließende Verteilung in die Kommunen gut organisieren (Konzept der „Aufnahmestraße“). In dieses Verfahren möchten wir eine Rechtsberatung integrieren, die die Asylsuchenden von Anfang an über ihre Rechte und Möglichkeiten informiert. Diese muss von einem unabhängigen Träger angeboten werden. Bereits jetzt führen in Hessen diverse zivilgesellschaftliche Träger unabhängige Rechtsberatungen durch. Sie sollen zukünftig gestärkt werden. Gerade für Geflüchtete, die aufgrund ihres Geschlechts,

ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt wurden, ist eine solche Beratung eine wichtige Unterstützung, um ihre Asylgründe gegenüber den Behörden darlegen zu können. Die Härtefallkommission auf Landesebene wollen wir beibehalten und den zivilgesellschaftlichen Akteuren hier stärkeres Gewicht zukommen lassen. Die sogenannten Ankerzentren, wie sie von der Bundesregierung geplant werden, lehnen wir ab. Inhaltlich ist es der völlig falsche Ansatz, Tausende Menschen über ein Jahr oder noch länger auf engem Raum unterbringen zu wollen.

Landesaufnahmeprogramme ausbauen

Die Bundesgesetzgebung hat den Familiennachzug für Geflüchtete drastisch eingeschränkt. Die Bundesländer können diese Entscheidung nicht korrigieren. In sehr engem Rahmen gibt es jedoch die Möglichkeit, im Einvernehmen mit dem Bund für eine begrenzte Personengruppe ein Landesaufnahmeprogramm aufzulegen, wie dies in der Vergangenheit bspw. Berlin, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Thüringen gemacht haben. Wir wollen, dass sich Hessen gegenüber dem Bund für ein solches Landesprogramm einsetzt.

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen transparent gestalten -- Zivilgesellschaft einbinden

Aufenthaltsbeendende Maßnahmen und Abschiebungen sind nicht immer zu vermeiden und ein sensibles Feld. Abschiebungen sollen so human wie möglich durchgeführt werden. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir Abschiebungen aus Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Krankenhäusern heraus grundsätzlich ablehnen. Allen abzuschiebenden Personen müssen die ihnen zustehenden Rechte, wie der Kontakt zum Rechtsbeistand oder zu einer Vertrauensperson, gewährt werden. Familien mit Minderjährigen sind grundsätzlich nicht zu trennen.

Abschiebehaft ist eine Ausnahme und letztes Mittel zur Umsetzung eines rechtmäßigen Verfahrens. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau von Alternativen zur Abschiebehaft – etwa Meldeauflagen – ein, weil wir unnötige Härten und Abschreckung für das falsche politische Mittel halten.

Abschiebehaft muss sich deutlich von der Strafhaft unterscheiden. Wir wollen sie in eigener Regie durchführen und die Verantwortung dafür nicht auf andere Bundesländer delegieren. So haben wir auch Einfluss auf die Unterbringungsbedingungen und Ausgestaltung der Abschiebehaft, beispielsweise in Bezug auf die psychologische

Betreuung. In Hessen sollen unbegleitete minderjährige Geflüchtete nicht in Abschiebehaft untergebracht werden. In den Asylverfahren ist gemäß §3 Asylgesetz besonderes Augenmerk auf die Belange von sozialen Gruppen zu legen, die aufgrund einer in ihrem Herkunftsland vorhandenen spezifischen Verfolgungslage besonders schutzbedürftig sind (bspw. LSBT*IQ). Eine Beschleunigung der Asylverfahren darf nicht dazu führen, dass die spezifischen Asylgründe dieser Menschen nicht mehr erkannt werden können. Daher haben wir weiterhin grundsätzliche Bedenken gegen das Konstrukt der „sicheren Herkunftsstaaten“.

Sollte die Bundesregierung weitere Staaten zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklären wollen, werden wir wie in den vergangenen Jahren sehr genau prüfen, ob dies mit dem individuellen Recht auf Asyl und dem Schutz von sozialen Gruppen mit spezifischer Verfolgungslage vereinbar ist.

Wir erwarten vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Innern eine gewissenhafte Überprüfung der Sicherheitslage in Afghanistan und anderen Krisengebieten. Vor allem gegenüber den Geflüchteten, aber auch gegenüber den Bundesländern, die verpflichtet sind, die Asylentscheidungen der Bundesbehörden umzusetzen, ist jedes andere Verhalten fahrlässig. Die verbleibenden gesetzlichen Ermessensspielräume eines Landes, die sich auf die Frage der Abschiebungshindernisse und Einzelfallprüfungen beschränken, wollen wir konsequent nutzen.

In unserer Demokratie leben und teilhaben

Geflüchtete und Asylsuchende kommen aus Notsituationen mit der Hoffnung auf ein sicheres und gutes Leben zu uns – oft ohne bzw. unzureichende Kenntnisse und klare Vorstellungen über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land. Wir wollen deshalb proaktiv diesen Gruppen unsere Demokratie und ihre Regeln näherbringen. Wir wollen diese Gruppen nicht nur informieren, sondern auch unterstützen, damit sie sich zukünftig in unserem Rechtssystem gut zurechtfinden. Angebote zur Informationsgewinnung und Aufklärung wollen wir im schulischen Kontext bzw. in Integrationskursen oder in Form bestehender Angebote für Rechtsstaatskunde ausbauen.

Stiftung politisch Verfolgter

Durch die Gründung einer Hessischen Stiftung für politisch Verfolgte nach dem Vorbild der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte wollen wir auch in Hessen einen konkreten Beitrag leisten, um Menschenrechtsverteidiger*innen

zu schützen, indem wir ihnen einen temporären „sicheren Hafen“ in Deutschland ermöglichen und ihnen helfen, ein internationales Netzwerk aufzubauen, das sie schützt, wenn sie zurückkehren und ihre Menschenrechtsarbeit zu Hause fortsetzen. Wir wünschen uns, dass der bzw. die Ministerpräsident*in des Landes Hessen die Schirmherrschaft über diese Stiftung übernimmt.

Häuser des Jugendrechts

Im Bereich des Jugendstrafrechts stehen für uns der Erziehungsgedanke und die Prävention im Mittelpunkt. Die eingerichteten Häuser des Jugendrechts in Frankfurt und Wiesbaden sind ein Erfolgsmodell. Diese Häuser helfen durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und Fachstaatsanwaltschaft gerade in Problembezirken schon im Vorfeld von Gerichtsverhandlungen, viele Probleme auszuräumen. Die Jugendlichen erhalten außerdem Hilfsangebote, um Wiederholungstaten möglichst zu vermeiden. Weitere Häuser in Hanau und Offenbach sowie „virtuelle Häuser des Jugendrechts“ als Pilotprojekt sind schon geplant, um die Vernetzung von Polizei, Jugendhilfe und Staatsanwaltschaft auch ohne eigenes Gebäude zu ermöglichen und so zum Beispiel auch den ländlichen Raum abzudecken. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen und hier einen starken Fokus auf Präventionsarbeit legen.

Rahmenbedingungen für eine unabhängige und leistungsfähige Justiz verbessern

Die Justiz muss so ausgestattet und organisiert sein, dass alle die Gewissheit haben, in angemessener Zeit Zugang zu ihren Institutionen erhalten zu können. Wir wollen die Ausstattung weiter verbessern. Die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte bringt hier viele Chancen mit sich und ist bereits fortgeschritten. Da solche Veränderungen aber immer auch organisatorische Herausforderungen und Umwälzungen bedeuten, wollen wir die Justiz dabei unterstützen, diesen Weg erfolgreich und ohne Rückzug in der Fläche umzusetzen, damit er auch tatsächlich zu ihrer Entlastung beiträgt. Dazu gehören auch Fortbildungen. Die IT-Sicherheit und die Belange des Datenschutzes sind dabei zu achten. Die Leistungsfähigkeit der Justiz geht bis hinunter zur ehrenamtlichen Schöff*innenarbeit, die einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leistet. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit wollen wir werben.

Bürgernahe Justiz

Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation offenstehen. Daher wollen wir uns für eine Evaluierung der Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe auf Bundesebene einsetzen und die Ausweitung von Mediationsverfahren prüfen. Die richterliche und nicht-richterliche sowie die außergerichtliche Streitbeilegung wollen wir stärken.

Den steigenden Anforderungen an Richter und Justiz begegnen

Die Justiz sieht sich mit steigenden Herausforderungen konfrontiert. Den Personalbedarf und das Dienstrecht werden wir weiter kontinuierlich überprüfen und ggf. entsprechend anpassen, insbesondere bei der Anzahl befristeter Arbeitsplätze. Die Referendariatsausbildung und die Fortbildungsangebote für Justizangehörige wollen wir entsprechend der vielfältigen neuen Herausforderungen weiterentwickeln und verbessern. Zu Letzterem gehört auch die gezielte Stärkung interkultureller Kompetenzen aller Beschäftigten. Außerdem wollen wir Angebote der Supervision, des Mentorings für Berufsanfänger*innen des Gesundheitsmanagements auch im Justizbereich stärken. Wir setzen uns für die Justiz als familienfreundlichen Arbeitgeber sowie die Möglichkeit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Richter*innen über die Altersgrenze hinaus für diejenigen ein, die das möchten. Zur Förderung der Selbstverwaltung der Justiz haben wir zur Erhöhung von Transparenz und Akzeptanz von Beförderungsentscheidungen ein Beteiligungsrecht des Richterwahlausschusses eingeführt, das wir auf weitere Beförderungspositionen ausweiten wollen. Zugleich wollen wir das Anforderungsprofil für Ernennungen von Behördenleitungen schärfen. Die Relevanz von Straftatbeständen im Bereich der Kleinkriminalität wie bei Cannabis-Eigenverbrauch oder Schwarzfahren wollen wir überprüfen.

Resozialisierung

Damit die Resozialisierung der Häftlinge gelingt, wollen wir uns für eine bessere Vernetzung zwischen Strafvollzug und kommunalen Hilfsangeboten einsetzen. Ambulante Angebote für straffällige Jugendliche sollen ausgebaut und die Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden. Anti-Aggressivitätstrainings von Gefangenen wollen wir ausbauen. Alternativen zum geschlossenen Strafvollzug, die hinsichtlich der Entwicklung Straffälliger mehr Wirkung

versprechen, wollen wir stärken. Die Möglichkeit, eine Haft- oder Geldstrafe durch das Ableisten von gemeinnütziger Arbeit abzuwenden, halten wir insbesondere bei Bagatelldelikten für sinnvoll und wollen wir ausbauen. Wir werden den Strafvollzug insgesamt im Sinne einer Senkung der Rückfallquote weiter modernisieren, humanisieren und den offenen Vollzug stärken. Zur Evaluierung des Bedarfs und der Ansatzpunkte wollen wir eine Expertenkommission nach dem Vorbild Baden-Württembergs einsetzen. Projekte für Kinder inhaftierter Personen wollen wir unterstützen.

Verantwortung für Personal stärken

Der Strafvollzug ist ein herausforderndes Arbeitsfeld. Deswegen wollen wir ein Konzept zur Gesundheitsförderung sowie zur Verminderung des Krankenstandes bei den Vollzugsbeamten entwickeln.

Gesundheit in JVs sicherstellen

Wir wollen für alle in hessischen Justizvollzugsanstalten inhaftierten Drogenkonsument*innen den Zugang zur Substitutionstherapie ermöglichen. Zur Verringerung der Infektionsrisiken insbesondere mit HCV und HIV wollen wir in allen Haftanstalten Safer-Use- und Safer-Sex-Programme einrichten. Drogenkonsument*innen mit einer HIV- oder Hepatitis-C-Infektion soll innerhalb wie außerhalb der Haftanstalt der gleiche Zugang zu den modernen hochwirksamen Behandlungen dieser ernstesten Erkrankungen ermöglicht werden.

Energetische Modernisierung der Gebäude

Die hessischen Strafvollzugsanstalten sind rund um die Uhr im Betrieb, deswegen müssen wir gerade hier die Energieeffizienz der Gebäude in den Blick nehmen. Um bei den Maßnahmen schneller voranzukommen, sollen die Gebäude ebenfalls in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes aufgenommen werden.

Wirtschaft und Mobilität: Den sozial-ökologischen Aufbruch fortsetzen

Wir GRÜNE wollen eine Wirtschaftspolitik, die auf die realen Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet und mit dem Umweltschutz in Einklang gebracht ist. GRÜNE Wirtschaftspolitik erzeugt Wertschöpfung im eigentlichen Sinne statt sich einseitig am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu orientieren. Wir wollen zum Nutzen aller wirtschaften und dabei unsere Lebensgrundlagen erhalten, indem wir Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln. Unsere Wirtschaftspolitik verschafft Unternehmen bestmögliche Rahmenbedingungen, um sich die neuen Märkte der Ressourceneffizienz und der Erneuerbaren Energien zu erschließen und so unternehmerische Entscheidungen im Sinne der gesamten Gesellschaft und der Umwelt treffen zu können.

GRÜNE Mobilitätspolitik schont das Klima, vereint die verschiedenen Verkehrssysteme und vermeidet unnötigen Verkehr. Mobilität hat eine Schlüsselfunktion für soziale Teilhabe – gleichzeitig bringt sie Gesundheitsbelastungen und Einschränkungen der Lebensqualität mit sich. Nach der Energiewende ist deshalb die Verkehrswende der nächste notwendige Schritt.

Seitdem wir Hessen wieder mitregieren, haben wir die Richtung der hessischen Wirtschafts- und Verkehrspolitik geändert. Der hessischen Wirtschaft geht es dabei so gut wie lange nicht. Hessens wirtschaftliche Entwicklung hat endlich wieder den Anschluss zu unseren Nachbarbundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz gefunden. Die Arbeitslosenquote liegt auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Die Chancen der Digitalisierung werden genutzt, ohne ihre Herausforderungen auszublenden. Wir haben den Einstieg in die Verkehrswende begonnen, die Attraktivität ökologischer Transportmittel gesteigert, dabei geholfen Verkehr zu vermeiden und den Lärmschutz verbessert. Die Digitalisierung und Vernetzung von Mobilität sind dafür wichtige Schlüssel. Das Prinzip „Sanierung vor Neubau“ sorgt dafür, dass das gesellschaftliche Vermögen nicht noch weiter verfällt. Die Stärke der Ballungszentren erhalten und bauen wir aus, den ländlichen Raum entwickeln wir weiter.

Das grün geführte Wirtschafts- und Verkehrsministerium hat wichtige Weichen für die Zukunft gestellt, es gibt aber noch viel zu tun, um weiterhin innovativ, verbraucherorientiert und nachhaltig zu wirtschaften und mobil zu sein.

Mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben

Den kleinen und mittleren Unternehmen mit ihrer hohen Bedeutung für Beschäftigung und Ausbildung, Versorgung, Innovationen und Wirtschaftsleistung gilt unser besonderes Augenmerk. Die traditionell starken hessischen Branchen wie den Finanzsektor oder die Chemie- und Pharmaindustrie unterstützen wir bei den notwendigen Umstrukturierungen, damit sie künftig stärker Mensch und Umwelt dienen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig erhalten können. Innovative Zukunftsbranchen wie Erneuerbare Energien, Kreativwirtschaft, Fintechs und Cybersicherheit haben wir endlich angemessen in den Blick genommen. Die Förderangebote des Landes haben wir so überarbeitet und ausgeweitet, dass Gründer*innen leichter Zugang zu mehr Kapital erhalten. Das Gründerzentrum TechQuartier in Frankfurt, das wir gemeinsam mit etablierten Unternehmen am Finanzmarkt aus der Taufe gehoben haben, steht beispielhaft für diese Entwicklung.

Durch unser Hessisches Vergabe- und Tarifreuegesetz haben wir alle Unternehmen und ihre Subunternehmen, die in Hessen öffentliche Aufträge erhalten wollen, verpflichtet, die Tarifbedingungen ihrer Branche einzuhalten. Das Land berücksichtigt ökologische und soziale Kriterien bei seinen Auftragsvergaben, die Kommunen können sie zum Teil ihrer Ausschreibungen machen. Gleichzeitig haben wir die Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte verbessert, indem das Land eine zusätzliche Stelle für die Beratungsstelle „Faire Mobilität“ des DGB finanziert. Wir wollen, dass die Arbeitnehmer*innen an der bestehenden wirtschaftlichen Prosperität stärker beteiligt werden.

Die Förderung von Zukunftsbranchen wie der Kreativwirtschaft haben wir verdoppelt. Damit flächendeckend schnelles Internet auch in Hessen endlich Realität wird, haben wir den Kommunen ermöglicht, sich wirtschaftlich im Breitbandausbau zu engagieren und erstmals direkte Landeszuschüsse gewährt. So wird Hessen bis Ende 2018 flächendeckend mit mindestens 50Mbit/s versorgt sein. Die vielfältigen Veränderungen, die die Digitalisierung

in allen Bereichen des Alltags- und Arbeitslebens mit sich bringt, begleiten wir z.B. durch die Förderung von Transformationsprozessen in Unternehmen, Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher*innen und Forschung im Bereich der Cybersicherheit.

Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln

Die Überhitzung des Planeten und die Ressourcenverknappung erfordern den schnellen ökologischen Umbau der Produktions-, Verkehrs- und Energiesysteme. Ressourceneffizienz ist eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts, um den Sprung in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft zu schaffen. Wir werden optimale Bedingungen für hessische Unternehmen schaffen, die Ressourceneffizienz und Leistungsfähigkeit verbinden und für qualitatives Wachstum sorgen: im Export, bei der Wertschöpfung und den Arbeitsplätzen. Die Optimierung von Herstellungsprozessen von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling unter Nutzung digitaler Steuerungsmöglichkeiten ist dafür ein wichtiger Baustein.

Wir wollen die Recyclingquote für wichtige Rohstoffe der hessischen Industrie schrittweise erhöhen. Aber gerade grüne Wirtschaftspolitik muss sich die Frage nach dem richtigen Maß stellen: Unternehmen sind in der Pflicht, Produkte langlebig zu konstruieren. Einer geplanten „Kaputt-Strategie“ von Herstellern und einer kürzeren Lebensdauer von Produkten muss entgegengewirkt werden. Damit ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Aspekte des Wirtschaftens gleichberechtigt und transparent bewertbar sind, wollen wir hessische Unternehmen dabei unterstützen, ergänzend zu ihren konventionellen Bilanzen Gemeinwohl-Bilanzen zu erstellen und so Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unternehmerischen Handelns sichtbar zu machen. Landeseigene Betriebe sowie Unternehmen, auf die das Land als Anteilseigner Einfluss nehmen kann, sollten dabei vorangehen und ihre Geschäftspolitik noch stärker nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten ausrichten. Wir wollen eine Plattform „Nachhaltiges Wirtschaften“ etablieren, die sich an die speziellen Anforderungen kleiner und mittlerer Unternehmen richtet. Ein Pilotprojekt „Nachhaltigkeitsberichterstattung in KMU“ unterstützt diese bei der Darstellung ihrer Nachhaltigkeitsleistungen.

Umsetzung globaler Nachhaltigkeitsziele

Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Agenda 2030 durch die UN-Vollversammlung im September 2015 erhielt die Nachhaltigkeitspolitik neue Impulse. In der Diskussion mit der Zivilgesellschaft wurden neue Indikatoren für die hessische Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, die sich daran orientieren. Diese sollen weiterentwickelt und künftige Politik daran gemessen werden.

Regionale Wirtschaft fördern

Unser Ziel ist es, regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten weiter zu stärken und zu entwickeln. Handwerk und Mittelstand stellen einen Großteil aller hessischen Unternehmen und aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. Circa 20 Prozent der Auszubildenden im Handwerk haben einen Migrationshintergrund. Gleichzeitig liefert das Handwerk einen zentralen Beitrag dazu, dass wir ressourcenschonender leben und arbeiten können. Wir wollen mittelständische Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, indem wir bürokratische Hürden abbauen (z.B. durch E-Government). Bei der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung und beim digitalen Wandel wollen wir sie stärken. Die entsprechenden Förder- und Beratungsangebote werden wir fortführen und bei Bedarf ergänzen. Die Versorgung der Metropolen aus der Region wollen wir mit umweltgerechten und digitalen Vertriebs-, Logistik- und Produktionsprozessen unterstützen. Wir wollen z. B. Genossenschaften als regionale Akteure gerade im ländlichen Raum fördern und das Handwerk als wichtigen Partner bei der Energiewende und auf dem Weg zu mehr Ressourceneffizienz stärken. Ökologisch ausgerichtete Industrieparks und besonders ressourceneffiziente Gewerbegebiete sind wichtige Bausteine zur Stärkung der regionalen Wirtschaft; ihre Entwicklung wollen wir unterstützen. Unser Ziel ist es, die Flächeninanspruchnahme zu drosseln und langfristig keine zusätzlichen Flächen zu verbrauchen.

Mit der Industrie als Partner zum Innovationsland

Hessische Unternehmen aller Branchen sind bereits heute wichtige Antreiber des Strukturwandels und der langfristigen nachhaltigen Transformation unseres Wirtschaftssystems. Wir wollen Hessen zu einer der modernsten Industrieregionen Europas machen. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir u.a. die hessische Industrie dabei unterstützen, die Ressourceneffizienz zu steigern, ihre Vernetzung voranzutreiben, dem Fachkräftemangel durch gute

Bildungsangebote entgegenzuwirken und den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu gewährleisten. Insbesondere mittelständische und kleinere Unternehmen wollen wir auch weiterhin bei der schrittweisen Migration in Richtung Industrie 4.0 unterstützen. Hierbei wird der Fokus sowohl auf dem bedarfsgerechten Breitbandausbau und der Unterstützung innovativer Forschungsprojekte als auch auf dem Thema Datensicherheit liegen.

Um die ökologischen Ziele Hessens zu erreichen, ist der Beitrag der Industrie mitentscheidend. Die Digitalisierung bietet dazu große Chancen. Gleichzeitig wollen wir – wo es sinnvoll möglich ist – Unternehmen entlasten. Auch die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Herausforderungen durch die Megatrends Elektrifizierung, Vernetzung, autonomes Fahren und geteilte Nutzung (z.B. Carsharing). Sie hat für Hessen auch durch zahlreiche Zulieferer besondere Bedeutung.

Raumfahrtstandort Hessen ausbauen und Klimaforschung stärken

Mit dem europäischen Satellitenkontrollzentrum ESOC und dem europäischen Wettersatellitenbetreiber EUMETSAT in Darmstadt gehört Hessen zu den bedeutendsten europäischen Raumfahrtstandorten. Die Weiterentwicklung dieses Standortes wollen wir aktiv begleiten und auf eine bestmögliche Vernetzung der verschiedenen Akteure hinwirken. Neben der Unterstützung für das Centrum für Satellitennavigation Hessen (cesah) und das Business Incubation Center der ESA wollen wir Hessen auch als attraktiven Standort für satellitengestützte Klima- und Umweltforschung etablieren.

Digitalisierung muss den Menschen dienen

Die Digitalisierung verändert die Wirtschafts- und Arbeitswelt in rasantem Tempo und befördert Individualisierung. Produkte und Dienstleistungen werden immer stärker auf die persönlichen Bedürfnisse der Kund*innen zugeschnitten. Gleichzeitig ermöglicht die Digitalisierung, die Produktionseffizienz zu steigern. Um als Unternehmen aus diesen Veränderungsprozessen gestärkt hervorzugehen, darf aber nicht nur die Profitmaximierung, sondern muss gleichzeitig der soziale und ökologische Mehrwert im Zentrum stehen. Diese Veränderung bisheriger Geschäftsmodelle darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden; der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Den Schutz der Persönlichkeitsrechte – gerade auch der Mitarbeiter*innen – haben wir daher besonders im Blick. Datenschutzziele

sollten deshalb bereits in der Entwicklung von Technologien durch Auditierungssysteme verankert werden. Wichtige hessische Branchen wie die Finanzwirtschaft (FinTechs), die Informationstechnologie (Green IT), die Kreativwirtschaft, kleine und mittlere Unternehmen und die öffentliche Verwaltung wollen wir deshalb mit passgenauen Branchenstrategien besonders fördern und die Versorgung mit leistungsstarken Breitbandverbindungen weiter vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir besonders junge und digitale Unternehmen dieser Wachstumsbranchen dabei unterstützen, ihre innovativen Angebote in den Zukunfts- und Schlüsseltechnologien international zu präsentieren und zu vermarkten. Bei digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen im Auftrag der öffentlichen Hand streben wir freie und offene Standards und Lizenzen an. Wir wollen auch die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit von Freifunkinitiativen prüfen und die Nutzung quelloffener Software für freie Netze in Bürgerhand fördern.

Möglichkeiten der digitalen Wertschöpfung stärken und Potenziale der Sharing-Economy nutzen

Durch Internet und Smartphones werden Güter und Dienstleistungen handelbar, deren Austausch früher niemand in Erwägung gezogen hat. Eine nachhaltige und innovative Rolle kommt dabei der Sharing-Economy zu (z. B. Carsharing, Flohmarkt-Apps oder Reparatur-Cafés). Damit hilft sie, unsere knappen Ressourcen zu schonen. Zur Entwicklung solcher innovativer Geschäftsideen spielen Austausch und Kreativität eine wichtige Rolle. Deshalb wollen wir Co-Working- und Maker-Spaces weiter stärken und stehen digitalen Geschäftsmodellen des Teilens offen gegenüber. Zur Unterstützung von Digitalisierungsmaßnahmen haben wir mit dem Digi-Zuschuss bereits eine wichtige Grundlage zur Förderung von KMUs geschaffen. Neben digitalen Geschäftsprozessen in Unternehmen findet Wertschöpfung immer stärker auf digitalen Plattformen statt. In diesem Prozess wollen wir Unternehmen dabei unterstützen, ihre Wertschöpfungspotenziale voll auszunutzen und neue Ideen schnell umzusetzen. Wir wollen die neu eingeführte Förderung der Gameswirtschaft im Dialog mit der Branche weiterentwickeln (Konzept- und Prototypenförderung, Produktions- und Vertriebsförderung), um den Entwicklungsstandort Hessen zu stärken, die Leistungsfähigkeit seiner Entwicklungs- und Produktionswirtschaft zu erhöhen, eine vielfältige Kulturlandschaft zu gewährleisten und Innovationen zu unterstützen.

Mehr echte Wertschöpfung durch gute Arbeit

Das vielfältige und diversifizierte Wissen der Menschen ist die wichtigste Ressource. Deshalb wollen wir jedem Menschen ermöglichen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben. Der sinkenden Zahl von Flächentarifverträgen wollen wir entgegenwirken und die Sozialpartner dabei unterstützen, ihre Zahl als wichtiges Instrument der sozialen Marktwirtschaft wieder zu steigern. Das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) wollen wir wie vereinbart evaluieren und dabei insbesondere die weiterhin hohen hessischen Vergabegrenzen, die Wirksamkeit der Tariftreuregelungen und deren Kontrollmöglichkeiten sowie die auf Nachhaltigkeit bezogenen Bestimmungen des HVTG weiterentwickeln. Bei gewichtigen Verletzungen sollen Wirtschaftsunternehmen, die selbst oder durch ihre Zulieferer gegen soziale und ökologische Standards verstoßen, in Hessen von öffentlichen Ausschreibungen und Förderungen ausgeschlossen werden können.

Die Transparenz von Vergaben soll verbessert werden, indem in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) zusätzliche Daten zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bereitgestellt werden. Landeseigene Unternehmen sowie Unternehmen, auf die das Land Einfluss nehmen kann, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Möglichkeiten zu flexiblen Arbeitszeitmodellen und der Vereinbarkeit von Familie (einschl. Pflege), Beruf und ehrenamtlichem Engagement eröffnen. Um dem sich verschärfenden Fachkräftemangel besonders in wichtigen Feldern wie Erziehung, Pflege, Maschinenbau, Chemie und Ingenieurwesen entgegenzuwirken, muss in die Aus- und Weiterbildung investiert, aber auch Zuwanderung als Chance begriffen werden. Zu uns eingewanderte oder geflüchtete Menschen in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren, ist eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft. Gleichzeitig fördern wir die Berufstätigkeit und Entwicklungsperspektiven von Frauen, indem wir Unternehmerinnen und die Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände unterstützen und die gerechte Bezahlung von Frauen und Männern vorantreiben. Der Lohnatlas Hessen ist dazu ein wichtiger erster Schritt.

Es ist wichtig, der Gesellschaft einen Tag der Woche zum Innehalten zu ermöglichen. Deshalb wollen wir das Hessische Ladenöffnungsgesetz unter Wahrung des Schutzes von Sonn- und Feiertagen anpassen und so dem Einzelhandel, den Beschäftigten und den Kommunen zur Rechtssicherheit verhelfen. Das Grundgesetz ermöglicht den Kirchen ein

eigenes Arbeitsrecht. Im Dialog mit den Kirchen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Aushandlung der Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Vertretung der Arbeitnehmer*inneninteressen in kirchlichen Einrichtungen stärker an die außerhalb von kirchlichen Einrichtungen geltenden Rahmenbedingungen angeglichen werden. Bei öffentlichen Vergaben werden wir darauf achten, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs bezüglich der Begrenzung des eigenen kirchlichen Arbeitsrechts auf den Bereich der religiösen Verkündung umgesetzt wird.

Um das Arbeiten im ländlichen Raum attraktiver zu gestalten, wollen wir die Voraussetzungen für Homeoffice verbessern, Patenschaften für die Vermarktung hessischer Produkte fördern, orts- und hofnahe Verarbeitungsbetriebe unterstützen und Programme zur Förderung der Existenzgründung durch Frauen auflegen. Als Land Hessen müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen, weshalb wir Verwaltungsstellen in den ländlichen Raum verlagern wollen.

Den Mut zur Gründung belohnen

Wir haben Hessen zum Gründerland Nummer 1 unter den Flächenländern gemacht, indem wir das Klima für Gründer*innen in den letzten Jahren deutlich verbessert und die Beratung, Vernetzung und Kreditvergabe ausgebaut haben. Daran wollen wir anknüpfen: Auch weiterhin darf die Umsetzung guter Ideen nicht daran scheitern, dass kein Gründungskapital zur Verfügung steht. Wissenschaftler*innen wollen wir darin bestärken, den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Unternehmen umzusetzen. Zur noch stärkeren Unterstützung von Unternehmensgründungen wollen wir Gründungsberatungsgutscheine einführen, das Unternehmertum aus den Hochschulen heraus stärken, ein einheitliches digitales Verwaltungsportal zur Abwicklung von Unternehmensgründungen (one-stop-shop) schaffen, Kleinstunternehmen auch nach der Gründungsphase sozial absichern, eine Meistergründungsprämie für Handwerker*innen einführen und weiterhin Risikokapital des Landes über die WI-Bank zur Verfügung stellen. Der auch in Hessen verbreiteten „Angst vor dem Scheitern“ – und damit auch dem Gründen – wollen wir entgegenwirken. Wir werden die Umsetzung des vom TechQuartier erarbeiteten Masterplans für die Start-up-Region FrankfurtRheinMain unterstützen und ihn um eigene landespolitische Maßnahmen ergänzen. Hier stehen für uns die Talentaktivierung an den Hochschulen, die Vernetzung der Akteure sowie die Weiterentwicklung der öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Darüber hinaus kann die Landesregierung eine wichtige Rolle beim nationalen und internationalen Standortmarketing für das Gründerland Hessen übernehmen.

Um besonders Frauen zur Gründung zu ermutigen, werden wir im Rahmen eines Businessplanwettbewerbs oder eines Gründerpreises explizit eine Kategorie für Frauen schaffen.

Vorreiter für nachhaltige Finanzierungsmodelle

Nachhaltigkeit ist eine wichtige Prämisse der Weltwirtschaft. Öffentliche und private Investitionen wollen wir aus Hessen heraus weiter vorantreiben und so zur Dekarbonisierung der Wirtschaft beitragen. Der Finanzplatz Frankfurt mit seinem Green Finance Cluster kann dazu vorgehen und gezielt Investitionen unterstützen, die Umwelt und Gesellschaft zugutekommen. Wir wollen ihn zu einem Zentrum für nachhaltige Finanzprodukte entwickeln und gemeinsam mit den in Frankfurt ansässigen Instituten und der Bankenaufsicht eine unabhängige Zertifizierungsstelle für nachhaltige Finanzprodukte schaffen.

Wertegeleitete Außenwirtschaftspolitik

Ein international so verflochtenes Land wie Hessen benötigt eine wertengeleitete Außenwirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeitsstrategie, die wir gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Kräften kontinuierlich weiterentwickeln wollen. Die finanzielle Förderung des Entwicklungspolitischen Netzwerks Hessen (EPN) und die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes werden wir ausweiten. In internationalen Handelsabkommen müssen faire Arbeitsbedingungen und hohe Umweltstandards garantiert sowie eine ausgeglichene Leistungsbilanz angestrebt werden, damit Schwellen- und Entwicklungsländer nicht durch Wettbewerbsnachteile marginalisiert werden und der freie Handel tatsächlich für Wohlstand und Entwicklung sorgen kann.

Die Intransparenz sowohl der TTIP- als auch der CETA- und TiSA-Verhandlungen hat zu Misstrauen und damit auch zu einer Schwächung der Europäischen Union geführt. Gerade jetzt ist ein klares Eintreten für die europäische Einigung, für Europa und seine Werte und Ziele und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union äußerst wichtig. Dazu zählt auch das Bekenntnis zum fairen und freien Handel – sowohl innergemeinschaftlich als auch mit den Regionen und Staaten außerhalb der EU. Vor diesem Hintergrund ist eine transparente Diskussion und Abwägung der Chancen und Risiken von CETA sowie aller weiteren Handelsabkommen erforderlich. Mit der Unterzeichnung des CETA-Abkommens am 21. September 2017 ist ein Großteil der verhandelten Regelungen bereits in Kraft getreten. Für ein

vollständiges Inkrafttreten bedarf es noch der Ratifizierung des Abkommens durch alle europäischen Mitgliedsstaaten und damit eines Verhandlungstextes, der trotz der von beiden Vertragsparteien akzeptierten Zusatzvereinbarungen nicht geändert wurde und weiterhin einige umstrittene Punkte enthält. Wir treten dafür ein, dass der Abbau von Zöllen und sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnissen nicht mit Senkungen von Standards in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz, Datenschutz und Tierschutz sowie von Arbeitnehmerrechten einhergeht. Das Recht zur Regelung der kommunalen Daseinsvorsorge darf nicht infrage gestellt werden. Ebenso muss das Subsidiaritätsprinzip gewahrt werden. Das Recht zu einer Verbesserung von Regulierungen und zur Anhebung von Standards muss weiter auf der europäischen Ebene, bei den nationalen Parlamenten und Regierungen liegen. Für uns ist die Prüfung der Vereinbarkeit des Vertrags und insbesondere der Investitionsschutzregeln mit dem europäischen und deutschen Recht durch den Europäischen Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht sehr wichtig. Solange dies nicht abschließend geklärt ist, kann die Hessische Landesregierung dem Abkommen mit Kanada nach Auffassung der hessischen GRÜNEN keine Zustimmung erteilen.

Die Zusammenarbeit von (Grundlagen-)Forschung und Industrie wollen wir weiter unterstützen und Hessen zum Vorbild für die Entwicklung von Therapien für armutsassoziierte vernachlässigte Erkrankungen machen.

Fairer Handel kann einen Beitrag zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDG) in den Ländern des Globalen Südens leisten. Über Qualifizierung bei öffentlichen Auftraggebern und deren direkten Lieferanten, der Erstellung und Pflege von Positivlisten in Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen und Hochschulen, Unterstützung von Zertifizierungen sowie durch Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll ein Beitrag dazu geleistet werden, dass humane Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsweisen im In- und Ausland die Regel werden. Wir wollen, dass sich weitere Kommunen als Fair Trade-Städte qualifizieren; das Engagement bereits ausgezeichneter Kommunen und Kreise soll unterstützt werden.

Tourismusland Hessen

Insbesondere die Städte konnten in den vergangenen Jahren eine steigende Zahl touristischer Besucher verzeichnen. Damit auch die ländlichen Regionen stärker davon profitieren können, werden wir verstärkt Maßnahmen fördern, die einen möglichst großen strukturellen und nachhaltigen Nutzen stiften. Ein gutes Beispiel dafür ist der Radtourismus.

Die hessischen Radfernwege wollen wir gemeinsam mit den Kommunen weiter verbessern und sie als ADFC-Qualitätsrouten zertifizieren lassen. Dies fördert nachhaltigen Tourismus, spielt aber auch im Alltagsverkehr eine zunehmende Rolle. Ab 2019 soll der Hessische Tourismuspreis zweijährlich Projekte und Unternehmen in einer neuen Kategorie „Nachhaltigkeit“ prämiieren.

Alternativer Wohlstandsindex

Was die Wirtschaft wachsen lässt, verbessert nicht immer auch das Leben der Menschen. Das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für den Wohlstand eines Landes ist deshalb allein untauglich. Wir wollen deshalb untersuchen, welche alternativen Wohlstandsmessungen, in denen neben Wirtschaftskraft auch Wohlstand, Lebensqualität, Zufriedenheit und ökologischer Fußabdruck widergespiegelt werden, für Hessen anwendbar sind.

Mobilität im 21. Jahrhundert: Intelligente, vernetzte Verkehrsmittel

Seitdem wir GRÜNE mitregieren, haben wir unseren alle Verkehrsmittel umfassenden Ansatz als Leitlinie festgelegt und das Prinzip „Sanierung vor Neubau“ verankert, statt Straßeninfrastruktur zulasten des Zustands vieler bestehender Verkehrswege immer weiter auszubauen. Mit dem Mobilitätsfördergesetz stehen ab 2019 mindestens 100 Millionen Euro für die Kommunen bereit, um Verkehrsprojekte zu realisieren. Die von uns ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität sorgt für die Vernetzung von Kommunen, Verbänden, Hochschulen, Wirtschaft und Verkehrsverbänden beim Thema Rad- und Fußverkehr. Die Förderung des Radverkehrs ist eine der schnellsten und effektivsten Maßnahmen, um den Autoverkehr zu reduzieren und den Klimaschutz in den Städten zu verbessern.

Die neue Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und den drei hessischen Verkehrsverbänden sichert durch eine Steigerung um 24 Prozent die Qualität des Nahverkehrs und ermöglicht es, die Angebote weiter auszubauen. Wir wollen den Kommunen Beratungsmöglichkeiten bis zur planerischen Unterstützung anbieten. Wir fördern außerdem mehr Klimafreundlichkeit der Nahverkehrsmittel z. B. durch die Einführung emissionsfreier Busse

oder Bahnen. Endlich kommt auch der Ausbau der Schieneninfrastruktur in Hessen voran: Um die Kapazität des belasteten S-Bahn-Netzes im Rhein-Main-Gebiet zu steigern, sorgen wir für den Bau der nordmainischen S-Bahn, den Ausbau nach Bad Vilbel bzw. Friedberg und die Regionaltangente West. Perspektivisch wollen wir den zweigleisigen Lückenschluss der S-Bahn nach Darmstadt vorbereiten. Mit der Reaktivierung der Kurhessenbahn wurde ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität auch in der Fläche im ländlichen Raum geschaffen. Die Einführung des landesweit gültigen Schülertickets für 365 Euro im Jahr für alle Schüler*innen, Auszubildende und Bundesfreiwilligendienstleistende ist ein echter Meilenstein für den umweltfreundlichen Verkehr. Das Jobticket, das es den rund 135.000 Beschäftigten des Landes als Teil der Tarifeinigung erlaubt, den ÖPNV in ganz Hessen zu nutzen, trägt ebenso dazu bei, den Individualverkehr zu reduzieren.

Auch bietet das Land Hessen in einem bundesweit einzigartigen Modell Carsharing-Stellplätze an und berät Unternehmen bei ihrem Mobilitätsmanagement. Der Förderung der Elektromobilität haben wir uns bereits früh gewidmet und u.a. eines der ersten Förderprogramme für Elektrobusse aufgelegt.

Die eingeschlagene Richtung stimmt – für eine dauerhafte Wirkung muss dieser Weg konsequent fortgesetzt werden.

Schienenverkehr weiter stärken

Die steigenden Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen sind ein erfreuliches Zeichen. Damit sich dieser Trend fortsetzt, muss die Schieneninfrastruktur – sowohl in den urbanen Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum – als Rückgrat der Mobilität weiter ausgebaut werden. Insbesondere im ländlichen Raum sollte die Anzahl der Verbindungen besonders am Wochenende verdichtet werden, um die Attraktivität zu steigern. Dafür ist es nötig, dass die angestoßenen Investitionen fortgeführt und das Netz des Schienengüterverkehrs ausgebaut werden. Zur Verbesserung der Situation in der Metropolregion ist eine Schienen-Ringverbindung um Frankfurt notwendig, die das Nadelöhr S-Bahn-Tunnel entlastet. Neben die Regionaltangente West soll deshalb eine Tangente im Osten des Rhein-Main-Gebiets treten. Um die Zeit bis zur Realisierung der Schienenprojekte zu überbrücken, sollen tangentielle Busverbindungen als Überbrückungsangebot verstärkt werden. In den Städten wird die Umstellung hochbelasteter Buslinien auf den attraktiveren Straßenbahnbetrieb unterstützt, was sich z. B. in Kassel bereits bewährt hat. Mit

der Reaktivierung potenzialstarker Schienenstrecken wie der Lumda-, der Horloff- oder der Aartalbahn – sowie der Herkulesbahn für touristische Zwecke – wollen wir die Mobilität auch im ländlichen Raum verbessern, wenn die betroffenen Kommunen mitziehen. Die Elektrifizierung von Bahnstrecken wollen wir insbesondere dort vorantreiben, wo sie eine Lücke zwischen elektrifizierten Netzen schließt. Eine systematische Untersuchung der Verkehre in den Ballungsräumen Hessens soll durchgeführt werden, um ein Stadtbahn-/Bussystem städteübergreifend zu installieren. Möglichst viel Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, bleibt ein wichtiges Ziel. Mit dem Gleisanschlussprogramm haben wir den Anreiz für Firmen erhöht, gleichzeitig wollen wir weiter dafür sorgen, dass der Lärmschutz steigt. Im Rheintal engagieren wir uns bereits mit Landesmitteln. Für den Lieferverkehr auf der „letzten Meile“ wollen wir innovative Konzepte wie z.B. Mikrodepots und Lastenräder fördern. Um die Attraktivität des Schienenverkehrs weiter zu steigern, sollen der ÖPNV konsequent auf die Erfordernisse eines Integralen Taktfahrplans ausgelegt und der mobilitätsgerechte, fahrgastfreundliche Ausbau aller Bahnstationen rasch vorangetrieben werden.

Verkehrssituation in den Kommunen verbessern

Wir wollen die Kommunen weiter dabei unterstützen, für ihre Gebiete Mobilitätspläne zu erstellen, um die Verkehrssituation und damit auch die Luftqualität zu verbessern. Mobilitätsstationen wie sie bspw. Offenbach geschaffen hat, erleichtern den Wechsel der Verkehrsmittel insbesondere auch für mobilitätseingeschränkte Personen. Carsharing-Konzepte erfreuen sich wachsender Beliebtheit auch im ländlichen Raum. Wir wollen deshalb Bürgerbusse, Kombibusse, Bürgerradwege und ähnliche innovative Ideen weiter stärken. Projekte wie „Mobilfalt“ oder „Garantiert Mobil“, die von den Verkehrsverbänden vorangetrieben werden und den privaten Individualverkehr in den Fahrplan integrieren, zeigen die Richtung auf.

Zu klimafreundlichem Verkehr im ländlichen Raum als Verbindung in die Ballungsräume gehören auch schlüssige Park & Ride-Systeme. Die stetig wachsende Zahl an Bürgerbussen müssen wir künftig mit dem Linientakt des ÖPNV verknüpfen, um vorhandene Lücken zu schließen, und Bahnhöfe in ländlichen Regionen, die in der Vergangenheit lange vernachlässigt wurden, müssen erhalten, saniert und barrierefrei ausgebaut werden. Wir setzen uns für mehr kommunale Freiheit bei der Umsetzung der Straßenverkehrsordnung ein und schaffen die Möglichkeit, dass bei Neu-

oder Umbau von Straßen die Sicherheit, Barrierefreiheit und ungehinderte Mobilität von Kindern, Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und Nutzer*innen des ÖPNV Priorität vor den Geschwindigkeitsansprüchen des Autoverkehrs genießen. An Verkehrsschauen sind künftig verpflichtend die Verbände des Fuß- und Radverkehrs zu beteiligen. Bei Uneinigkeit in Sicherheitsfragen bei Verkehrsschauen werden Verkehrssicherheitsaudits durchgeführt. Das Land soll für seine Standorte ein verkehrsträgerübergreifendes Mobilitätsmanagement organisieren, um zu zeigen, wie sich Wege zur Arbeit beschleunigen und gleichzeitig Kosten, Stellplätze und CO2 einsparen lassen. Das im Rahmen der Tarifeinigung eingeführte Jobticket ist dafür eine gute Grundlage. Damit Bus und Bahn in Stadt und Land eine Alternative zum eigenen PKW werden, brauchen wir einen Fahrplan rund um die Uhr sowie vernetzte Mobilität, die uns zwischen eigenem PKW und Fahrrad, Leihangeboten und öffentlichem Personenverkehr bequem wechseln lässt.

Landesstraßen sanieren, Straßenlärm und Geschwindigkeit reduzieren

Das Prinzip Sanierung vor Neubau wollen wir fortsetzen, damit der Zustand der Landesstraßen sich weiter verbessert und insbesondere die Brücken saniert werden. Wir wollen hohe Standards, aber keine überdimensionierten Anforderungen, die weit über den Bedarf hinausgehen und unnötig Flächen verbrauchen.

Weil Geschwindigkeitsbegrenzungen die Verkehrssicherheit drastisch erhöhen und gleichzeitig Kraftstoff gespart wird, wollen wir generell 130 km/h auf Autobahnen, für die besonders unfallträchtigen Kleintransporter ein Limit von 100 km/h. So wird auch die Kapazität der Fahrstreifen erhöht und es entsteht weniger Lärm. Geltende Geschwindigkeitsbeschränkungen wollen wir durchsetzen. Geschwindigkeitskontrollen werden deshalb konsequent durchgeführt. Wir arbeiten weiter dafür, dass die Kommunen innerorts selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30 oder Spielstraßen anordnen. Wir machen uns auf Bundesebene stark für die Änderung der Regelgeschwindigkeit innerhalb geschlossener Ortschaften auf Tempo 30 zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren.

Fahrradland Hessen

In der nächsten Legislaturperiode soll Hessen zum Fahrradland werden. Radfahren erbringt gleichzeitig gesundheitlichen Mehrwert und schützt das Klima. Die radtouristischen Angebote sind sehr attraktiv, bei der Alltagsmobilität mit dem Rad besteht weiterer Handlungsbedarf. Deshalb wollen wir eine signifikante Steigerung,

mindestens aber, dass künftig zehn Prozent des Landesstraßenbauetats für den Radwegeausbau bereitstehen. Radwege an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sollen weiter ausgebaut werden, Radschnellwege und Raddirektverbindungen gewinnen auch aufgrund der sich durchsetzenden E-Mobilität im Zweiradbereich an Bedeutung. Kommunen werden beim Aus- und Umbau und der qualitativen Ertüchtigung von Radwegen finanziell unterstützt. Wir wollen deshalb landesseitig die Voraussetzungen schaffen, damit Planung und Bau kreisübergreifender Radwege besser vorangebracht werden können, z. B. durch die Aufnahme von Radschnellwegen in das Hessische Straßengesetz. Hessen Mobil oder eine geeignetere Stelle soll bei jedem Projekt zusammen mit den jeweiligen Kommunen prüfen, ob durch neue Radverkehrsanlagen das Radwegenetz verbessert werden kann. Die Mitarbeiter*innen sollten durch geförderte Schulungen hierzu motiviert werden. Wir wollen ein Netz schneller Radwegeverbindungen, das die Ober- und Mittelzentren der hessischen Regionen miteinander verbindet, das bestehende Radfernwegenetz ergänzt und sich möglichst an bereits bestehenden Straßen orientiert.

Wir wollen uns außerorts für eine Öffnungsmöglichkeit von dafür geeigneten Radwegen auch für S-Pedelecs und Elektroroller mit einer Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h einsetzen, insbesondere dort, wo es keine für diese Fahrzeuge befahrbare Straße als Alternative gibt. Hochwertige Fahr- und Elektrofahrräder stellen auch neue Anforderungen an sichere Fahrradabstellanlagen, insbesondere an Bahnhöfen. Hier soll das Land Anreizprogramme ausbauen und selbst investieren, beispielsweise auf landeseigenen Liegenschaften. An wichtigen Haltepunkten sollen Fahrradparkhäuser bzw. -stationen geschaffen werden. Bei künftigen Tarifverhandlungen wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch Beschäftigte des Landes eine Entgeltumwandlung für ein Dienstradleasing in Anspruch nehmen können. Der Service Radroutenplaner-Hessen und die Meldeplattform-Radverkehr sollen verschmolzen und weiterentwickelt werden. Die Vielfalt der Themen rund um die Stärkung des Verkehrsmittels Fahrrad verlangt eine ressortübergreifende Steuerung und Bündelung durch einen Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene, der z. B. einen landesweiten Radwegeplan erstellt oder eine Meldeplattform für bestehende Mängel an landeseigenen Radwegen oder Radfernwegen betreibt.

Die Verkehrsunfallstatistik für den Radverkehr wollen wir regelmäßig auswerten und Gefahrenquellen beseitigen, um die Verkehrssicherheit zu steigern. Fahrradstaffeln bei den Polizeipräsidien sollen Verkehrsteilnehmer informieren, den Hauptunfallursachen nachgehen und Hilfestellung bei ihrer Beseitigung leisten. Eine Kampagne gegen Fahrraddiebstahl soll angelehnt an die Kampagne gegen Wohnungseinbruch gestartet werden.

Der Ausbau einer Radverkehrsinfrastruktur benötigt Zeit und ist nicht überall möglich. Um auch im gemischten Verkehr die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl von Radfahrer*innen zu erhöhen, wollen wir die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr durch Öffentlichkeitskampagnen fördern. Wir wollen erreichen, dass alle Verkehrsteilnehmer*innen sich gegenseitig als gleichberechtigt sehen und nicht nur als Hindernisse, die das eigene Fortkommen behindern. Eigene Rücksichtslosigkeit und Vorteilsnahme vergiften letztendlich die eigene Wahrnehmung und führen dazu, auch von anderen Verkehrsteilnehmer*innen nur egoistisches Verhalten zu erwarten und damit das eigene Verhalten zu rechtfertigen. Als flankierende Maßnahmen wollen wir die Verkehrsüberwachung personell stärken, um Verstöße gegen §1 der StVO (gegenseitige Rücksichtnahme) häufiger zu ahnden.

Zu Fuß gehen: die Basis der Mobilität

Wir wollen die Kommunen weiter dabei unterstützen, die Attraktivität des Fußverkehrs zu verbessern. Neben dem Wissenstransfer im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität ist dafür auch weiterhin die finanzielle Förderung erforderlich.

Neue Wege der Mobilität

Durch Flatrate-Tickets wie das Schülerticket, das Semesterticket Hessen oder das Jobticket für Landesbedienstete wurde die Nutzung von Bus und Bahn deutlich attraktiver. Flatrate-Tickets sind attraktive Alternativen zum individuellen Fahrzeug mit all seinen Haltungskosten und schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Natur. Je attraktiver diese Angebote sind, desto mehr Menschen werden sie in Anspruch nehmen und auf diese Weise zur Finanzierung beitragen. Gleichzeitig leistet eine stärkere Inanspruchnahme des ÖPNV einen Beitrag dazu, die Verkehrsbelastung und damit die Staugefahr auf hessischen Straßen zu reduzieren. Deshalb wollen wir die Einführung weiterer Flatrate-Tickets vorantreiben. Hier bietet sich zunächst insbesondere die Gruppe der Senior*innen an, die

ein hohes Mobilitätsbedürfnis hat und am relativ stärksten den Pkw nutzt. Ein hessenweites Seniorenticket kann die nötige Flexibilität und auch Mobilität schaffen, wie bereits bestehende lokale Angebote von NVV, RMV und VRN zeigen. Darauf werden wir aufbauen und in der kommenden Legislaturperiode den hessischen Senior*innen ein vergleichbares Angebot zum Schülerticket in ganz Hessen ermöglichen. Um Überschneidungen mit dem Schüler- und Berufsverkehr zu vermeiden, soll dieses Angebot außerhalb der Spitzenzeiten (z. B. ab 9.00 Uhr morgens) gelten. Zudem wollen wir in der kommenden Legislaturperiode die Grundlage dafür legen, möglichst bald ein Bürgerticket als Jahreskarte für ganz Hessen zu bezahlbaren Preisen für alle anzubieten. Wie auch bereits beim Schülerticket Hessen wollen wir diese Angebote allen ermöglichen, aber nicht allen verordnen. Um das Angebot dennoch preislich möglichst attraktiv gestalten zu können, werden wir stattdessen prüfen, inwiefern eine finanzielle Beteiligung von indirekten Nutzern möglich ist, denen durch ein solches Angebot wirtschaftliche Vorteile entstehen (z. B. Arbeitgeber und Gewerbe). Auch das Einzelticket muss durch digitale Tickets mit einfachen, entfernungsabhängigen Preismodellen attraktiver werden. Die preisliche Attraktivität des ÖPNV ist aber nur eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig ist für die Nutzer*innen die Qualität, Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit des Angebots. Diesbezüglich wurde in der vergangenen Legislaturperiode beispielsweise durch Reaktivierungen von Schienenstrecken, Taktverdichtungen, Nachtzügen am Wochenende im RMV und den endlich wieder vorangebrachten Ausbau der Schieneninfrastruktur bereits viel erreicht. Darauf werden wir uns nicht ausruhen, sondern weiter in die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs investieren.

Den Verbrennungs- durch den Elektromotor zu ersetzen, genügt uns nicht. Nötig ist vielmehr ein vernetztes System der Verkehrsträger, das viele Angebote für nachhaltige Mobilität vorhält. Die Digitalisierung unterstützt diesen Weg, weil sie mit dem Smartphone den Generalschlüssel für die unterschiedlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stellt. Wir fördern Versuche zu Ridesharing-Diensten sowie autonomen Bussystemen. Dabei sorgen wir perspektivisch für landes- bzw. bundesweite Regelungen zu Aufgabenträgerschaft, Beförderungspflicht und Flächenabdeckung solcher Systeme, die aktuell bestehende Regelungen des ÖPNV nicht abdecken. Auch kleineren Anbietern innovativer Mobilitätssysteme, Start-Ups oder Kommunen sind die Fahrplan-Daten der Verkehrsverbünde als öffentlich frei verfügbare Daten mit OpenData-Lizenz und Ticketing-Schnittstellen diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen.

Flughafen und Flugverkehr: Bevölkerung schützen!

Durch die Evaluierung des Airports Kassel wurden die Kosten seines Betriebs für das Land und die weiteren Anteilseigner erstmals transparent gemacht. Falls sich die positive Geschäftsentwicklung fortsetzt, kann der Flughafen entsprechend dieser Prognosen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Defizitreduzierung erfüllen. Dies werden wir im Interesse der Steuerzahler*innen weiterhin kritisch begleiten.

Der Flughafen Frankfurt hat eine große wirtschaftliche Bedeutung weit über das Rhein-Main-Gebiet hinaus. Er liegt allerdings auch in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Europas. Deshalb darf er nach unserer festen Überzeugung nicht weiter auf Expansion setzen. Der Bau der Nordwestbahn war, ist und bleibt ein politischer Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam begangen haben und der aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung Bestand haben wird. Es ist insbesondere nach der NORAH-Studie klar, dass die Belastungen der Bevölkerung im Rhein-Main-Gebiet durch den Flughafenbetrieb wirksam verringert werden müssen. Dazu haben wir mit den Lärmpausen, der Einführung der Lärmobergrenze und den gesteigerten Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten und Flugverfahren gegengesteuert. Wir setzen uns für eine Überprüfung der Ausnahmeregelungen für Landungen (derzeit 23.00 bis 24.00 Uhr) zum besseren Schutz des Nachtflugverbots ein. Dazu gehört auch, dass die Lande- und Startgebühren für verspätete Flüge weiter erhöht werden sollten, um auch einen größeren ökonomischen Anreiz für die Einhaltung der Nachtflugregeln zu setzen.

Wir halten an dem Ziel fest, mit einem Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr für weitere Entlastungen der Anwohnerinnen und Anwohner zu sorgen. Das Luftverkehrsgesetz muss auf Bundesebene entsprechend geändert werden. Zudem setzen wir uns für ein bundesweites Luftverkehrskonzept ein, das den Schutz der Anwohner*innen vor Fluglärm bei allen Fragen des Luftverkehrs berücksichtigt. Wiederholte Verstöße gegen das Nachtflugverbot sind konsequent zu ahnden. Wir unterstützen alle Maßnahmen des aktiven Schallschutzes, die die Belastungen auch am Tage mindern, und wollen durch angemessene Lärmrentgelte neue Technologien fördern. Den von uns eingeführten regionalen Lastenausgleich für besonders betroffene Kommunen wollen wir weiter verbessern und verstetigen. Wir setzen uns für eine umfassende Schadstoffstudie nach Vorbild der NORAH-Studie ein, die die Folgen der vom Flughafenbetrieb ausgehenden Schadstoffbelastungen für die Bevölkerung untersucht. Die Ergebnisse der NORAH-

Studie wollen wir erneut diskutieren, anhand der neuesten Daten aktualisieren und in Handlungsoptionen umsetzen. Zusätzlich ist eine gründliche Beschäftigung mit der Ultrafeinstaubbelastung rund um den Flughafen notwendig. Dazu gehört auch, dass weiter auch Veränderungen von An- und Abflugrouten und Start- und Landeverfahren geprüft werden. Ziel müssen Maßnahmen sein, die die Gesamtzahl von Hoch- und Höchstbetroffenen eindeutig verringern.

Der Flugverkehr gehört zu den größten Klimakillern. Deshalb wollen wir weiterhin Alternativen zum Flugzeug stärken, insbesondere den Bahnverkehr innerhalb Deutschlands und Europas. Wir lehnen jegliche Subventionierung des Flugverkehrs ab und setzen uns dafür ein, dass auf Flugzeugtreibstoffe endlich ebenfalls Mineralölsteuer erhoben wird. Zusätzlich ist nicht nur das Schienen-Güterverkehrsnetz, sondern gleichzeitig das Schienen-Personenfernverkehrsnetz (Schnellfahrnetz) in Deutschland und den Anrainer-Staaten auszubauen, um Flüge unter 1.000 km Entfernung überflüssig zu machen. Sehr wichtig hierbei sind nächtliche Hotelzüge mit Schlaf- und Liegewagen für Dienst- wie auch Privatreisen.

Verkehrsplanung

Grundlage einer intelligenten Verkehrsstruktur ist die integrierte Verkehrsplanung. Denn gerade im Ballungsraum überschreiten die meisten Wege die Grenzen von Kommunen und Kreisen. Die Wahl eines Verkehrsmittels hängt nicht nur von dessen Preis, sondern auch von Kosten und Nutzen konkurrierender Mobilität ab. Deshalb sollte das Grundprinzip der Verkehrsplanung die Kostenwahrheit sein. Wenn wir einerseits mehr Planungskompetenz dem Regionalverband und dem Land zuordnen, andererseits mit einer kommunalen Verkehrskostenrechnung – gemäß dem vom Bundesverkehrsministerium geförderten Modell der Uni Kassel – eine effiziente Aufteilung der Verkehrsflächen bewirken, wird uns, wie schon in europäischen Regionen realisiert, eine durchgreifende Verkehrswende gelingen. Dann sind wir schneller, billiger und klimaschonender unterwegs.

Hessen im Herzen Europas und der Welt verbunden

Wir wollen ein vereintes und solidarisches Europa, das den Weg der europäischen Integration weitergeht. Nur zusammen können wir grenzüberschreitende Herausforderungen, allen voran die Klimakrise, bewältigen sowie den Frieden und die Sicherheit der Menschen gewährleisten. Auch müssen wir gemeinsam handeln, um Steuervermeidung und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sowie verbraucherfreundliche Impulse für den gemeinsamen Binnenmarkt zu geben. Nur zusammen können wir Globalisierung gerecht gestalten, eine ökologisch moderne und nachhaltige Wirtschaft fördern und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Die Europäische Union ist eine große Errungenschaft für den Frieden. Aus einst verfeindeten Staaten hat sie Freunde und Partner gemacht. Vor allem für die junge Generation ist europäisches Miteinander Alltag. Dieses lebenswerte Europa ist uns jede Mühe wert. Deshalb soll auf unsere Initiative ein ausdrückliches Bekenntnis zur Zugehörigkeit Hessens zur Europäischen Union in die Landesverfassung aufgenommen werden. Wir wollen diese Europäische Union aber sozialer, umweltbewusster und demokratischer machen und machen uns für ein Europa der Bürger*innen stark, in dem mehr Transparenz bei den Entscheidungsprozessen europäischer Institutionen herrscht.

In Hessen schlägt der Puls Europas – nicht von ungefähr hat die „Pulse of Europe“-Bewegung hier ihren Ursprung. Durch die Europäische Zentralbank und andere Spitzenorganisationen, durch den internationalen Finanzmarkt, die zahlreichen Wirtschaftsverflechtungen und die schnellen Verkehrsverbindungen in alle europäischen Hauptstädte sind Hessen und Frankfurt in besonderem Maße europäisch geprägt und profitieren besonders von der Europäischen Einigung.

Derzeit befindet sich die Europäische Union im Umbruch. Das Brexit-Referendum, die immer lauter werdenden nationalistischen Töne und die fehlende europäische Solidarität etwa mit Blick auf die Geflüchtetenaufnahme haben zu einer Gegenbewegung vieler leidenschaftlicher Europäerinnen und Europäer geführt, die bereit sind, sich mit

viel Kraft und Überzeugung für Europa einzusetzen: In Frankreich, den Niederlanden und Österreich haben viele die Pro-Europäer Emmanuel Macron, Jesse Klaver und Alexander van der Bellen gewählt. In Rumänien oder Polen protestieren Bürger*innen für Pressefreiheit, für Frauenrechte und gegen Korruption. Wir setzen auf eine Politik, die europäische Solidarität zum Kompass macht. Denn die nutzt allen Mitgliedstaaten am meisten. Nationaler Egoismus ist kurzsichtig und geht nach hinten los. Wir wollen die Chance nutzen, die die Wahl Emmanuel Macrons für Europa bedeutet. Deutschland und Frankreich müssen wieder zum Motor der europäischen Integration und des europäischen Zusammenhalts werden. Die Beziehungen zu unseren europäischen und außereuropäischen Partnerregionen wollen wir festigen und ausbauen. Die 34 Europaschulen in Hessen wollen wir weiterhin bei ihrer Arbeit, die europäische Identität und die gemeinsamen Werte zu vermitteln, unterstützen. Um die weitere Integration Europas zu fördern und zu einem gerechten Ausgleich zwischen Regionen und der Stärkung der europäischen Werte beizutragen, fördern wir Schüler*innenaustausche und Städtepartnerschaften. Wir wollen das Know-How Hessens nutzen, um strukturschwache Regionen zu fördern und hessische Unternehmen mit wirtschaftlichen Playern in strukturschwachen Regionen Europas zu verzahnen, um dort autonomes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Im Rat der Regionen wollen wir den hessischen Einfluss nutzen, um eine Stärkung und eine Demokratisierung der zentralen europäischen Institutionen zu ermöglichen.

Internationale Partnerschaften

Wir unterstützen die Kampagne #FreeInterrail, die ein EU-Programm fordert, das allen jungen Europäer*innen ein kostenloses Interrail-Zugticket ermöglicht. Wir erkennen das große Potenzial internationaler Städtepartnerschaften an und wollen sie intensiv fördern. Länderpartnerschaften können neue Entwicklungsperspektiven eröffnen. Bestehende Partnerschaften Hessens müssen über die Förderung von Wirtschaftsbeziehungen hinaus im Sinne nachhaltiger Entwicklung konsequent auch Kooperationen auf möglichst vielen Politikfeldern beinhalten. Partnerschaften wie die mit Bursa/Türkei können zudem wichtige Brücken zum Austausch auch in zwischenstaatlich schwierigeren Zeiten sein. Bei der Gestaltung vorhandener bzw. Anbahnung neuer internationaler Partnerschaften soll das Land Hessen zudem vor allem kleinere Kommunen aktiv unterstützen.

Lebenswerter und bezahlbarer Wohnraum für alle

Die Sicherung von gutem und bezahlbarem Wohnraum ist zentrale Aufgabe unserer Wohnungspolitik. In den Ballungsräumen ist der Wohnraum knapp und teuer, darüber hinaus fehlt es an erschlossenen Flächen für neue Wohnungen. Wir wollen ländliche Räume und Mobilität gemeinsam entwickeln und durch abgestimmte Förderung voranbringen. Im ländlichen Raum muss der vorhandene Wohnraum den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Die Nachfrage nach altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum steigt. Gleichzeitig sollen die Ortskerne auch für junge Familien mit Kindern attraktiv bleiben.

Wir haben die Fehlentwicklungen der hessischen Wohnungspolitik gestoppt und den sozialen Wohnungsbau wiederbelebt, den wir mit einer Rekordsumme von 1,7 Milliarden Euro bis 2020 fördern. Die Fehlbelegungsabgabe wurde wiedereingeführt, die Nassauische Heimstätte haben wir gestärkt und zum zentralen Instrument der Landes-Wohnungspolitik ausgebaut, statt sie zu verkaufen, wie es die Vorgängerregierung plante. Mit gezielten Programmen für Menschen mit mittlerem Einkommen wirken wir ihrer Verdrängung aus der Metropolregion entgegen. Ein neues Förderprogramm hat den Bau von mehr als 1.300 neuen Studierendenwohnungen ermöglicht. Durch die hessische Mietpreisbremse wirken wir der Überhitzung des Wohnungsmarktes entgegen. Der Masterplan Wohnen der Landesregierung sorgt dafür, dass neue bezahlbare Wohnungen für etwa 60.000 Menschen geschaffen werden. Für fast 2.500 Wohnungen erhalten wir die Sozialbindung. Mit der Allianz für Wohnen und der Baulandoffensive Hessen sorgen wir für einen besseren Austausch aller wichtigen Akteure in den Bereichen Wohnen, Bauen und Planen und die Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung von Flächen für bezahlbares Wohnen. Die Landesgelder für die Städtebauförderung und die Dorfentwicklung wurden erheblich aufgestockt und die Baulandoffensive gegründet.

Dieser Kurs muss fortgesetzt werden.

Nicht nur schnell, sondern auch gut bauen und wohnen

Uns ist wichtig, dass es nicht nur um Tempo, sondern auch um die Qualität des neu entstehenden Wohnraums geht. Gerade bei dem derzeitigen Druck auf dem Wohnungsmarkt dürfen die nachhaltige Quartiersentwicklung, die Energiestandards, die Nutzung ökologischer Baumaterialien und die soziale und mobile Infrastruktur nicht zu kurz kommen. Wir wollen, dass niemand aus seinem Viertel verdrängt wird, möglichst geringe Verkehrsemissionen entstehen und soziales Miteinander möglich ist. Wir wollen an unsere bereits getroffenen Maßnahmen anknüpfen und die Programme für den sozialen Wohnungsbau und die Aktivierung von Flächen weiter ausbauen, gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen noch besser unterstützen und eine wirksame Mietpreislösung etablieren. Dabei muss der Bedarf an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum besondere Berücksichtigung finden, denn dies ist die Voraussetzung für mehr eigenständiges Wohnen behinderter Menschen als Alternative zu stationären Einrichtungen.

Der Schwerpunkt liegt auf der Innenentwicklung, beispielsweise durch Umnutzung, Überbauungen, behutsame Nachverdichtung und Aufstockung sowie durch die Umwandlung von leerstehendem Büro- in Wohnraum. Die Vielzahl bestehender Förderprogramme des Bundes und des Landes wollen wir stärker verzahnen und für eine nachhaltige Entwicklung der Wohnquartiere nutzen. Nicht nur der Bau von Sozialwohnungen soll gefördert werden, sondern gleichermaßen ein Bewohnertreff, eine Mobilitätszentrale oder eine Kita im Quartier. Flächendeckend freies WLAN wirkt der Abwanderung gerade auch der Jugend entgegen. Eine nachhaltige Städteplanung schafft Anreize, ökologisch sinnvolle, ressourcenschonende und sozial ausgewogene Quartiere zu entwickeln. Wir setzen uns für eine Bodenbevorratungspolitik der Kommunen ein. Wir wollen erreichen, dass bei der Nassauischen Heimstätte der bestmögliche energetische Standard (z. B. Passivhaus, Effizienzhaus Plus oder Aktivhaus) im Wohnungsneubau die Regel wird.

Innovative Wohnungspolitik im Ballungsraum unterstützen: IBA Frankfurt Rhein-Main

Wohnungspolitik ist zunehmend eine regionale Aufgabe. Insbesondere der Wohnungsneubau muss immer auch im Zusammenhang mit anderen Aspekten der Stadt- und Regionalentwicklung gesehen werden, da es gerade im Ballungsraum mit wachsender Bevölkerung und steigenden Boden- und Mietpreisen zahlreiche Zielkonflikte gibt. Eine

Internationale Bauausstellung (IBA) bietet die Chance, über Entwicklungsperspektiven und Qualitäten insbesondere unter den Aspekten von Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu diskutieren, Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Funktionsmischung, neue Formen der Bodenpolitik und Freiraumsicherung in Städten und Region zusammen zu denken und innovative Konzepte und Ideen auszuprobieren. Wir halten demgemäß die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) in der Region Frankfurt Rhein-Main für eine geeignete Maßnahme, soweit sich Gebietskörperschaften und Wirtschaft gemeinsam engagieren.

Sozialen Wohnungsbau verstärken

Die Fördersumme für den sozialen Wohnungsbau wollen wir auf 2 Milliarden Euro anheben und die Bindungsfristen auf mindestens 30 Jahre verlängern. Der Zuschuss kann weiter wachsen, wenn längere Bindungsdauern eingegangen werden. Belegungsrechte werden wir weiterhin ankaufen und die Gesellschaften im Besitz der öffentlichen Hand noch stärker für die Schaffung preiswerten Wohnraums nutzen. Die Förderrichtlinien des Landes Hessen für soziale Wohnraumförderung werden wir so weiterentwickeln, dass für Investoren auch bei dynamischen Mietpreisentwicklungen stärkere Anreize entstehen, sozial geförderten Wohnraum zu schaffen oder Belegungsrechte zu verkaufen.

Um Obdachlosigkeit zu bekämpfen, setzen wir uns für den Ausbau kommunaler Fachstellen für Wohnungssicherung ein. Diese Fachstellen sollen tätig werden, wenn der Wohnungsverlust droht. Neben der Sicherung des Mietverhältnisses sind sozialpädagogische Hilfen erforderlich, um die Mieter*innen bei der Bewältigung ihrer finanziellen Notlage und sozialer Krisen zu unterstützen.

Neue Wohnformen fördern

Die wachsenden Aktivitäten im gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Bereich, z. B. für Senioren-WGs oder in generationenübergreifenden sowie inklusiven Wohnmodellen, wollen wir organisatorisch und finanziell unterstützen, weil sie dazu beitragen, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, und weil sie für solidarisches, generationenübergreifendes, flächensparendes und autoarmes Wohnen stehen. Bei der Ausschreibung von Landesliegenschaften soll deshalb künftig nicht nur ein Anteil für Sozialwohnungen festgeschrieben werden, sondern

auch für genossenschaftliches, gemeinschaftliches oder experimentelles Wohnen für alle Altersgruppen. Unter bestimmten Bedingungen soll an neue gemeinnützige Träger der Wohnungsversorgung auch unter dem Verkehrswert, orientiert am Konzept der künftigen Nutzer, vergeben werden; hierbei wollen wir das bewährte Instrument des Erbbaurechts stärken. Bundesgrundstücke wollen wir in ähnlicher Weise für bezahlbaren Wohnraum verwendet wissen und uns im Bundesrat dafür stark machen. Auch mit den Kirchen, die umfangreichen Grundbesitz haben, wollen wir über ähnliche Verfahren zur Grundstücksnutzung sprechen. So sorgen wir dafür, dass mehr und schneller gebaut wird.

Mieter schützen – der Verdrängung entgegenwirken

In fast allen größeren Städten, hier in Hessen vor allem in den sogenannten Schwarmstädten, finden Menschen mit kleinem oder mittlerem Einkommen kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Auch in den Vororten wird es teuer, das Ausweichen ins Umland erzeugt immer längere Wege zum Arbeitsplatz und verstärkt die Pendlerströme. Gebaut wird am Bedarf der meisten Mieter*innen und Wohnungssuchenden vorbei. In einst populären, gewachsenen Stadtvierteln schreitet die Verdrängung voran: Kündigung nach Aufteilung und Umwandlung in Eigentum, „kalte“ Entmietung per Baustelle und Modernisierung sind an der Tagesordnung. Es gibt spekulativen Leerstand, und durch Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen wird Wohnraum dem Mietmarkt entzogen. Hier gilt es gegenzusteuern. Der Bund muss die Wirksamkeit der Mietpreisbremse erhöhen und die Zahl der bisher bestehenden Ausnahmen verringern, und er muss die im Koalitionsvertrag vereinbarte Absenkung der Modernisierungumlage von elf auf acht Prozent gesetzlich umsetzen. Wir werden uns im Bundesrat für die Schärfung des Mietwucherparagrafen einsetzen und damit den Gemeinden ein wirksames Kontrollinstrument in die Hand geben. Der Kündigungsschutz von Mieter*innen in Wohnungen, die in Eigentum umgewandelt werden, wird wieder auf zehn Jahre festgelegt. Für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir den Gemeinden einen Genehmigungsvorbehalt nach bayrischem Vorbild einräumen. Milieuschutzsatzungen zur Verhinderung von Luxussanierungen (mit Vorkaufsrecht bzw. Abwendungserklärung) sind dann wirksamer. Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot soll den Kommunen wieder als Option eröffnet werden, damit sie die Möglichkeit erhalten, gegen Wohnungsleerstand – z. B. mittels eines Leerstandsregisters – vorzugehen. Ein öffentliches Flächenkataster für Kommunen soll ihnen erleichtern, die notwendigen Flächen für den Wohnraum zu mobilisieren.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerechte Teilhabechancen und die vielfältige Gesellschaft

GRÜNE Sozialpolitik stärkt die Selbstbestimmung der Menschen und unterstützt sie in ihren eigenen Anstrengungen. Eine Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist, dass jede*r gute Bildung erfährt, gesundheitlich versorgt ist, in einer intakten Umwelt lebt, mobil sein und sicher leben kann. Für uns kommt es nicht darauf an, wo man herkommt, sondern wo man hin will. Es darf kein Vor- oder Nachteil sein, dass man Kinder hat oder nicht oder über welches Einkommen die eigenen Eltern verfügen.

Vielfalt ist für uns eine Bereicherung der Gesellschaft. Alter, Geschlecht, sexuelle Identität, ethnische oder soziale Herkunft, Religion, körperliche, intellektuelle oder psychische Beeinträchtigung dürfen keine Auswirkungen auf die gesellschaftliche Teilhabe haben. Wir stehen für eine inklusive und präventive Sozialpolitik, die alle vor sozialen Schief lagen schützt, und stellen uns den Herausforderungen des demografischen Wandels, indem wir die Politik für ältere Menschen vor Ort, Wohnen, Stadtentwicklung und Mobilität sowie Gesundheit und Pflege zusammendenken.

Seitdem wir mitregieren, haben wir dafür gesorgt, den sozialen Frieden zu stärken und der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Das neue und bundesweit einmalige Sozialbudget in Höhe von 118 Millionen Euro sorgt für eine verlässliche Finanzierung der Organisationen, die sich um den sozialen Zusammenhalt im Land kümmern. Wir haben die Qualität der Kinderbetreuung verbessert und den Einstieg in die Beitragsfreiheit der Kindergärten begonnen. Mit gezielten Ausbildungsprogrammen sorgen wir dafür, dass mehr Jugendliche und junge Erwachsene ihren Abschluss schaffen bzw. nachholen. Der Landessozialbericht sorgt für eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation der Lebenslagen in Hessen. Um den Druck auf bezahlbaren Wohnraum insbesondere im Ballungsraum zu senken, stecken wir erhebliche zusätzliche Mittel in den Wohnungsbau.

Durch die Fluchtbewegungen der Jahre 2015 und 2016 ist besonderer Handlungsbedarf entstanden, den wir positiv nutzen wollen, um unseren Sozialstaat für alle zu verbessern. Wer erst vor Kurzem eingewandert oder hierher geflohen ist, hat die gleichen Grundbedürfnisse wie die, die schon lange hier leben. Deshalb haben wir zwei Aktionspläne zur Integration von Geflüchteten und zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufgelegt und mit fast 3 Milliarden Euro zusätzlich finanziert. Diese Gelder flossen in bezahlbaren Wohnraum für alle, mehr Lehrkräfte an den Schulen, in die

Gemeinwesenarbeit in sozial schwierigen Wohnvierteln und Programme gegen Rechtsextremismus, von denen alle profitieren. Hinzu kamen landeseigene Sprachprogramme und Arbeits- und Ausbildungsprogramme für Geflüchtete, Maßnahmen für die medizinische Versorgung und die gute Erstaufnahme hierher geflüchteter Menschen sowie die Erhöhung der Landespauschalen, die die Kommunen erhalten.

Diese erreichten Erfolge in der Sozial- und Integrationspolitik wollen wir fortsetzen; es bleibt weiter eine Menge zu tun.

Allen Jugendlichen eine gute Ausbildung

Der Zugang zu Bildung ist eine Schlüsselfrage. Dazu gehört auch die Unterstützung schulischer und außerschulischer Bildung und die Erfahrung mit selbstbestimmten Gestaltungsräumen wie Jugendräumen und Jugendzentren. Wir wollen allen Jugendlichen eine Berufsausbildung ermöglichen, damit sie gut in den Arbeitsmarkt starten können. Dafür werden wir das Ausbildungsbudget fortführen und die sozialpädagogische Begleitung besonders derjenigen weiter verbessern, die bisher keinen Schul- oder Berufsabschluss erreicht haben.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die trotz der guten Beschäftigungslage keinen Weg in den Arbeitsmarkt und damit zu einem eigenen Einkommen finden, ist weiterhin zu hoch. Wir wollen deshalb den begonnenen Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen, durch den auch Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss oder mit individuellen Hilfebedarfen dauerhaft sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze erhalten, und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Berufstätigen, die ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben können, sollen neue Perspektiven geboten werden.

Armut bekämpfen, den Schwachen helfen, Gemeinwesenarbeit ausbauen

Armut erschwert soziale Teilhabe, ihre Bekämpfung ist deshalb ein zentrales Handlungsfeld unserer Sozialpolitik. Wer arm ist, leidet unter schlechten Wohnverhältnissen, geringeren Bildungschancen und häufig gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Unserer Sozialpolitik geht es darum, zu allererst den Schwächsten zur Seite zu stehen und

Armut und sozialen Abstieg zu vermeiden. Für uns hat deshalb Priorität, in die soziale Infrastruktur – insbesondere bei der Bildung – zu investieren. Die aktive Partnerschaft mit den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Initiativen und ihren Mitgliedern, die inklusive Sozialpolitik vor Ort realisieren, ist und bleibt ein zentraler Baustein. Dazu gehört auch die gemeinsam begonnene Verbesserung der Sozialberichterstattung, die für wichtiges Grundlagenwissen sorgt.

Mit dem in Schleswig-Holstein geplanten Zukunftslabor zur Analyse der sozialen Absicherungsmodelle und der Prüfung neuer Modelle wie dem Bürgergeld oder dem Grundeinkommen wollen wir im Rahmen des Länderaustauschs kooperieren. Um die Teilhabemöglichkeiten auch von Menschen mit geringerem Einkommen zu verbessern, wollen wir den Hessen-Pass einführen und so vergünstigte Fahrpreise sowie vergünstigte Eintritte in Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen nach dem Modell einiger Städte (z. B. Frankfurt-Pass) anbieten. Alle Inhaber*innen der Jugendleiter-Card (Juleica) sollen künftig auch ohne zusätzliche Auflagen Anspruch auf eine Ehrenamtskarte des Landes bzw. der Landkreise haben.

Unser Programm Gemeinwesenarbeit wollen wir auf breitere Füße stellen und zu einem sozialräumlichen Projekt weiterentwickeln. Dafür sollen Stadtteilbüros entstehen, in denen Bewohner*innen niedrigschwellige Beratung, Hilfe und Vermittlung finden. Dazu gehört auch die kommunale Altenhilfe, Pflegeberatung und Unterstützung, die ältere Menschen auch zu Fuß erreichen können.

Wir werden eine Wohnungsnotfallstatistik einführen, um die Situation und den Hilfebedarf in Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit besser abschätzen zu können.

Antidiskriminierungspolitik stärken

Ausgrenzung und Diskriminierung haben in Hessen keinen Platz und werden von uns weiterhin konsequent bekämpft. Die Arbeit der durch uns geschaffenen Antidiskriminierungsstelle des Landes im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wird weiter ausgebaut, um dem wachsenden Bedarf gerecht werden zu können. Die entwickelte Antidiskriminierungsstrategie des Landes muss konsequent und ressortübergreifend umgesetzt werden. Wir wollen die Arbeit der bisher ehrenamtlichen Landesbeauftragten für behinderte Menschen professionalisieren und bei der Antidiskriminierungsstelle verankern.

Weg mit den Barrieren

Menschen mit Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen werden immer noch von zu vielen Bereichen des Lebens ausgeschlossen. Wir wollen dem entgegenwirken, die UN-Behindertenrechtskonvention ist dabei für uns handlungsleitend. Barrierefreiheit ist für viele behinderte und ältere Menschen eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – sie nützt aber allen. Wir wollen deshalb die Einrichtung eines zentralen „Kompetenzzentrums Barrierefreiheit“, das Kommunen, Vereine, Verbände und Behörden bei ihrer Umsetzung unterstützt. Wir wollen darüber hinaus die Unterstützung erwachsener Menschen mit Behinderung auf der Grundlage des neuen Bundesteilhabegesetzes in der Zuständigkeit des Landeswohlfahrtsverbandes sicherstellen. Menschen mit besonderem Förderbedarf, wie z. B. Taubblinde, unterstützen wir zielgerichtet. Für eine zielgerichtete Unterstützung prüfen wir auch, ob es nach der Einführung der personenzentrierten Teilhabeberatung nach dem Bundesteilhabegesetz erforderlich wird, neben dem Landesblindengeld weitere Unterstützungsleistungen einzuführen. Wir beenden die Wahlrechtsausschlüsse behinderter Menschen in Hessen.

Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie Internetseiten sind selbstverständliche Voraussetzung für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden. Für Eltern von Kindern mit Behinderung richten wir hessenweit Beratungsstellen ein. Ehrenamtliche Tätigkeiten behinderter Menschen wollen wir unterstützen, indem das Land die Kosten für Assistenz, technische Hilfsmittel oder Gebärdensprachdolmetscher*innen bezuschusst. Einrichtungen, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, sollen sich an Leitlinien für Sexualpädagogik und Gewaltschutz orientieren und ihre Beschäftigten dafür sensibilisieren. In Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten soll für den Umgang mit Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden.

Integration ist stetige Erneuerung

Gesellschaft verändert sich ständig – auch durch Migration. Schon heute gelingt die Integration der zu uns Eingewanderten oder Geflüchteten täglich respektvoll und konfliktfrei. Wechselseitiger Respekt, die Anerkennung von Verschiedenheit und die Suche nach Gemeinsamkeiten sind wichtige Eckpfeiler für ein friedliches Zusammenleben. Das

Erlernen der deutschen Sprache und die Vermittlung der Werte unserer Verfassung bilden wichtige Voraussetzungen, die wir aktiv unterstützen.

Im ersten Hessischen Integrationsplan beschreiben wir die Handlungsfelder der Querschnittsaufgabe Integration und benennen konkrete Maßnahmen. Diesen Integrationsplan wollen wir gemeinsam mit der Hessischen Integrationskonferenz weiterentwickeln. Die Fachgruppe Migration des Hessischen Asylkonvents und der bisherige Integrationsbeirat gehen in der Integrationskonferenz auf, um die Arbeit noch effektiver zu gestalten.

Dabei sollen Geflüchtete und Migrant*innen verstärkt mit einbezogen werden. Mit einem Programm „Deutsch für alle“ wollen wir den Spracherwerb von Migrant*innen fördern. Denn die Sprache ist der Schlüssel zu Teilhabe. Wir setzen dabei gezielt dort an, wo die vorhandenen Bundesprogramme Lücken lassen. Wir wenden uns mit dem Angebot der Sprachförderung an schon lange hier lebende Migrant*innen, aber auch an neu zu uns gekommene Geflüchtete. Denn wir wollen die Fehler vergangener Jahrzehnte nicht wiederholen, in denen nicht von Anfang an der Spracherwerb gefördert wurde.

Zur Verbesserung der Bedingungen von Integration gehören für uns Angebote zur Traumaverarbeitung, kleine Intensivklassen und eine schnelle Anerkennung bisher erworbener Bildungsabschlüsse. Die bestehende Sprachförderung in Kindergärten und Schulen verstärken wir. Kinderbetreuung während der Sprachkurse ist notwendig, um besonders Frauen den Zugang zu ermöglichen.

Die gemeinsam mit der Wirtschaft ins Leben gerufenen Ausbildungsprogramme „Wirtschaft integriert“ und „Sozialwirtschaft integriert“ wollen wir fortsetzen, ausbauen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um die Qualifikationen und den Aufenthaltsstatus von Eingewanderten und Geflüchteten zügiger zu klären, wollen wir eine unabhängige Verfahrensbeistandschaft schaffen. So sinkt auch die Zahl der Rechtsstreitigkeiten. Wir wollen die Zahl der geflüchteten und eingewanderten Frauen und Mädchen steigern, die an den angebotenen Programmen teilnehmen. Die Arbeit mit Eltern, Selbsthilfeorganisationen und den Communitys der Migrant*innen wollen wir unter Einbindung deutscher Staatsangehöriger stärken, um tradierte Familienbilder und Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen.

WIR-Programme ausbauen

Um neue Integrationsmaßnahmen vor Ort anzustoßen, bestehende Programme zu vernetzen und die lokale Arbeit zu koordinieren, finanziert das Land WIR-Koordinator*innen sowie Fallmanager*innen (gezielt für Geflüchtete) in ganz Hessen. Deren Arbeit wollen wir zu „WIR-Integrationszentren“ ausbauen, die Anlaufstellen für alle Bürger*innen sind. Mit dem Kompetenzzentrum Vielfalt stärken wir die ehrenamtliche Arbeit der Integrationslots*innen und stellen den Migrantenselbstorganisationen Mittel für ihre Professionalisierung zur Verfügung. Diese Programme werden wir evaluieren. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltungen, aber auch zivilgesellschaftlicher Institutionen, wird weiter aktiv von uns unterstützt. Mit einem Hessischen Integrationsgesetz wollen wir einen verbindlichen Rahmen schaffen, um die Rechte und Pflichten des Landes und der Eingewanderten zu definieren, und dort alle Maßnahmen und Programme integrieren. Die politische Beteiligung hier lebender Ausländer*innen wollen wir steigern und dazu neue Wege beschreiten. Dabei fördern wir die Selbstorganisation von Migrant*innen. Insbesondere Jüngere wollen wir über die Förderstrukturen der Jugendarbeit dabei unterstützen, langfristige Strukturen aufzubauen und an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Zur Integration auf Augenhöhe gehört auch, einen rechtssicheren Weg zu suchen, um Nicht-EU-Bürger*innen das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Einbürgerung zu erleichtern und treten für Mehrstaatlichkeit ein, damit mehr Menschen am politischen Geschehen partizipieren können.

Verhältnis von Staat und Religion

Für gelingende Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt bieten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den Menschen gerade in Zeiten der Veränderung Orientierung und bereichern das gesellschaftliche Leben. Unabdingbare Voraussetzungen dafür sind die Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch den Staat, die Trennung von Staat und Religion sowie die Achtung und der Schutz der positiven wie auch der negativen Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung garantiert werden.

Hessen unter dem Regenbogen: Akzeptanz und Vielfalt

Wir sorgen dafür, dass lesbische, schwule, queere, bi-, trans-, a- und intersexuelle Menschen in Hessen akzeptiert

und wertgeschätzt werden. Gemeinsam mit der Community werden wir den erfolgreichen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt, der in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Forschungsvorhaben, Unterstützungsmaßnahmen und Förderprojekten überhaupt erst ermöglicht hat, weiterentwickeln und finanziell besser ausstatten. Wir werden die Sichtbarkeit und Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten weiterhin fördern und dafür die Arbeit der Selbstorganisationen insbesondere in der Fläche, u.a. durch das landesweite Netzwerk LSBT*IQ und die SCHLAU-Projekte, stärken. Für Jugendliche im ländlichen Raum werden wir ein eigenes Konzept erarbeiten und für eine klare Regelung zum Umgang mit Trans*-Personen in der Schule sorgen. Die mit der Dokumentation und Ausstellung zu den Opfern des §175 begonnene Erinnerungskultur in Hessen wollen wir ausbauen. Die Arbeit der „Ansprechpartner*innen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ in den hessischen Polizeipräsidien werden wir besser honorieren und mit einem eigenen Budget versehen, die LSBT*IQ-sensible Aus- und Weiterbildung aller Landesbediensteten wie im Aktionsplan festgeschrieben fortsetzen. Damit sich jedes Kind gleichermaßen wertgeschätzt und angenommen fühlt, sorgen wir dafür, dass der reformierte Lehrplan Sexualerziehung behutsam und altersgerecht umgesetzt wird. An landeseigenen Gebäuden mit Beflaggungsmöglichkeit wird anlässlich lokaler oder regionaler Christopher Street Days die Regenbogenfahne gehisst. Wir streben die Einrichtung eines Regenbogenfamilienzentrums als Beratungsstelle zum Thema an. Die Angebote für LSBT*IQ im Seniorenalter sollen ausgebaut, die Sensibilität für ihre spezifischen Bedarfe in Alter und Pflege erhöht werden. Wir werden die Fürsorge für queere Geflüchtete weiter verstärken, die Erstaufnahmeeinrichtungen entsprechend informieren und uns für eigene Schutzräume für diese besonders gefährdete Gruppe einsetzen. Bundespolitisch fordern wir die überfällige Reform des Transsexuellengesetzes und die Aufnahme des Kriteriums sexuelle Orientierung in Art. 3 GG ein. Menschengefährdende sog. Konversionstherapien zur „Heilung“ Homosexueller wollen wir verbieten.

Kinderrechte sind Menschenrechte

Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen Respekt und Anerkennung, Förderung, Bildung und Erziehung, Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung, Beratung, Hilfe und Selbstbestimmung. Deshalb unterstützen wir auch die Änderung der Hessischen Verfassung in Art. 4, über die am Tag der Landtagswahl ebenfalls abgestimmt wird. Denn diese unterstreicht die Bedeutung der Kinderrechte für unser Gemeinwesen.

Das Land hat mit der Beauftragten für Kinder- und Jugendrechte erstmals eine Ansprechpartnerin, um diesen Themen aus der Perspektive des Kindes nachzugehen. Unter ihrer Federführung wird eine Kinder- und Jugendrechte-Charta entwickelt, die wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen. Bei Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, setzen wir uns dafür ein, sie an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, bspw. in Form eines Jugendparlaments. Den Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt werden wir weiter umsetzen und fortschreiben.

Schutz von Kindern und Jugendlichen, Unterstützung von Familien

Wir wollen dafür sorgen, dass die Qualität der Hilfe für Kinder in Not sich stetig weiterentwickelt, die Fachkräfte und Institutionen qualifiziert und gut vernetzt arbeiten können. Die Zusammenarbeit der Professionen (Sozialarbeit, Schule, Medizin, Justiz, Polizei) wollen wir durch Kooperationsstandards verbessern, damit Aufgaben und Zuständigkeiten besser abgestimmt und stärker gebündelt werden können. Kinder, Jugendliche und Familien müssen sich darauf verlassen können, dass die Leistungen, Beratungen und die Unterstützung, die ihnen zusteht, fachlich kompetent, gut organisiert in ganz Hessen nach vergleichbaren Standards vorhanden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die kinder-, jugend- und familienpolitischen Ziele des Landes mit den 33 kommunalen Jugendämtern und der großen Vielzahl von freien Trägern der Jugendhilfe abgestimmt und umgesetzt werden. Wir wollen prüfen, ob sich die Reform der Jugendhilfeverwaltung in Hessen im Jahr 2000 bewährt hat oder ob eine neue zentrale „Bündelungs- und Kompetenzstelle Kinder- und Jugendhilfe“ in Hessen geschaffen werden sollte.

Qualifikation der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

Sozialpädagogen*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen sind in der Kinder- und Jugendhilfe die wichtigsten Fachkräfte und müssen immer neuen Herausforderungen gerecht werden. Sie brauchen für ihre verantwortungsvolle Arbeit eine sehr vielschichtige Qualifikation, umfassende Kenntnisse aus verschiedenen Disziplinen, persönliche Haltung und Engagement. Wir wollen uns stärker um die Arbeitsbedingungen und die Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte kümmern und schlagen vor, in Hessen einen runden Tisch mit Anstellungsträgern, Hochschulen und Ausbildungsstellen, Berufsverbänden etc. einzurichten. Hier sollen kontinuierlich Fragen der Anforderungen der

Praxis, Ausbildungs- und Studieninhalte, die Praxisanbindung in der Ausbildung, der Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis etc. behandelt werden.

Jugend ist Zukunft

Um die Belange junger Menschen in Hessen besser zu vertreten, wollen wir zwei neue Instrumente einführen: zum einen den Jugendcheck, der die Auswirkung von Gesetzen auf junge Menschen prüft, wie er gerade auch auf Bundesebene getestet wird, zum anderen ein Jugendmonitoring. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche in Hessen auch mitbestimmen, denn häufig betreffen die Konsequenzen politischer Mitbestimmung in besonderem Maße junge Menschen. Deshalb wollen wir die Weichen für Online-Beteiligungsformate, die sich gezielt an Jugendliche richten, und für flächendeckende kommunale Jugendparlamente stellen.

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Im Mittelpunkt stehen der Mensch und sein soziales Umfeld in einer integrierten Versorgung, bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieter zusammenarbeiten. Gesundheitsförderung und Prävention, ambulante und stationäre Versorgung, die Pflege zu Hause und im Heim, Reha und Nachsorge, Apothekenversorgung und psychosoziale Angebote greifen Hand in Hand. Teil moderner Gesundheitspolitik ist kluge Präventionspolitik z. B. im Kindergarten, in der Schule oder am Arbeitsplatz.

Der Mensch – und weniger die Einzelinteressen unterschiedlichster Akteure am Gesundheitsmarkt – muss wieder im Mittelpunkt stehen. Besonders im ländlichen Raum ist die Versorgung mit Haus- und Fachärzten ein zunehmendes Problem, welchem wir unter anderem mit Patientenmobilen für mobilitätseingeschränkte Menschen und mit Ärztezentren, in denen neben Hausärzten auch Fachärzte regelmäßig Sprechstunden abhalten, entgegenreten wollen. Außerdem bedarf es Maßnahmen, um dem Mangel an Pflegefachkräften in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und in der ambulanten Versorgung entgegenzuwirken.

In den zurückliegenden Jahren haben wir die Gesundheitspolitik in Hessen in diesem Sinne umgesteuert. Mit einem modernen Psychisch-Krankenhilfegesetz haben wir die Rechte der Patient*innen und den öffentlichen

Gesundheitsdienst gestärkt, mit dem Krankenhausgesetz und einer deutlichen Erhöhung der Mittel den hessischen Krankenhäusern ermöglicht, planungssicher in ihre Infrastruktur zu investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass im Sinne der dualen Krankenhausfinanzierung die Investitionen in die Infrastruktur des Landes verbessert werden. Der Krankenhausrahmenplan bietet dafür eine gute Grundlage.

Die Förderung der Präventions- und Beratungsprogramme der AIDS-Hilfen sowie die Hilfen für Opfer und Gefährdete ritualisierter Gewalt haben wir genauso erhöht wie die der 26 Fachstellen für Sucht- und Drogenprävention. Mit vielfältigen Maßnahmen wirken wir dem massiven Pflegekräftemangel entgegen. Insbesondere im ländlichen Raum gilt das auch für die ärztliche Versorgung. Das von uns entwickelte Programm „Gemeineschwester 2.0“ fördert die Versorgung und Unterstützung von Patient*innen durch speziell weitergebildete medizinische Fachangestellte. Der Anfang ist gemacht. Jetzt gilt es, daran anzuknüpfen und Gesundheitsförderung im Alltag zu verankern.

Pflege

Die Pflege kranker und pflegebedürftiger Menschen ist aufgrund des bereits deutlichen Mangels an Fachkräften eine der größten Herausforderungen im Gesundheitswesen. Wir wollen mit Sofortprogrammen Kurse fördern, die aus dem Beruf ausgeschiedenen Fachkräften die Rückkehr ermöglichen, die Aufstockung von Teilzeit erleichtern, Familienfreundlichkeit und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern, Heimen oder im ambulanten Dienst unterstützen. Wir wollen die Attraktivität der Pflegeberufe steigern, indem wir ein modernes System der Aus-, Fort- und Weiterbildung bis zur akademischen Ausbildung aufbauen. Wichtig ist, das Management komplexer Krankheiten im Krankenhaus, der stationären Altenhilfe und der Gemeindepflege durch gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte, Pflegepädagog*innen für alle Gesundheitsberufe oder Schulgesundheitsfachkräfte zu stärken. Die Umsetzung des neuen Pflegeberufgesetzes in Hessen bis 2020 werden wir in diesem Sinne unterstützen. Wir werden den Aufbau einer Pflegekammer in Hessen nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz aktiv unterstützen. Kommunen brauchen lokale Steuerungsmöglichkeiten, damit Pflegeangebote bedürfnis- und bedarfsgerecht ausgebaut werden können.

Im ambulanten Bereich werden wir sozialraumorientierte neue Modelle der häuslichen Pflege fördern. Dafür sind auch der Ausbau von flexiblen Tageseinrichtungen für Pflegebedürftige sowie die Unterstützung und Entlastung der Angehörigen von wachsender Bedeutung.

Wir wollen die Pflege- und Versorgungsforschung und die Steigerung der Qualität der Leistungen für das gesamte Gesundheitswesen verbessern und für die zielgenaue Förderung nutzbar machen. Den hessischen Pflegemonitor wollen wir weiterentwickeln, um noch kleinräumiger Defizite in der Pflege identifizieren und beheben zu können.

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch für bessere Versorgung im Gesundheitswesen vom Hausarzt bis zur Universitätsklinik – bei gleichzeitigem Patienten- und Datenschutz – nutzen und den Bürger*innen die „Navigation“ durch das deutsche Gesundheitswesen erleichtern.

Neue Ideen der örtlichen Gesundheitsversorgung

Gemeinsam mit den Krankenkassen, den Unternehmerverbänden und den Kammern wollen wir ein erweitertes betriebliches Gesundheitsmanagement vorantreiben. Gemeinsam mit den Kindergärten und Schulen wollen wir dafür sorgen, dass Gesundheitsförderung Teil ihres Bildungsalltags wird. Damit die gesundheitliche Versorgung vor Ort erhalten bleibt und besser vernetzt wird, wollen wir eine regionale Gesundheitskoordination initiieren, die z. B. dafür sorgt, dass zum Wohle der Patient*innen alle Akteure der Vor- und Nachsorge zusammenarbeiten, hausärztliche und möglichst multiprofessionelle Teams mehrerer Gesundheitsberufe vorgehalten werden und die Instrumente von E-Health und Telemedizin besonders genutzt werden. Wer Hilfe benötigt, soll sich nicht an mehrere Stellen wenden müssen; diese Funktion übernimmt die Gesundheitskoordination.

Die Notfallversorgung muss zu jeder Zeit niedrigschwellig gut erreichbar sein. Dazu wollen wir sowohl die Rettungsdienst- und Notfallangebote als auch die ärztlichen Bereitschaftsdienste besser unterstützen und sie verzahnen. Die Belastung der Notaufnahmen in Krankenhäusern mit vergleichsweise leichten Erkrankungen oder Verletzungen wollen wir reduzieren und die ärztlichen Bereitschaftsdienste stärken. Hier bedarf es neuer Kooperationsmodelle zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten.

Dem sich lokal abzeichnenden Hausarztmangel wollen wir durch Medizinische Versorgungszentren entgegenwirken, dem Mangel an Fachärzt*innen durch die stärkere ambulante Nutzung von Krankenhäusern. Die Versorgung psychisch

erkrankter Menschen in ihren eigenen vier Wänden wollen wir verbessern, lange Wartezeiten und Versorgungslücken verkürzen und die sozialpsychiatrischen Dienste der Kommunen stärken.

Zusammen mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Gesundheitszentren werden wir Programme zur Vorbeugung negativer Folgen der Beschleunigung des Erwerbslebens sowie Präventionsmaßnahmen realisieren.

Verantwortungsvolle Drogenpolitik

Es bringt nichts, Drogenabhängige aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, ihnen Selbstbestimmtheit und Würde abzusprechen und durch verschärftes Vorgehen eine Spirale der Kriminalität hervorzurufen. Deshalb unterstützen wir Städte bei Angeboten der akzeptierenden Drogenhilfe und befürworten die Einführung von „Drug-Checking“-Projekten auf einem Weg zur Entkriminalisierung der Konsument*innen. Um die Drogentodeszahlen weiter zu senken, wollen wir hessenweit ein Take-Home-Naloxon-Programm auflegen, das opioidabhängigen Menschen und ihren Angehörigen nach einer Drogennotfallschulung den Opiatantagonisten Naloxon zugänglich macht. Mit dessen Verabreichung durch geschulte Laien kann bei einer Überdosierung das Leben Drogenabhängiger gerettet werden.

Wir wollen für Hessens Kommunen prüfen, inwiefern eine wissenschaftlich begleitete Ausgabe von reinen, sauberen Drogen zur Steigerung der Lebensqualität umgesetzt werden kann. Wir wollen ein Cannabismodellprojekt in Hessen starten und uns im Bund weiterhin für die Maßnahmen der Entkriminalisierung des Cannabiskonsums einsetzen.

Hebammenversorgung stärken

Wir wollen dem Hebammenmangel in Hessen wirksam entgegentreten und dazu beitragen, dass jeder Familie während Schwangerschaft und Geburt sowie nach der Geburt ein Angebot der Hebammenhilfe zur Verfügung steht, wie es auch das Sozialgesetzbuch verlangt. Hebammen leisten eine unverzichtbare Arbeit für die Unterstützung von Familien, und wir wollen, dass allen ein wohnortnahes Angebot der Geburtshilfe zur Verfügung steht. Dazu werden wir die 2017 von der Landesregierung in Auftrag gegebene Studie zur Strukturanalyse auswerten und bedarfsgerecht nachsteuern. Wir kämpfen auf Bundesebene weiter dafür, dass die stark angestiegenen Versicherungsprämien freiberufliche Hebammen nicht zur Aufgabe ihres Berufs zwingen. Bis zum Abschluss einer bundesweiten Regelung wollen wir mit einer hessischen Übergangslösung Abhilfe schaffen. Bei den Krankenkassen setzen wir uns dafür ein,

dass sie die Entgeltsätze endlich angemessen erhöhen. Außerdem wollen wir uns um eine ausreichende Ausbildung von Hebammen und Entbindungspflegern kümmern sowie Familienhebammen weiter ausbauen. Für Regionen mit unzumutbarer Entfernung zur nächsten Entbindungsstation wollen wir Modellprojekte schaffen.

Gut leben in Hessen – bis ins hohe Alter selbstbestimmt

Um den Mängeln im Bereich Altenpflege entgegenzuwirken, wollen wir ein hessisches Förderprogramm entwickeln, damit die Bewohner*innen von Alten- und Pflegeheimen deutlich mehr Zuwendung erfahren, als das aufgrund der Rahmenbedingungen bisher möglich ist. Wir fördern spezielle Einrichtungen der Altenpflege für bestimmte Personengruppen mit besonderen Bedarfen. Wir setzen uns für wohnortnahe Palliativeinrichtungen, multiprofessionelle palliativmedizinische Teams sowie Hospize in Stadt und Land ein.

Der demografische Wandel verändert unser Leben im Stadtteil – in der Großstadt ebenso wie im kleinen Dorf. Unser Ziel ist, dass alle Menschen bis ins hohe Alter am gesellschaftlichen Leben in ihrem Stadtteil teilhaben und mitbestimmen können. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorhandene Angebote im Stadtteil weiterzuentwickeln und neue innovative Projekte umzusetzen. Dazu gehören Themen wie altersgerechte Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität und die Versorgung für das tägliche Leben, zu Rente oder zu Versicherungsfragen. Wir wollen auch im sozialräumlichen Quartiersmanagement die Themen Gesunderhaltung und Pflege integrieren. Hier sollen die zuständigen Akteure miteinander kooperieren und Fragen zur sozialen Teilhabe bis ins hohe Alter, zur Prävention von Pflegebedürftigkeit, zu Pflegeberatung (Dezentralisierung der Pflegestützpunkte) und zur Unterstützung von Angehörigen beantworten können.

Lust aufs Land

Die Herausforderungen auf dem Land sind andere als in den Ballungsräumen – es gibt längere Wege zum Arzt, zu Behörden, zum Einkaufen, zur Schule und auch zum Arbeitsplatz. Seit wir GRÜNE wieder mitregieren, haben wir die Richtung der Politik geändert und mit zahlreichen Maßnahmen daran gearbeitet, den ländlichen Raum attraktiver zu machen.

Wir haben mit der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, mit der Hessenkasse und mit umfangreichen Investitionsprogrammen in die Zukunft der Kommunen auch im ländlichen Raum investiert. Im LEADER-Programm der EU für den ländlichen Raum werden aktuell 24 Regionen mit 51 Millionen Euro dabei unterstützt, zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln. Außerdem haben wir begonnen, Verwaltungsbereiche in ländliche Regionen zu verlagern. Mit den Anstrengungen für einen flächendeckenden Breitbandausbau und dem Programm „Mobiles Hessen 2020“ konnten wir wichtige Pflöcke für den Ausbau der Infrastruktur einschlagen. Wir wollen den ländlichen Raum weiterhin mit einer Vielzahl von Maßnahmen stärken, um gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu gewährleisten. Dieses Ziel soll auch in der Hessischen Verfassung verankert werden. Eine angemessene Daseinsvorsorge, öffentliche Nahverkehrsangebote, bedarfsgerechte Breitbandversorgung, eine Grundversorgung mit Geschäften und medizinischer Versorgung in erreichbarer Nähe sind Voraussetzungen für ein gutes Leben auf dem Land.

So wollen wir Wohnen und Arbeiten verbinden, denn wer gern auf dem Land lebt, soll die Möglichkeit haben, dort zu arbeiten. Wo schnelles Internet verfügbar ist, könnten viele Pendler*innen tageweise von zu Hause aus arbeiten. Wir wollen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Raum weiter ausbauen und Co-Working-Spaces in Mittelzentren schaffen. Das Handwerk und gewerbliche Betriebe sollen durch eine Ausbildungsoffensive gestärkt werden, um Nachwuchskräfte zu fördern und in der Region zu halten. Dies und digitale Lernkonzepte sorgen dafür, Berufsschulen vor Ort zu erhalten. Kreative Geschäftskonzepte auf mobiler, analoger und digitaler Ebene wollen wir unterstützen, ebenso ein gezieltes Förderprogramm für die Existenzgründung von Frauen im ländlichen Raum.

Für die ärztliche Versorgung wollen wir Patientenmobile und Ärztezentren fördern. Wir wollen die Zusammenarbeit aller Akteure des Gesundheitsbereichs in regionalen Gesundheitskonferenzen etablieren, um angepasste Konzepte für eine verlässliche Gesundheitsversorgung zu erarbeiten. Um die Bedürfnisse im ländlichen Raum mit der demografischen Entwicklung in Einklang zu bringen, gilt es, kluge Wohn- und Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Wir brauchen individuelle Gemeindeentwicklungskonzepte und wollen die Ortskerne stärken. Dabei sollen Bürger*innengruppen bei der innerörtlichen Entwicklung unterstützt werden – dazu gehört auch ein Leerstands- und Baulückenmanagement und die Abstimmung der Bau- und Planungspolitik mit umliegenden Kommunen. Damit Menschen auf dem Land gut leben, müssen sie mobil und digital vernetzt sein können. Zu guten Verbindungen gehören die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und eine bessere Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden beim vernetzten Busverkehr über Kreisgrenzen hinweg. Carsharing, Bürgerbusse, Elektromobilität und autonomes Fahren bringen neue Impulse (siehe Kapitel Mobilität).

Kultur und Medien: für ein kreatives und vielfältiges Hessen

Kunst und Kultur können Grenzen aufbrechen und Bestehendes hinterfragen. Ihre Förderung ist öffentliche Aufgabe und gehört für uns zur Grundversorgung – deshalb wollen wir sie weiter verbessern. Hessen ist von großer kultureller und internationaler Vielfalt geprägt. Sie bereichert das Leben. Uns ist wichtig, nicht nur die großen oder klassischen kulturellen Orte und Ereignisse zu fördern, sondern auch die der Soziokultur und freien Szene – in den Städten wie im ländlichen Raum. Kultur ist kein elitäres Vergnügen, sondern in all ihren Formen wichtig für alle. Dazu gehört auch, die Bedingungen derjenigen weiter zu verbessern, die im Bereich Kunst und Kultur arbeiten. Wir stehen für eine Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – in Zeiten der permanenten Anfeindungen von Rechts ist ihr Qualitätsjournalismus nötiger denn je. Seine Unabhängigkeit muss erhalten werden.

Seitdem wir wieder mitregieren, haben wir den Kurs der hessischen Kulturpolitik geändert. Die Landesförderung für die Soziokultur haben wir wie versprochen mehr als verdoppelt und auch die freien Theater durch eine deutlich höhere Förderung gestärkt. Auch im Kulturbereich haben wir durch die vereinfachten Antrags- und Abrechnungsverfahren dafür gesorgt, dass Förderentscheidungen nachvollziehbar und transparent sind. Mit dem Kulturkoffer erleichtern wir Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur – gerade auch denen, die auf kostenlose oder vergünstigte Angebote angewiesen sind. Das erfolgreiche Projekt Kulturkoffer wollen wir fortführen. Im Wirtschaftsministerium wurde der Bereich Kreativwirtschaft deutlich gestärkt und ein landesweiter Ansprechpartner geschaffen, der sie auch bei der Suche nach Ateliers, Proberäumen etc. unterstützt. Die hessische Filmförderung (HessenFilm- und Medien-GmbH) wurde neu ausgerichtet und finanziell deutlich besser ausgestattet, um insbesondere die Förderung des Nachwuchses zu verbessern. Mit dem hessischen Preis für nachhaltiges Kino gehen wir bundesweit voran, und ab 2018/19 werden FrauenFilm-Tage ins Leben gerufen.

Den Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks haben wir reformiert und uns konsequent dafür eingesetzt, ihn diverser und weiblicher zu machen. Die Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) haben wir bei der Förderung von Medienkompetenz und Jugendbildungsarbeit unterstützt.

Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben schon viel erreicht, aber natürlich bleibt auch noch eine Menge zu tun. Deshalb wollen wir Hessen auf Kurs halten und auf dem eingeschlagenen Weg noch mehr Tempo aufnehmen.

Kulturelle Vielfalt, künstlerische Freiheit

Kunst und Kultur müssen keinem Zweck dienen. Kultur entsteht dort, wo sie frei und unabhängig ist. Daher ist das Ziel unserer Kulturpolitik, den Freiraum der Kunst zu verteidigen und allen Menschen in Hessen die gleichen Chancen zu ermöglichen, an Kunst und Kultur teilzunehmen. Auch deshalb wollen wir die Förderung der Kultur als Staatsziel in die Hessische Verfassung aufnehmen. In diesem Sinne wollen wir auch den Masterplan Kultur fortsetzen und in einem Beteiligungsverfahren kulturpolitische Leitlinien für Hessen entwickeln. Damit Förderkriterien und Entscheidungen wie bei der Soziokultur im gesamten Bereich der Kunst- und Kulturförderung einfacher und transparenter werden, wollen wir dieses Modell auf weitere Bereiche ausweiten. Die Kulturverbände werden dafür mehr Freiheit und Eigenverantwortung erhalten.

Kunst und Kultur brauchen Orte

Räume für Kunst und Kultur sind nach wie vor Mangelware. Wir werden weiter daran arbeiten, Ausstellungsflächen und Probenräume, beispielsweise in leerstehenden Landesliegenschaften, aber auch im öffentlichen Raum, leichter und günstiger zur Verfügung zu stellen. Um geeigneten Raum für Kreative zu schaffen, wollen wir ein Programm zur Instandsetzung von Kreativraum und ein Atelierprogramm auf den Weg bringen. Wir unterstützen die Nutzung mobiler Bühnen und von Livestreams, damit Kultur nicht nur im urbanen, sondern auch im ländlichen Raum stattfinden kann. Die Möglichkeiten der Städtebauförderung, Kunst und Kultur voranzubringen, wollen wir stärker bekannt machen. An den Schulen wollen wir uns für eine bessere Unterstützung des „Darstellenden Spiels“ und der Kooperation von Schulen und Theatern einsetzen.

Kunst und Kultur als Beruf

Viele Künstler*innen – insbesondere junge zu Beginn ihrer Laufbahn – arbeiten unter schwierigen materiellen Bedingungen. Die 12.000 hessischen Kunstschaaffenden, die 2016 in der Künstlersozialkasse versichert waren, kamen auf ein durchschnittliches Einkommen von 16.381 Euro im Jahr. Wir wollen ihre Beschäftigungssituation deshalb untersuchen und verbessern, z.B. durch Mindestausstellungsvergütungen bei landeseigenen Institutionen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Fortführung der Künstlersozialkasse ein.

Ehrenamtliches Kulturengagement fördern

Besonders im ländlichen Raum sind es häufig Vereine und Ehrenamtliche, die die Kulturarbeit tragen. Sie wollen wir stärker unterstützen und zwei Modellprojekte ins Leben rufen, um die kulturellen Aktivitäten einer Region besser zu vernetzen und bekannt zu machen. In diesem Rahmen wollen wir überprüfen, wie wir die Jugendkultur in den Kommunen, insbesondere Jugendkulturzentren, stärken können. Wir wollen prüfen, wie wir kleine, ehrenamtlich organisierte Festivals fördern können. Musik-, Theater- und Kleinkunstfestivals sowie andere tragen zu einer Vitalisierung vor allem im ländlichen Raum bei.

Frauen nach vorne

Auch im Kulturbereich sind Frauen und Männer am Arbeitsplatz noch lange nicht gleichberechtigt. Durch die besonders prekären Bedingungen bei Kunst und Kultur kommt dieser Unterschied noch stärker zur Geltung. Wir wollen deshalb einen gut dotierten Kulturpreis für weibliche Kulturschaaffende ins Leben rufen, um auf ihre besondere Situation hinzuweisen und ihre Leistungen sichtbarer zu machen. Das gilt in besonderem Maße für Schlüsselpositionen der Kino- und TV-Filmherstellung.

Das künstlerische Erbe von Frauen muss noch besser gepflegt und erhalten werden. Wir werden deshalb die Arbeit der in diesem Bereich arbeitenden Initiativen und Vereine weiter besonders unterstützen. Beim Ankauf von Kunst durch das Land sollen die Werke weiblicher Künstler stärker Berücksichtigung finden.

Um Familie und Beruf auch im Kulturbetrieb besser vereinbaren zu können, wollen wir die Kinderbetreuungsangebote bei Landeskulturinstitutionen ausbauen und einen „Elternzeitbonus“ bei Stipendien und Preisen einführen. Juries, Gremien und Führungspositionen im Kultursektor sollen geschlechtergerecht besetzt sein.

Gut ausgestattete Musikschulen und Museen

Die Ausstattung der Musikschulen wollen wir deutlich verbessern. Hierbei sollen alle Ebenen – Bund, Land und Kommune – gemeinsam für eine bessere und gerechtere Finanzierung sorgen. Wir wollen einen Innovationsfonds auflegen, damit nicht nur die Landesmuseen, sondern auch die privaten und kommunalen Museen und Kunstvereine finanziell gut ausgestattet sind.

documenta und documenta-Institut

Wir unterstützen und fördern die einzigartige Weltkunstausstellung documenta in Kassel und wollen sie von Landesseite auskömmlich absichern. Wir fördern das außeruniversitäre Forschungsinstitut „documenta-Institut“. Neben der Aufgabe des kunsthistorischen und zeitgenössischen Archivierens bilden die Forschung sowie die Thematik der Vermittlung und der Rezeption zwei weitere Säulen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass drei Tenure-Track-Professuren an der Uni Kassel finanziert werden können. Diese Professuren an der Universität Kassel sollen verstetigt werden.

Kulturinstitutionen erhalten und weiterentwickeln

Die hervorragenden hessischen Kultureinrichtungen, auch der Hochkultur, wollen wir genauso weiterhin fördern wie die Freie Kulturszene. Die Entwicklung des Kulturcampus in Frankfurt unterstützen wir und erwarten von der Stadt Frankfurt eine ebenso entschiedene Unterstützung, wie sie das Land zeigt, das wichtige Teile zur Entwicklung dieses Projekts beisteuert.

Film und Festivals entwickeln

Wir wollen die positive Entwicklung der hessischen Film- und Medienwirtschaft als Motor der Kreativwirtschaft unterstützen und konsequent fortsetzen. Um Hessen zu einem kulturell und wirtschaftlich prosperierenden Film- und Medienstandort zu machen, müssen die bestehenden Angebote und Maßnahmen im Bereich Film und Medien weiter optimiert werden. Dies wollen wir in enger Abstimmung mit der Branche und ihren Organisationen umsetzen. Die Mittel für die Filmförderung wollen wir ausbauen. Dabei wollen wir neue Verfahren für die Vergabe von Fördermitteln mit dem Ziel testen, die Finanzierung von Filmen unbürokratischer und transparenter zu machen, die Umsetzung künstlerischer Konzepte zu erleichtern und soziale Standards einzuhalten. Die Förderung des Nachwuchses soll eine wichtige Rolle spielen. Als Sitz wichtiger filmkultureller Einrichtungen soll sich Hessen verstärkt für den Erhalt des Filmerbes engagieren.

Hessen verfügt über eine große Vielfalt von Film- und Medienfestivals, die pro Jahr 100.000 Besucher*innen erreichen. Bei Festivals, deren Förderung nicht durch eine Jury entschieden wird, wollen wir eine regelmäßige, unabhängige Evaluation durchführen. Hessen ist das einzige Bundesland, in dem es einen Preis für Nachhaltigkeit in Kinos gibt. Wir wollen den Preis weiterführen und Hessen zum „Green Filmland“ machen. Initiativen und Konzepte wie ein grüner Drehpass, CO₂-neutrale Festivals und mehr wollen wir besonders fördern. Die Filmfestivals in Hessen zeigen, abseits vom Mainstream, was Filmemacher*innen können. Sie ziehen immer mehr Besucher*innen an und sind eine Bereicherung für unser Bundesland. Die Festivalförderung wollen wir daher verbessern und deutlich steigern. Die Ziele und Ausrichtung des Hessischen Filmpreises wollen wir mit allen Beteiligten weiterentwickeln. Dem Thema Ausbildung werden wir künftig noch größeres Gewicht beimessen.

Weg mit den Barrieren

Wir wollen Künstler*innen mit Behinderung bei Ausbildung und Arbeit besonders unterstützen, damit auch sie ihr Potenzial besser entfalten können. Damit ihre Projekte stärkere Beachtung finden, wollen wir für Aktivitäten im Bereich Inklusion einen neuen Preis schaffen. Außerdem werden wir der Herstellung der Barrierefreiheit in noch mehr Museen und Ausstellungsorten besondere Aufmerksamkeit widmen.

Archive, Bibliotheken und Literatur

Wir wollen unsere Archive weiter fördern und die regionalen Archive stärker in den Fokus rücken und den Zugang und die Erschließung von Archiven und Sammlungen durch Digitalisierung ermöglichen und unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bibliotheken noch besser als bisher durch das Land unterstützt werden und damit auch die Aufenthaltsqualität dort verbessert wird. Wir wollen eine Landesoffensive zur Einrichtung von WLAN in öffentlichen Bibliotheken starten. Die Literaturbüros, -zentren und -häuser bieten auch außerhalb der Stadtzentren Vorträge, Lesungen und Projekte an. Hierbei wollen wir die schon bestehenden Netzwerke fördern und erweitern. Autor*innen, die in Hessen im Exil leben, sollen unterstützt werden und sich hier frei entfalten können.

Erinnerungskultur und politische Verantwortung

Kunst und Kultur können sich nur in einer freien und demokratischen Gesellschaft voll entfalten. Wir halten die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und fördern und unterstützen Vereine, Verbände sowie private und schulische Initiativen bei ihrer unersetzlichen Arbeit. Um die Vermittlung eines lebendigen und durch Anschaulichkeit geprägten Geschichtsverständnisses zu erreichen, müssen wir heute auch andere Wege gehen. Zeitgenössische Kunstformen können neue Formen des Gedenkens beschreiten, um die Erinnerung an Ereignisse, die an spezifischen Orten stattgefunden haben, im Bewusstsein stärker zu verankern. Temporäre Aktionen, Installationen, Interventionen oder Kunst-Performances im Stadtraum sind solche Formen künstlerischer Auseinandersetzung. Es sind gerade diese Formen, die das Verständnis von Erinnerung grundsätzlich erweitern und neu zur Diskussion zu stellen vermögen. Da Künstler*innen in anderen autoritären Systemen häufig Repressionen ausgesetzt sind, wollen wir in Hessen Exilresidenzen als Schutzraum für verfolgte Kunstschaffende einrichten. Die heutige Generation soll z.B. durch Schulbesuche von Gedenkstätten die Möglichkeit haben, die Ursachen der Verbrechen in der deutschen Geschichte zu verstehen und dadurch auch für Bedrohungen unserer jetzigen Demokratie sensibilisiert werden. Tatorte des NS-Terrors sind sichtbar zu machen und in die Erinnerungsarbeit zu integrieren. Die Gräber von NS-Opfern sind ausfindig und kenntlich zu machen und sollen Teil der Bildungsarbeit sein.

Generelles Tanzverbot überwinden

Persönliche Freiheiten gehen über Traditionen hinweg. Wir wollen das derzeit gültige Tanzverbot an den im Hessischen Feiertagesgesetz vorgesehenen Feier- und Gedenktagen überwinden. Damit jedoch bei konkreten Konflikten keine zeitraubenden Gerichtsentscheidungen herbeigeführt werden, sollen religiöse Feierlichkeiten an diesen Tagen Vorrang haben und Veranstaltungen auf öffentlichen Plätzen von den Kommunen im Einzelfall verboten werden können. Wir GRÜNE setzen uns für den Erhalt der vielfältigen Clubkultur ein.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fortentwickeln

Gäbe es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht, man müsste ihn angesichts der Zustände in Italien oder den USA und der Anfeindungen von Links- und Rechtsaußen erfinden. Wir treten deshalb für seine Bestands- und Entwicklungsgarantie ein. Wir wollen sicherstellen, dass beitragsfinanzierte Sender ihr vielfältiges Programmangebot unabhängig von Zuschauerquoten und kommerziellen Interessen gestalten und ihrem Bildungsauftrag in hoher Qualität nachkommen können. Als „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen gehört dazu auch ein werbefreies öffentlich-rechtliches und zeitlich unbegrenztes Vollangebot im Internet. Die Aufsicht, auch des Hessischen Rundfunks, wollen wir künftig noch staatsferner, transparenter und moderner organisieren. Dazu gehören z.B. eine Geschlechterquotierung der HR-Gremien und die Öffentlichkeit seiner Sitzungen nach Vorbild des ZDF-Fernsehrats.

Netzpolitik: Für ein freies und demokratisches Internet

Netzneutralität, ein offenes, sicheres und freies Internet für alle sowie eine nachhaltige Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (Green IT) sind für uns zentrale Standards, die wir schützen und fördern wollen. Den Zugang zu leistungsstarken Internetverbindungen wollen wir für alle Bürger*innen und Unternehmen gewährleisten. Hessen soll bis 2025 flächendeckend mit gigabitfähigen Infrastrukturen versorgt sein. Zudem wollen wir die Schließung der „weißen LTE-Flecken“ vorantreiben, das Rollout des kommenden Mobilfunkstandards 5G vorbereiten und dorthin lenken, wo er für wichtige Zukunftstechnologien besonders gebraucht wird (z.B. entlang wichtiger Verkehrsstrassen). Auch den Ausbau frei zugänglicher WLAN-Netze wollen wir vorantreiben und Freifunk-Initiativen unterstützen.

Wir wollen das Netz für eine moderne Regierungs- und Verwaltungsarbeit nutzen. Online-Tools, transparente Zuständigkeiten, kurze bzw. am besten gar keine Wege, eindeutige und verständliche Entscheidungen sollen den Bürger*innen den Kontakt zu Behörden einfacher machen. Dabei wollen wir dem Grundsatz „Public Money, Public Code“ folgen und uns für den vermehrten Einsatz von Freier Software in unserem Land aussprechen.

Auch in einem freien Netz gelten unsere demokratischen Regeln. Deshalb sagen wir Fake News, Hassreden und Cybermobbing den Kampf an. Anbieter sozialer Netzwerke sind derzeit verpflichtet, strafrechtlich relevante Äußerungen selbst zu löschen. Es reicht jedoch nicht aus, ein mitunter strafrechtlich relevantes Verfahren an nichtstaatliche Akteure zu übergeben und das Problem von Hassrede und Hetze im Internet allenfalls symptomatisch zu bekämpfen. Neben der strafrechtlichen Verfolgung wollen wir zunächst ein Beratungsangebot schaffen, das Betroffenen hilft, mit Hassrede umzugehen. Ein konkretes Projekt, das wir uns in Hessen zum Vorbild nehmen wollen, ist die Initiative „Verfolgen statt nur Löschen“ der Landesanstalt für Medien (LfM) in Nordrhein-Westfalen. Zusammen mit der Staatsanwaltschaft, der Polizei, dem Landeskriminalamt und verschiedenen Medienhäusern erarbeitet die Landesmedienanstalt effektive Wege zur Strafverfolgung von Hasskriminalität im Netz.

Mit einem Landesprogramm OpenGovernment zur Förderung von eGovernment, Partizipation und Kooperation in Hessen wollen wir die Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen und den Servicegedanken in der öffentlichen Verwaltung in den Mittelpunkt stellen. Grundsätzlich sollen alle Verwaltungsgänge auch bequem von zu Hause aus erledigt werden.

Gleichberechtigung durchsetzen, strukturelle Benachteiligungen überwinden

Feminismus ist ein Kernanliegen Grüner Politik. Unser Ziel ist es, die Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen durchzusetzen und strukturelle Benachteiligungen zu überwinden. Das Wahljahr 2018 ist historisch, denn das Frauenwahlrecht wird 100 Jahre alt. Auch wenn sich während dieses Jahrhunderts auf dem Weg zur Gleichberechtigung einiges getan hat, ist der Anspruch des Grundgesetzes in nahezu allen Bereichen leider noch lange nicht erfüllt.

Mit grüner Regierungsbeteiligung seit 2014 haben wir einiges für mehr Gleichberechtigung erreicht. So haben wir das Gleichberechtigungsgesetz, das 1993 als erstes hessisches Gleichberechtigungsgesetz unter der rot-grünen Regierung auf den Weg gebracht wurde, neu ausgerichtet. Der Fokus liegt darauf, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen und die Rechte der Frauenbeauftragten zu stärken. Der Hessische Lohnatlas ist ein erster Schritt, Transparenz über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, er beleuchtet die Unterschiede in den Branchen und Regionen Hessens; die Ungleichheit aufgrund von unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen und der Berufswahl muss er jedoch stärker in den Blick nehmen. Für mehr Frauen in den Kommunalparlamenten haben wir die Hessische Gemeindeordnung geändert.

Wir haben schon viel erreicht, aber natürlich bleibt noch eine Menge zu tun. In der neuen Legislaturperiode wollen wir auf diesem Weg weiter vorangehen.

Gesellschaftlicher Aufbruch für Frauenrechte

Die Veränderung fängt zu allererst im Kopf an: Frauen und Männer sind zwar vor dem Gesetz gleich, aber wir alle haben Rollenbilder im Kopf. Es gibt immer noch Berufe, die als typische Frauenberufe oder Männerberufe gelten und für Frauen ist der Zugang in Machtpositionen noch immer erschwert. Das muss sich deutlich ändern. Wir wollen

diese Rollenbilder auflösen. Dazu gehört auch, dass Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit gleichberechtigt in der Familie verteilt werden. Alltagssexismus und sexualisierter Gewalt sagen wir den Kampf an. Das beginnt damit, die Bagatellisierung von Sexismus und sexueller Gewalt zu beenden und den Schutz von Mädchen und Frauen vor sexueller Gewalt zum zentralen Thema der Frauenpolitik zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode den Input relevanter Akteur*innen zum Thema Sexismus einholt und daraus Instrumente und Leitfäden gegen Sexismus für Schulen, Polizei und Landesverwaltung verfasst sowie die Kreise und Kommunen unterstützt, dies ebenso zu tun. Gerade aufgrund einer erstarkenden rechten Bewegung und ihrem erzkonservativen bis biologistischen Rollenbild gilt es für uns umso stärker, die gesellschaftliche Debatte zu prägen und uns für die gleichen Rechte von Frauen und Männern stark zu machen.

Die Hälfte der Macht den Frauen

Echte Gleichstellung heißt gleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in Gremien wie in Führung – in Wirtschaft und Politik. Die Frauenquote ist der Schlüssel für eine gerechte Repräsentation. Auch wenn die Frauenquote von 30 Prozent bei gut 100 börsennotierten Unternehmen bzw. Zielvorgaben für rund 3.500 mittelgroße Unternehmen, die der Bundestag beschlossen hat, ein wichtiger Anfang sind, es ist noch lange nicht genug. Wir wollen, dass das Land Hessen vorbildlich vorangeht: in Leitungsfunktionen und in allen Führungsebenen der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung oder in der Justiz, aber auch in vielen anderen Entscheidungsgremien soll der Frauenanteil nach der nächsten Legislaturperiode mindestens 50 Prozent betragen. Um dies zu erreichen, wollen wir das eher zahnlose Bundesgesetz durch eigene Bestimmungen ergänzen. Auch in Gremien, Vereinen und Verbänden, die Landesförderung erhalten, oder Jurys, die vom Land eingesetzt werden, soll eine paritätische Frauenrepräsentation umgesetzt werden. Mit regelmäßigen Berichten zur Gleichstellungsquote werden wir den Fortschritt der Gleichstellung öffentlich überprüfen.

Öffentlicher Dienst als Vorbild

Wir wollen weiterhin daran arbeiten, dass der öffentliche Dienst zum Vorbild der Gleichberechtigung wird, von der Verwaltung bis zu den Hochschulen. Wir wollen mehr Frauen in Führung bringen. Es gilt, die erreichten gesetzlichen

Erfolge, wie die Möglichkeit des Führens in Teilzeit oder die Anerkennung von Pflege- und Erziehungstätigkeiten als Teil beruflicher Bewertungen, stärker mit Leben zu füllen und zur konsequenten Anwendung zu bringen. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechtere Leistungsbeurteilung ein. Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten und die Flexibilität am Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst wollen wir ausbauen. Wir wollen Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landespolitik nachhaltig verwirklichen. Deshalb sollen Entscheidungsprozesse auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann (Gender Mainstreaming) und den Einsatz von Haushaltsmitteln nach dem Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting) geprüft werden.

Mehr Frauen in die Parlamente

Frauen sind im Landtag wie in kommunalen Parlamenten weit unterrepräsentiert. Einen wichtigen ersten Schritt haben wir mit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung getan. Der Frauenanteil kommunaler Gesellschaften soll durch die erfolgte gesetzgeberische Aufforderung im Kommunalen Wahlgesetz und in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) steigen, sodass Männer und Frauen zu gleichen Teilen berücksichtigt werden. Inwiefern die neuen Regelungen greifen, werden wir überprüfen. Wir behalten uns ausdrücklich vor, den Appell stärker in Richtung einer festen Quote oder verpflichtender Regelungen zu verändern. Wie es funktionieren kann, zeigt die deutliche Erhöhung weiblicher Mitglieder im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks aufgrund der von uns erreichten Veränderungen im Rundfunkgesetz. Außerdem wollen wir prüfen, ob nach skandinavischem Vorbild Mandatsträger*innen in Schwangerschafts- und Elternzeit für eine begrenzte Zeit ihr Mandat ruhen lassen und sich von den Ersatzkandidat*innen vertreten lassen können. Außerdem sollen Modelle für Kinderbetreuung in Kommunalparlamenten entwickelt und unterstützt werden. Ähnliches gilt für kommunale Wahlbeamte in den Kommunen und die Prüfung von Veränderungsmöglichkeiten in der Hessischen Gemeindeordnung.

Erwerbsarbeit und Familienarbeit auf beiden Schultern gerecht verteilen

Die Familienarbeit muss stärker anerkannt werden. Auf Bundesebene kämpfen wir dafür, dass es ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf vollzeitnahe Teilzeit (80 Prozent) gibt. Unser Ziel ist, dass die paritätische Elternzeit der Normalzustand wird.

Auf Landesebene wollen wir mittels des Ausbaus einer guten Kinder- und Grundschulbetreuung sowie unterstützende Angebote zur Entlastung bei häuslicher Pflege die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit Beruf und Familie vereinbart werden können. Teilzeitarbeit, gleich aus welchem Grund, darf nicht zum Karrierekiller werden. Wir wollen die Möglichkeiten von Homeoffice und Führen in Teilzeit konsequent ausbauen.

Gleiche Bezahlung und auskömmliche Rente

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch längst nicht Realität in Hessen. Der Hessische Lohnatlas schafft darüber Transparenz und ermöglicht damit eine Basis, um Schritte zur Entgeltgleichheit auf allen Ebenen zu erreichen. Wir wollen ihn unter Einbeziehung aller Akteure fortschreiben und entsprechende Schritte identifizieren. Frauen und Mädchen sollten sich der Tragweite ihrer Berufswahl oder der Entscheidung für Teilzeitarbeit für die Altersversorgung bewusst sein. Daher wollen wir Jobcenter und Personalabteilungen sensibilisieren, die Existenzsicherung von Frauen bei Beratungsgesprächen in den Fokus zu stellen. Für Frauen sollen spezifische Qualifizierungen angeboten werden, die ihnen den beruflichen Aufstieg oder den Wechsel in besser bezahlte Berufsfelder ermöglichen. Die Integrationsquote arbeitsloser Frauen liegt unter der arbeitsloser Männer – hier wollen wir mit geeigneten Maßnahmen Frauen stärker fördern. Mit entsprechenden Kampagnen, Curricula und Angeboten der Jugendberufshilfe wollen wir Mädchen und junge Frauen neugierig machen auf Technik und Naturwissenschaften, auf Wirtschaftswissenschaften und Managementaufgaben, auf IT und neue Medien und auf Politik.

Empowerment für eine sexuelle, seelische und körperliche Selbstbestimmung

Wir wollen alle Kinder stark machen und die dafür aufgelegten Programme in der Schule und in der Kinder- und Jugendarbeit weiter auch finanziell fördern.

Dabei wollen wir sie durch Angebote unterstützen, die ihr Selbstbewusstsein fördern, ihr Rollenrepertoire erweitern und sie stark machen, für ihre Rechte und körperliche Selbstbestimmung einzutreten. Unser Augenmerk gilt darüber hinaus der besonderen Lebenssituation von Mädchen, die von widersprüchlichen Anforderungen und Realitäten sowie Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen im Kontext bestehender Machtverhältnisse geprägt ist.

Im Schulunterricht, in der Kinder- und Jugendarbeit und in Ausbildung und Arbeit wollen wir sexistischen Denkmustern präventiv stärker entgegentreten und entsprechende Kampagnen und Maßnahmen durch Landesmittel unterstützen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass das sogenannte Werbeverbot nach §219a Strafgesetzbuch abgeschafft wird. Er behindert den Zugang zu Informationen für Frauen in einer besonders schweren Notlage. Wir setzen uns in Hessen für eine akademische gynäkologische Ausbildung ein, die alle zugelassenen Abtreibungspraktiken und Verhütungsmethoden lehrt. Das Hessische Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (HAGSchKG) werden wir um die Regelung ergänzen, dass im Umkreis von 150 Metern um Beratungsstellen nach dem SchKG weder Versammlungen noch sonstige Gehsteigbelästigungen stattfinden dürfen, die den Zugang von Frauen zu einer anonymen und ergebnisoffenen Beratung ohne Einwirkung von außen beeinträchtigen. Das Ziel ist eine flächendeckende Versorgung von Frauen mit qualifizierten ärztlichen Informationen und medizinischer Behandlung. In der neu aufkommenden Debatte wird auch der Paragraph 218 StGB infrage gestellt. Bei einer ungewollten Schwangerschaft sind insbesondere Frauen vor eine schwere Frage gestellt, die durch eine schwierige Zukunftsperspektive und gleichzeitig dem werdenden Leben bestimmt ist. In solch schwierigen Situationen braucht es für gute und abgewogene Entscheidungen Rat und Unterstützung statt Angst und Druck. Wir wollen als GRÜNE diese gesellschaftliche Debatte verantwortungsvoll führen und haben zum Ziel, dass Frauen selbstbestimmt und ohne Angst vor Kriminalisierung diese Entscheidungen treffen können.

Maßnahmen gegen Gewalt und Unterdrückung

Wir stellen uns der Gewalt und Unterdrückung von Frauen entschieden entgegen. Im Rahmen des Sozialbudgets haben wir dafür gesorgt, dass Frauenhäuser finanziell abgesichert werden und dass es für von Gewalt bedrohte Frauen erstmals flächendeckend in ganz Hessen Interventions- und Beratungsstellen geben wird. Wir treten für die weitere Förderung, den Erhalt, die bauliche Erneuerung und den Ausbau von Frauenhäusern sowie für ein enges Beratungsnetz für Frauen ein, die von Gewalt betroffen sind. Nach sexueller Gewalt soll es eine öffentliche Finanzierung bei Behandlung, Beweisaufnahme und Beweissicherung auch ohne Anzeige geben.

Uns ist der Schutz für Prostituierte unter Wahrung ihrer Selbstbestimmungsrechte ein wichtiges Anliegen. Deshalb lehnen wir eine generelle Kriminalisierung und Stigmatisierung von Menschen in der Prostitution ab. Die kommunale

Umsetzung des aktuellen Prostitutionsgesetzes darf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Sexarbeiter*innen nicht weiter erschweren. Das Land unterstützt die Kommunen, die Bundesvorgaben möglichst diskriminierungsfrei und praxistauglich umzusetzen. Wir setzen uns gegen Menschenhandel und für mehr Schutz vor Armuts- und Zwangsprostitution ein.

Armut von Frauen wirksam bekämpfen

Eines der größten Armutsrisiken in Deutschland ist, eine Frau zu sein. In der Regel sind es noch immer die Frauen, die unentgeltlich die Kinder versorgen, die Hausarbeit leisten und Angehörige pflegen. Frauen sind arm, weil sie eher in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und viel weniger verdienen als Männer (Gender Pay Gap). Frauen sind arm, weil sie oft in personennahen Dienstleistungen tätig sind, die weit schlechter vergütet werden als etwa Industriearbeit. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden liegt sehr hoch, und Alleinerziehende sind zu über 90 Prozent Frauen. Dabei ist die Armut von Alleinerziehenden meist untrennbar mit der Armut der Kinder verbunden. Die besten Mittel gegen Frauen-, Kinder- und Altersarmut sind eine gut bezahlte familienfreundliche Arbeit oder selbstständige berufliche Existenz und die gerechte Verteilung der Erziehungs-, Pflege- und Sorge-Arbeit. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für die Eindämmung von prekärer Beschäftigung, für die Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für existenzsichernde Mindestlöhne, für eine Kindergrundsicherung und die Verbesserung des Familienlastenausgleichs im Steuer-, Sozial- und Familienrecht ein. In Hessen wollen wir das gesellschaftliche Bewusstsein für die vielfältigen Gründe von Frauenarmut steigern und Frauen mit gezielten Kampagnen auf die Armutsrisiken hinweisen. Für Menschen mit geringem Einkommen soll der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Hygiene- und Verhütungsmitteln sichergestellt werden. In einigen Kommunen in Hessen ist dies bereits Praxis. Wir wollen andere Kommunen unterstützen, dies auch umzusetzen. Ergänzend wollen wir flächendeckend geschlechtersensible Beratung für Frauen zur Existenzsicherung ermöglichen. Präventiv wirkt auch, den flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger Kita- und Schulkinderbetreuungsplätze weiter finanziell zu fördern und die Beitragsfreiheit weiter auszuweiten.

Solide haushalten und investieren in die Zukunft durch nachhaltige Finanzpolitik

Wir GRÜNE stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Das gilt ganz besonders für die Finanzwirtschaft – sowohl im Land wie in den Kommunen. Generell sollen die öffentlichen Hände stets so haushalten, dass das Vermögen bewahrt und keine neuen Lasten in die Zukunft verschoben werden. Gleichzeitig dürfen aber auch notwendige Investitionen oder der Erhalt der Infrastruktur nicht in die Zukunft verschoben werden. Unser Gründungsethos „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ fordert daher von der heutigen Generation die möglichst unbelastete, schuldenfreie Weitergabe unseres Planeten in gutem Zustand an unsere Kinder und Enkelkinder. Dem wollen wir GRÜNE gerecht werden.

Seitdem wir in Hessen wieder in Regierungsverantwortung sind, haben wir die Richtung der Politik geändert. Erstmals seit 50 Jahren kommen die Finanzen des Landes planmäßig ohne Neuverschuldung aus und es konnte begonnen werden, Altschulden zu tilgen. Zusätzlich wurde massiv in Bildung, den sozialen Zusammenhalt und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen investiert. Bei der Straßeninfrastruktur wurde endlich verstärkt in Erhalt und Sanierung statt in prestigeträchtige Neubauten mit hohen Folgekosten investiert. Die Städte und Gemeinden wurden mit Unterstützung des Landes entschuldet und durch zwei Investitionsprogramme in Milliardenhöhe unterstützt. Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben schon viel erreicht, aber natürlich bleibt auch noch eine Menge zu tun. Deshalb wollen wir Hessen auf Kurs halten und auf dem eingeschlagenen Weg noch mehr Tempo aufnehmen.

Infrastruktur dauerhaft erhalten

Wir haben das Anhäufen immer neuer Schulden beendet. Auch beim Erhalt der vorhandenen Infrastruktur haben wir einen Kurswechsel vollzogen. Stärker als in der Vergangenheit wird in Erhalt, Sanierung und Erneuerung von öffentlichen Gebäuden oder Straßen investiert. Unser Ziel bleibt, dass wir die öffentliche Infrastruktur nicht auf

Verschleiß fahren, sondern jedes Jahr mindestens so viel investieren, wie für deren Erhalt notwendig ist. Denn auch marode Bauwerke sind eine Hypothek für kommende Generationen.

In die Zukunft investieren

Neben dem Erhalt werden auch Investitionen in neue Infrastruktur notwendig sein. Der weitere Ausbau unserer Hochschulen, der Wohnungsbau oder die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen auch auf dem Land sind hier nur einige Beispiele. Dieser Verantwortung wollen wir weiter gerecht werden. Für solche Zukunftsinvestitionen möchten wir den ganzen Gestaltungsrahmen der Schuldenbremse nutzen. Eine Maßnahme, von der die Allgemeinheit über Jahrzehnte profitiert, muss derzeit vollständig in den Haushaltsjahren finanziert werden, in die ihr Bau fällt oder aus freien Rücklagen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Baukosten einer solchen Maßnahme über die Nutzungsdauer verteilt werden kann. Hierfür gibt es verschiedene Modelle, die wir prüfen werden. Entscheidend sind dabei für uns vollständige Transparenz über die Folgekosten, keine Verschiebung von Belastungen auf kommende Generationen und Wirtschaftlichkeit für die öffentlichen Haushalte. Insbesondere deshalb sehen wir Public-Private-Partnership(PPP)-Modelle kritisch, da sie in der Regel dem privatwirtschaftlichen Partner mehr Nutzen bringen als der öffentlichen Hand.

Solide Haushaltsführung fortsetzen

Wir stehen weiter dafür ein, den Landeshaushalt ohne neue Schulden zu gestalten. Bei weiterhin guter Konjunktur und einer entsprechenden Steuergesetzgebung des Bundes haben wir die Möglichkeit, noch stärker zu investieren, auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft noch mehr Tempo aufzunehmen und Altschulden zu tilgen. Ergänzend haben wir durch umsichtige Finanzpolitik in den vergangenen Jahren Rücklagen gebildet, um schwierige wirtschaftliche Phasen zu überbrücken, ohne Kürzungen vornehmen zu müssen. Damit werden wir unserer Verantwortung aus der von den Bürger*innen in der Verfassung verankerten Schuldenbremse umfassend gerecht.

Das Land als Partner der Kommunen

Mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) haben wir die Finanzierung der Landkreise, Städte und Gemeinden auf eine neue Grundlage gestellt. Für die kommende Wahlperiode ist vorgesehen, den KFA zu überprüfen und – wo nötig – Verbesserungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang werden sowohl die Auswirkungen der nach derzeitigen Planungen des Bundes wegfallenden erhöhten Gewerbesteuerumlage als auch des neu geordneten Länderfinanzausgleichs mit den Kommunen zu erörtern sein. Unser Prinzip dabei ist ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen und Aufgaben von Land und Kommunen.

Mit den vom Land aufgelegten Programmen „Kommunaler Schutzschirm“ und „Hessenkasse“ werden sowohl die Altschulden als auch die Kassenkredite der Landkreise, Städte und Gemeinden abgelöst und diese somit von erheblichen finanziellen Risiken entlastet. Dennoch ist die finanzielle Lage in vielen hessischen Kommunen angespannt. Wir wollen deshalb für zusätzlich übertragene Aufgaben, die die Kommunen bewältigen müssen, auch die nötigen Mittel bereitstellen (Konnexitätsprinzip). Um die Kommunen bei Erhalt, Sanierung und Neubau ihrer Infrastruktur zu unterstützen, wollen wir die erfolgreichen Kommunalen Investitionsprogramme (KIP I und KIP II) fortsetzen und ein KIP III auflegen. Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen, liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchen Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schultoilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer als eigenständiges Finanzierungsinstrument für die Kommunen erhalten bleibt. Dazu ist nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eine Neubewertung des Grundvermögens erforderlich. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern setzen wir uns für eine möglichst einfach umsetzbare Neuregelung ein, die das Steueraufkommen sichert sowie Eigentümer und Mieter nicht unangemessen belastet.

Der Landeshaushalt – kein Buch mit sieben Siegeln

Wir legen Wert auf eine transparente Haushaltswirtschaft. Sie soll für die Bürger*innen mithilfe geeigneter verständlicher Darstellungen nachvollziehbar sein und darüber hinaus auch Möglichkeiten der konstruktiven Mitwirkung für die Zivilgesellschaft bieten. Wir wollen beispielsweise eine Darstellung der wichtigsten Daten des

Haushaltsplans in Form eines interaktiven Haushaltes mit aussagefähigen Grafiken für jeden zugänglich auf der Homepage des hessischen Finanzministeriums schaffen (Open Data).

Zu mehr Transparenz und einer gerechteren Verwendung der Mittel gehört auch das Prinzip des „Gender Budgeting“. Wir GRÜNE wollen eine geschlechterbezogene Bewertung der Haushaltsansätze systematisch etablieren und dazu ein Verfahren zur Analyse der konkreten Wirkung der jeweiligen Budgets mit wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg bringen. Die Umsetzung sollte dann schrittweise erfolgen und mit den Finanzhilfen beginnen.

Ethische Geldanlage und Divestment-Strategie

Für die Bildung von Rücklagen für Pensionsleistungen, für sonstige Zwecke oder aus Vorsorgegründen legt das Land Hessen Finanzmittel am Kapitalmarkt an. Dabei wollen wir einerseits möglichst gute Erträge erzielen, andererseits aber nur einer hohen Rendite wegen nicht in zweifelhafte Kapitalanlagen investieren. Demgemäß kümmern wir uns um ethische Geldanlagen und wollen eine Divestment-Strategie entwickeln, um die Dekarbonisierung voranzutreiben. Das bedeutet, dass wir keine Vermögensanlagen mehr in Bereichen tätigen und bisherige beenden wollen, die dem Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ Vorschub leisten. Wirtschaftsbereichen, die hauptsächlich mit fossilen Brennstoffen zu tun haben, wollen wir kein Geld vom Land Hessen mehr zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir Nachhaltigkeitsanleihen des Landes (Green Bonds) nach dem Vorbild von NRW auf den Weg bringen. Damit stellt das Land Kapital für nachhaltige Investitionen zur Verfügung. Zudem sollte Hessen seinerseits auch eine Green Bond-Neuemission tätigen, also Kapital für nachhaltige Investitionen bereitstellen. Dasselbe gilt für Anleihen der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) und der WI-Bank; hierdurch kann die Finanzpolitik nicht nur die klimapolitischen Ziele wirksam unterstützen, sondern auch der wegen des sich verstärkenden Trends zur Dekarbonisierung steigenden Nachfrage auf den Kapitalmärkten entgegenkommen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Unternehmen, auf die das Land als Anteilseigner Einfluss nehmen kann, auch die eigene Anlagenpolitik noch klarer nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten.

Ökologische und soziale Verantwortung bei den Landesbeteiligungen

Die ethischen Maßstäbe erstrecken sich für uns im Rahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik auch auf die direkten und indirekten Beteiligungen des Landes.

Aus diesem Grund möchten wir über die relevanten Aufsichtsorgane dazu beitragen, die Geschäftspolitik und Anreizsysteme der Unternehmen noch stärker nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten auszurichten.

Die Landesbank Hessen-Thüringen sollte sich klar zu den Nachhaltigkeit-Standards der Äquator-Prinzipien bekennen und die sektorspezifischen Vorhaben zur Nachhaltigkeit bei der Kreditvergabe weiterentwickeln. Eine öffentliche Subvention und Finanzierung ökologisch und sozial unverantwortlicher Projekte wie beispielsweise Kreuzfahrtschiffe mit Schweröl-Antrieb oder Projekte in der Öl- und Gas-Industrie möchten wir nicht unterstützen.

Die Fraport AG ist einer der größten Arbeitgeber Hessens und betreibt eines der bedeutendsten Luftverkehrsdrehkreuze weltweit. Das Unternehmen trägt damit eine besondere ökologische und soziale Verantwortung. Neben der Sicherheit der Passagiere und den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind die strenge Einhaltung des Nachtflugverbots und der Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen von zentraler Bedeutung. Das Land Hessen muss auch als Anteilseigner im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinwirken, dass das Unternehmen dieser Verantwortung gerecht wird.

Dialog über Staatsleistungen mit Kirchen

Artikel 52 der Hessischen Verfassung lautet: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften werden im Wege der Gesetzgebung abgelöst.“ Wir setzen uns aktiv für einen Dialogprozess des Landes mit den evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümern zur Umsetzung des Artikels 52 der hessischen Landesverfassung ein. Ziel soll es sein, die Art und Weise zu eruieren, wie vertraglich oder gesetzlich dem Ziel der Ablösung in absehbarer Zeit nähergekommen werden kann.



GRUENE-HESSEN.DE